

ISSN 2568-0641

Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

6

—

20

Demokratie- Dialog

**Das Potenzial der
Cleavage-Perspektive**

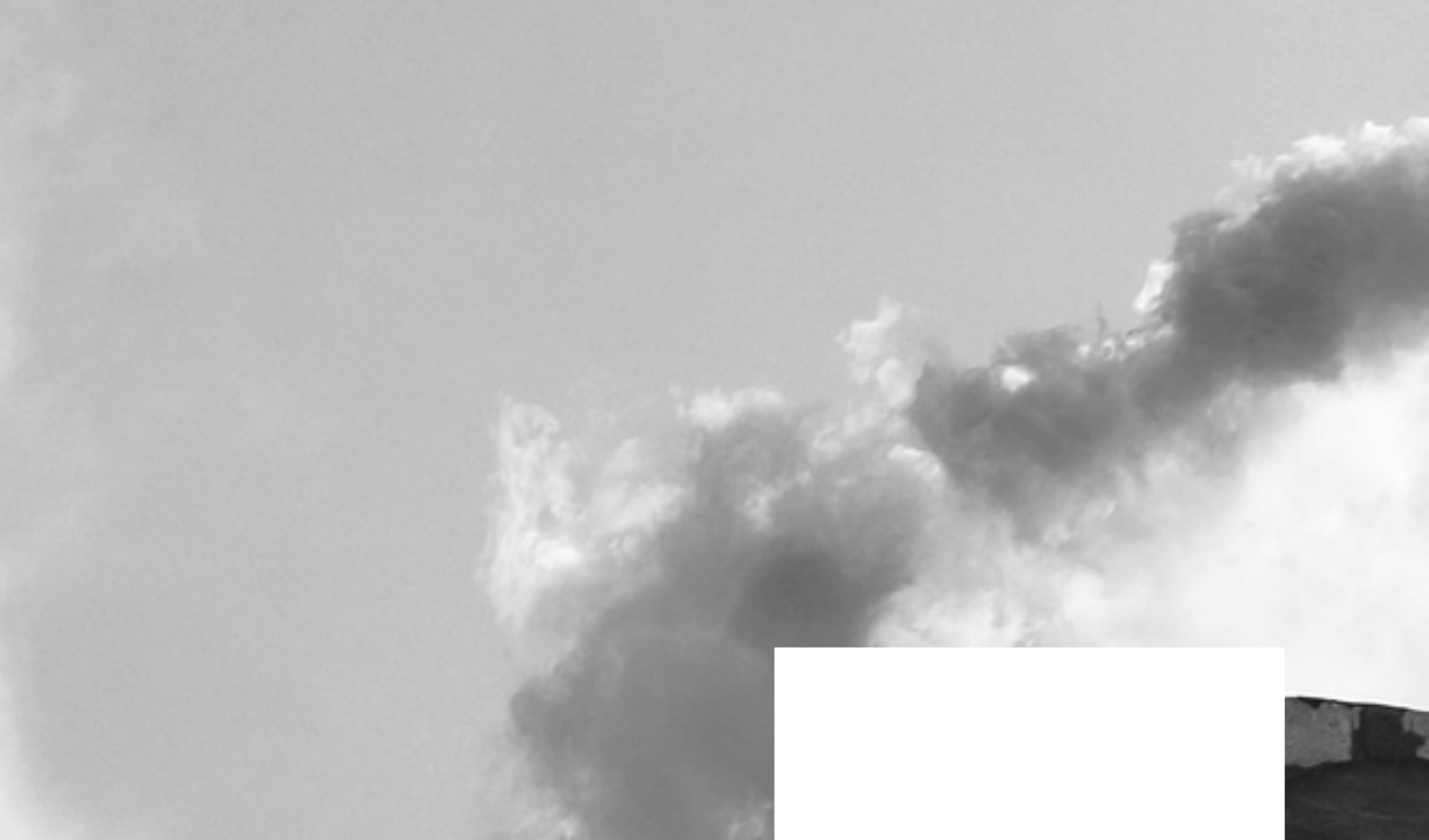
*Julian Schenke/Florian
Finkbeiner/Amelie Neumann*

**Ein Blick auf die
radikale Linke Italiens
seit den 1960er Jahren**

Anna König

**Die radikale Schia
in der Bundesrepublik**

Joris Sprengeler



Inhalt

**Das Potenzial der
Cleavage-Perspektive**
Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der
politischen Kultur
Julian Schenke/Florian Finkbeiner/Amelie Neumann 2

Rhetorische Autovervollständigung
Inhaltliche Anlagerung als
Kommunikationsphänomen in Produktions-
und Rezeptionsbeziehungen in sozialen
Netzwerken am Beispiel eines
Facebook-Postings
Christopher Schmitz/Sören Messinger-Zimmer 12

Impressum 89

Linke Militanz

Hoch die internationale Solidarität?
Philipp Scharf 24

**„Ein revolutionärer Geist, der sich
von der praktischen Erfahrung nährt“**
Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit
den 1960er Jahren
Anna König 33



Radikaler Islam

Die radikale Schia in der Bundesrepublik

Joris Sprengeler

42

Bis dass die Aqida sie scheidet ...

Kommentar zum Zerwürfnis zwischen Bernhard Falk und „Im Auftrag des Islam“

Annemieke Munderloh

52

Warum ist der politische Islam in einer Krise?

Lino Klevesath

61

Extreme Rechte und ihr Umfeld

„Reden über Rechtsradikalismus“ in historischer Perspektive

Eine Rezension

Katharina Trittel

70

Bürgerliche Maskerade?

Zum Zusammenhang von Ritualisierungs- und Radikalisierungsprozessen bei PEGIDA zwischen Oktober 2014 und November 2015

Michael Thiele

81

Das Potenzial der *Cleavage*-Perspektive

Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur

Julian Schenke / Florian Finkbeiner /
Amelie Neumann

Die hier vorgestellten konzeptuellen Überlegungen entstammen dem Arbeitsbereich des „Niedersächsischen Demokratie-Monitors“ (NDM), dessen Ziel die Analyse von Einstellungsmustern und Mentalitätstrends in der niedersächsischen Bevölkerung ist. Dabei geht es immer auch um die Entwicklung des Vertrauens in demokratische Institutionen und Prozesse sowie um Problemwahrnehmungen, Ängste und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger, kurzum: jener Mehrheitsgesellschaft, die in sämtlichen Arbeitsbereichen von FoDEx einen wichtigen Referenzrahmen darstellt.

AfD und Grüne: Wahlverhalten als Ausdruck neuer gesellschaftspolitischer Konfliktlinien?

Das politische Polarisierungspotenzial in der bundesrepublikanischen Demokratie ist in den vergangenen Jahren spürbar gestiegen. Das lässt sich an unterschiedlichen Themen ablesen; so etwa an den Auseinandersetzungen um Migrationsgesellschaft, Klimaschutz, europäische Integration und am vielfach diagnostizierten wachsenden Misstrauen vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber politischen Institutionen und Eliten – und nicht zuletzt am anhaltenden politisch-kulturellen Erdbeben durch den Einzug der AfD in die Parlamente. In der politikwissenschaftlichen Forschung ist bereits seit Län-

gerem umstritten, worin genau die Ursachen für die aktuelle Konfliktivität der politischen Auseinandersetzungen liegen. Gemeinsam ist den meisten Erklärungsansätzen aber, dass sie soziologischen Großentwicklungen eine mitentscheidende Rolle einräumen.¹ Oft ist geschrieben worden, dass sich eine Verschärfung der Konfliktfronten zwischen dem eher urbanen, gebildeten kosmopolitischen Teil der Bevölkerung auf der einen und den eher ländlichen, gewerblich orientierten und sekuritätsorientierten Segmenten auf der anderen Seite vollziehe.² Von einem „neuen *Cleavage*“ quer durch die bürgerliche Mitte ist die Rede, alternierend auch von neuen Konfliktlinien bzw. von „neue[n] Gegenpole[n] der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland“³. Nicht wenige erblicken in den Wahlsiegen von AfD und Grünen die aktuelle oder kommende parteipolitische Gestalt dieses *Cleavage*, wähen durch sie mithin das Konfliktfeld der nächsten Jahre abgesteckt.⁴ Skeptische Stimmen wenden ein, dass es sich hier allenfalls um eine neue kulturelle Überformung traditioneller Sozialkonflikte handeln könne,⁵ salopp: um alten Wein in neuen Schläuchen.⁶ Häufig

bleiben insbesondere Wahlanalysen unbefriedigend, weil sie zwar eine ganze Reihe struktureller Einflussgrößen nennen, deren kausalen Zusammenhang aber selten schlüssig zu erläutern vermögen. Oftmals wird das Explanandum (etwa das Wahlverhalten) verlegen auf neuartige kulturelle Spannungen (Wertverständnisse, Lebensstilpräferenzen etc.) zurückgeführt, welche die „harten“ materiellen Interessengegensätze verdrängen oder zumindest überformen würden. So vermutet man die Emergenz eines neuen *Cleavage* zwischen weltoffenen Kosmopoliten und sekuritätsorientierten Kommunitaristen⁷ auf der Grundlage von Einstellungstrends, speist diese Überlegungen aber kaum in belastbare und konzeptuell anspruchsvolle wahlsoziologische Analysen ein. Das Ergebnis wirkt konfus: Weil aktuelle Daten zeigen, dass die AfD-Wählerschaft keineswegs soziokulturell homogen ist – auch wenn das geschlossene Auftreten in der Migrationsfrage dies suggeriert –, kommen etwa Susanne Rippl und Christian Seipel zu dem Ergebnis, dass nur „kulturelle Bedrohungsgefühle“⁸ die Wahl der AfD erklären könnten.

Höchste Zeit, sich um ein Verständnis begrifflicher Grundlagen zu bemühen. Für die empirische Erforschung politischer Mentalitätstrends in Niedersachsen ergeben sich aus dieser Diskussion folgende Fragen: Lassen sich neuartige Konfliktlinien ausmachen, die quer zu den traditionellen Frontstellungen – etwa Kapital vs. Arbeit – stehen und sich klar bestimmen

-
- 1 Vgl. Jesse, Eckhard: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration, Wiesbaden 2019, S. 97–131, hier S. 118 f.
 - 2 Vgl. bspw. Koppetsch, Cornelia: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld 2019.
 - 3 Franz, Christian/Fratscher, Marcel/Kritikos, Alexander S.: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Jg. 86 (2019), H. 34, S. 591–603.
 - 4 Siehe ebd.
 - 5 Vgl. Manow, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2019.
 - 6 Vgl. Decker, Frank/Ruhose, Fedor: Vom moderaten zum polarisierten Pluralismus. Wie integrierungsfähig ist das deutsche Parteiensystem?,

in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 8 (2019), H. 3, S. 34–42, hier S. 37.

- 7 Vgl. Merkel, Wolfgang: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden 2017, S. 9–23.
- 8 Rippl, Susanne; Seipel, Christian: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?, in: Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie, Jg. 70 (2018), S. 237–254, hier S. 246.

lassen? Wie ergiebig ist es, sich einem solchen Phänomen mithilfe der klassischen *Cleavage*-Theorie zu nähern? Schließlich: Sind Veränderungen des Wahlverhaltens überhaupt die entscheidenden Indikatoren einer sich verändernden politischen Kultur?

Materielles und Kulturelles: Wahlverhalten als spätes Oberflächenphänomen

Denn so lautstark und bisweilen aggressiv tagespolitische Auseinandersetzungen auch geführt werden: Wann ist es überhaupt gerechtfertigt, von *akuten* Konfliktthemen auf einen *Cleavage*, d.h. auf eine tieferliegende, die jeweiligen einzelthematischen Friktionen vermittelnde *Konfliktlinie* – oder auch: „Hauptspannungslinie“⁹ – zu schließen, welche sich *langfristig* auf die politische Kultur eines Landes auswirkt? Neue Parteien und deren Erfolg werden in der Parteienforschung zwar stets als Reaktionsbildung auf und Ausdruck von (alten oder neuen) gesellschaftlichen Konfliktlinien verstanden.¹⁰ In diesen gesellschaftlichen Momenten, wo die bestehenden Parteien lediglich unzureichend auf die lebensweltlichen Veränderungen reagieren, die Bedürfnisse der Wählerinnen und Wähler ignorieren oder nur unzureichend wahrnehmen, so ist zu lesen, können neue Parteien entstehen und diese Bedürfnisse ansprechen.¹¹ Unklar bleibt aber häufig, wo die analytische Trennlinie zwischen tagesaktuellen Positionskonflikten und tieferliegenden Spaltungslinien zu ziehen ist.

Starke demokratische Parteien bündeln und kanalisieren gesellschaftspolitische Interessenlagen. Über diese Funktion des Agenten spezifischer Lebensrealitäten lässt sich das Schicksal von Parteien im Allgemeinen – wenn auch in funktionalistischer Engführung, aber doch mit einiger Plausibilität – erklären.¹² Schließlich zählt diese Aggregationsfunktion politischer Interessen und Vorstellungen, durchaus auch von diffusen Hoffnungen und Ängsten, zu den wichtigsten Aufgaben von Parteien. Verändern sich die Lebensrealitäten und Interessenlagen der Bürgerinnen und Bürger, führt das je nach Gemengelage der politischen Kräfteverhältnisse und nach Ablauf gewisser Trägheitsphasen zum Zugewinn oder Verlust von Stimmen und zum Auftauchen oder Verschwinden von Parteien. Sichtbaren Veränderungen im Parteiensystem gehen also in der Regel langjährige Verschiebungen im politischen Fühlen, Denken und Handeln der Bürgerinnen und Bürger voraus.

Gerade starke, auch kurzfristige Wählerbewegungen werden erst auf der Grundlage dieser Vorgeschichte verständlich, mehr noch: Sie stellen häufig nur den sichtbarsten Schlussakt mehrjähriger, ja bisweilen jahrzehntelanger Gärungsprozesse dar. Die entscheidenden und im Sinne politischer Kulturforschung aufschlussreichsten Bewegungen sind dann bereits vollzogen oder doch zumindest weit gediehen. Eike Hennig pointierte die Bedeutung von Wahlanalysen daher bereits 1989 folgendermaßen: Diese seien „aus interpretativer Sicht“ „lediglich Mittel zum Zweck“; die Wahlanalyse sei stets „analytische Vorarbeit vor den analysegeleiteten Erklärungsversuchen, welche ohne die Vorschaltphase aber in Gefahr stehen, zu völlig beliebigen und subjektiven

9 Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 24.

10 Siehe Lösche, Peter: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart 1994, S. 22 ff.

11 Vgl. Jun, Uwe: Parteienforschung, in: Anders, Uwe (Hg.): Parteien in Deutschland. Krise oder Wandel?, Schwalbach 2009, S. 11–38, hier S. 15 f.

12 Vgl. Walter, Franz / Dürr, Tobias: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000, S. 213–219.

bzw. schulengebundenen Verstehensakten und Sinnrekonstruktionen zu verkommen“.¹³

Zwar beziehen sich diese Anmerkungen zunächst auf die Erklärungsversuche im Hinblick auf die Konsolidierung bestimmter sozialmoralischer Milieus¹⁴ und darauf aufbauend auf die regional unterschiedlichen Parteierfolge bspw. der NSDAP. Dennoch sind die hier gewonnenen Einsichten von allgemeiner Bedeutung. Denn „Parteien sind Agenten von Milieus, aber ein Milieu kann als überparteilicher Sozialzusammenhang unterschiedliche Parteien gleichermaßen bestimmen.“¹⁵ Veränderungen im Wahlverhalten können also durchaus auch auf veränderte *Cleavage*-Strukturen hindeuten; häufig aber verstellen der aufsehenerregende Neuigkeitswert und die Diversität kurzatmiger Deutungsangebote die Analyse der *eigentlich* tragenden politisch-kulturellen Umwälzungen.

Wer also etwas über mögliche gesellschafts-politische Krisenherde herausfinden möchte, wer verstehen möchte, was die Menschen politisch umtreibt, der darf, so ließe sich mit Hennig nachdrücklich fordern, nicht bei reinen Wahlanalysen verweilen, sondern muss sich einen Weg zu den tieferliegenden, die Wahlabsichten konstituierenden Mentalitätstrends bahnen.

Was aber sind, gerade in Abgrenzung zu den recht spezifischen historiografischen Fragestellungen des Konzepts sozialmoralischer Milieus, überhaupt Blickrichtung und Anspruch der *Cleavage*-Theorie? Ein überfrachtender nomothetischer Rezeptionsstil scheint (gerade in Deutschland) viel von ihrer Grundintention zu verwischen. Man neigt zu einer mechanistisch-deterministischen Lesart, welche *Cleavages* auf die historische Bildfläche treten sieht, die sich in der Folge verstetigen und sich – wenn auch allmählich – automatisch in Veränderungen des Parteiensystems umsetzen. So ist es etwa im klassischen Definitionsversuch Franz Urban Pappis zu lesen: Der *Cleavage* sei ein „dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“¹⁶. Oder: Der „Konfliktcharakter sozialer Spaltungen äußert sich in gruppenspezifischen politischen Einstellungen, Verhaltensweisen oder Mitgliedschaften.“¹⁷ Kai Arzheimer und Harald Schoen wiederum reduzierten die Diskussion um die *Cleavage*-Theorie in den 2000er Jahren auf die Frage, „ob der klassische *Cleavage*-Ansatz auch im vereinten Deutschland noch dazu beitragen kann, Bundestagswahlverhalten zu erklären“¹⁸.

13 Hennig, Eike: Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: Best, Heinrich (Hg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 119–154, hier S. 132.

14 Vgl. Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wilhelm u. a. (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393.

15 Hennig: Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort, S. 151.

16 Pappi, Franz Urban: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976 [1977], in: Historical Social Research, Supplement, H. 27/2015, S. 81–121, hier S. 82.

17 Pappi, Franz Urban: Konfliktlinien, in: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, München 1991, S. 301–306, hier S. 302. Ähnlich auch Martin Elff und Sigrid Roßteutscher: „Die *cleavage*-Theorie thematisiert die politische Bindung sozialer Gruppen an spezifische Parteien.“ Elff, Martin / Roßteutscher, Sigrid: Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005, in: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard; Falter, Jürgen W. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 307–327, hier S. 321 f.

18 Arzheimer, Kai / Schoen, Harald: Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioöko-

Kurzum: Sollte die *Cleavage*-Perspektive nützlich sein, so müsse sie eine Kausalerklärung des Wahlakts liefern – was auch impliziert, dass nur parteiförmige Konfliktlinien einer politikwissenschaftlichen Analyse wert seien. Da aber heute nicht mehr Kohle und Stahl,¹⁹ sondern eine postindustrielle, zunehmend akademisierte und häufig prekär beschäftigte Angestelltenschaft den größten Teil der Erwerbswelt ausmacht, folgen aus einer solchen Lesart naheliegende Zweifel an der *Cleavage*-Theorie: Einstige Kollektivierungsagenten wie Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit und Religion hätten schlicht ihre sozialisatorischen Integrations- und Prägekräfte eingebüßt, die Aussagekraft derartiger Erklärungsmodelle – heruntergebracht auf einen Katalog tendenziell nutzloser Kausalfaktoren – sei mithin dezimiert.²⁰ Aus der Sicht von Martin Elff und Sigrid Roßteutscher musste man schon vor über einem Jahrzehnt zu dem Schluss kommen, dass die „Bedeutung sozialer Konfliktlinien für eine Erklärung zeitgenössischen Wahlverhaltens schwindet“²¹ – und das, obwohl sie in ihren Untersuchungen eine ungebrochene Wirksamkeit von *Cleavage*-Strukturen konstatieren!²²

Eine als bloß soziologisierende Parteibindungslehre aufgefasste *Cleavage*-Theorie wäre in der Tat überflüssig. Doch derartige eingeübte Rezeptionsgewohnheiten wecken Zweifel. Gewiss bildete die Frage des Klassenwahlverhaltens (neben den Konflikten, welche die Bildung von Nationalstaaten begleiteten) das ursprüngliche Kernthema der *Cleavage*-Theorie, insbesondere das vermeintlich „irrationale“, „deviante“ oder wenig „klassengerechte“ Wahlverhalten der Industrie-Arbeiterschaft.²³ Doch schon die von Lipset und Rokkan ausgemachten klassischen und zu verschiedenen historischen Zeitpunkten sich formierenden vier *Cleavages* – Kapital vs. Arbeit, Kirche vs. Staat, Stadt vs. Land, Zentrum vs. Peripherie²⁴ – waren nicht auf die einfache Schablone rein materieller Interessenkonflikte oder bloßer Lebenslagen zu reduzieren. Selbstverständlich resultieren politische Werthaltungen, Einstellungen und Mentalitäten, auch Vorstellungen (ge-)rechter Ordnung nicht allein aus diesem Interessenfaktor, sondern stets auch aus einer gruppenspezifischen „Alltagsmoral“.²⁵ Sie speisen sich aus kulturell tradierten Gehalten und vermitteln moralische Auffassungen sowie Ansprüche auf individuelle oder kollektive Würde auch weit über ihren historischen Ursprung hinaus. Materielles und Kulturelles, so ließe sich folgern, konstituieren gleichermaßen die Struktur eines *Cleavage*. Und ist es überhaupt Prämisse dieses Zugangs, dass das oftmals träge und nur graduell variante Wahlverhalten stets auf *Cleavage*-Strukturen rückführbar sein muss – bzw. dass *Cleavage*-Strukturen immer parteiförmig-

nomische und das religiös-konfessionelle *Cleavage* und Wahlverhalten 1994–2005, in: Rattinger, Hans/Grabel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden 2007, S. 89–112, hier S. 90.

-
- 19 Vgl. Raphael, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Frankfurt a.M. 2019.
- 20 Vgl. Hooghe, Liesbet/Marks, Gary: *Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage*, in: *Journal of European Public Policy*, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 109–135, hier S. 126.
- 21 Elff/Roßteutscher: *Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien*, S. 307.
- 22 „Weder im einen noch im anderen Fall kann von einem Schwinden der traditionellen sozialen Konfliktlinien die Rede sein.“ Ebd., S. 322.

-
- 23 Vgl. Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, S. 18 und – ebendort zitiert – Parkin, Frank: *Working-class Conservatives: a theory of political deviance*, H. 18/1967, S. 278–290.
- 24 Siehe Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York/London 1967, S. 47.
- 25 Lepsius, M. Rainer: *Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung [1963]*, in: Ders. (Hg.): *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 96–116, hier S. 111.

ge Gestalt annehmen müssen? Ein genauerer Rückblick scheint erforderlich.

***Cleavage*, Sozialkultur, Deutungskultur, Milieu**

Liesbet Hooghe und Gary Marks wiesen jüngst darauf hin, dass der *Cleavage*-Begriff schon bei seinen Urhebern Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan dynamischer konzipiert gewesen sei, als es gängige Rezeptionsgewohnheiten suggerieren: Zwar sei die prägende Kraft sozialer Spaltungen essenziell für die Genese von strukturellem Konfliktpotenzial, doch gebe es kein einheitliches Schema, in welches die verschiedenen lokalen wie nationalen Bedingungen zu pressen wären. Vielmehr überlagerten sich in der jeweils analysierten Gesellschaft die verblassenden mit den virulenten *Cleavages*; während manche Konfliktlinien schlicht ihre Wirksamkeit einbüßten, fänden andere temporäre oder dauerhafte institutionalisierte Formen.

Kurzum: Jede Gesellschaft weise ein regelrechtes Flechtwerk historisch quer zueinander liegender – zu verschiedenen historischen Zeitpunkten entsprungener, kurzfristig wie langfristig virulenter – *Cleavage*-Strukturen auf. Vorangegangene Konflikte, Konfliktgeschichten und Konflikt-Institutionalisierungen präformierten die darauffolgenden und eröffneten so Möglichkeitsräume für die Bindekräfte des Alten und die Verhandlungsmodi des Neuen. Die historische Schwerfälligkeit der damit verbundenen Umwälzungen, so Hooghe und Marks weiter, erkläre deren verzögerten Durchbruch. Veränderungen des Parteiensystems erfolgten nach einer langen Vorgeschichte, wenn auch schließlich in oftmals unerwartet disruptiv erscheinender Weise.²⁶

Tatsächlich wiesen Lipset und Rokkan das Rätsel der „conflict-integration dialectic“ – d.h.

die Frage, über welche Wege und warum sich bestimmte Konfliktlinien in Parteiensystemen institutionalisieren, während manche *Cleavages* eben keine parteipolitische Repräsentation finden – als ihren zentralen Gegenstand aus.²⁷ *Cleavages*, so heißt es, „do not translate themselves into party oppositions as a matter of course: there are considerations of organizational and electoral strategy; there is the weighting of payoffs of alliances against losses through split-offs; and there is the successive narrowing of the ‚mobilization market‘ through the time sequences of organizational efforts“²⁸.

Das Gelingen der Transformation von *Cleavages* in parteipolitische Kräfteverhältnisse hänge von der Überwindung mehrerer Hürden ab. Deshalb stünden gefrorenen Parteienkonstellationen in einigen Ländern Neuordnungen von Wahlmustern in anderen gegenüber. Die jeweiligen nationalen Parteiensysteme werden daher als „historically given ‚packages‘ in [...] different systems“²⁹ aufgefasst. Stets habe es einer kritischen Phase bedurft, in denen *Cleavages* zu entscheidenden Konfliktgeneratoren aufsteigen: Zentrum und Peripherie, so Lipset und Rokkan, geraten während Reformation und Gegenreformation im 16. und 17. Jahrhundert aneinander, Staat und Kirche während der nationalen Revolutionen 1789 ff., Land und Industrie während der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts, schließlich Kapital und Arbeit verstärkt im Gefolge der russischen Revolution ab 1917.³⁰

Die kritische Phase des neuen Transnationalismus-*Cleavage*, so die in diesem Sinne orthodoxe Argumentation von Hooghe und Marks, vollziehe sich bereits seit einigen Jahren, und zwar international ungleichzeitig. Den ver-

27 Lipset/Rokkan: Party Systems and Voter Alignments, S. 5 u. S. 9.

28 Ebd., S. 26.

29 Ebd., S. 3.

30 Ebd., S. 47.

26 Vgl. ebd., S. 126 f.

schiedenen auslösenden Zeitpunkten in den jeweiligen Staaten entsprechen unterschiedliche Konsequenzen, auch auf der Ebene parteiförmiger Reaktionen und Umbildungen. So auch in Europa: Was im europäischen Süden während der Eurokrise entlang der deutungskulturellen Thematik der EU-Binnenintegration verhandelt wurde, verursachte im europäischen Norden und Osten während der Migrationsbewegungen von 2015/16 eine Hausse rechtspopulistischer Deutungsangebote.³¹

Allein dieser Vergleich erhellt nicht nur die strukturellen Ursachen der staatenübergreifenden Emergenz rechts- und linkspopulistischer Parteien (nebst antipopulistischer Gegen-tendenzen), sondern auch die langfristige Kontingenz dieser Institutionalisierung des Konfliktpotenzials zwischen Befürworter/-innen und Gegner/-innen der Transnationalisierung von Ökonomie, Politik und Lebenswelt. Oder mit Blick auf die bundesrepublikanische Gesellschaft: Einerseits macht der Verweis auf die historische Genese nationaler *Cleavage*-Schicksale verständlich, warum die aktuell sichtbare Polarisierung zwischen AfD und Grünen angesichts schwächelnder klassischer Volksparteien die Rolle der langfristigen Institutionalisierung des Transnationalismus-*Cleavage* einnehmen kann; andererseits wird aber auch deutlich, dass sich diese seit einigen Jahren zunehmend virulente Konfliktlinie keineswegs in dieser Gestalt verstetigen muss. Ähnlich wie im Falle des sozialmoralischen Milieus müssen Konfliktlinien aggregiert, gepflegt, angeheizt und durchaus auch populistisch vermarktet werden, um langfristig in die Kanäle parteilicher Organisationsformen fließen zu können.³²

Somit ist naheliegend, das Wahlverhalten im Verständnis einer qualitativen politischen Kul-

turforschung nach Karl Rohe³³ als Resultat und Ausprägung von politisch-kulturellen Konfliktlinien, also als sichtbarsten Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse in doppelter Hinsicht aufzufassen: Als Teil der diskursiven Aushandlung ist das Wahlverhalten Teil der „Deutungskultur“, mithin die berühmte Spitze des Eisbergs. Klassische Einstellungsforschung aber unterschlägt das Wechselspiel deutungskultureller Erscheinungen mit den tieferliegenden, nicht thematisierten Selbstverständlichkeiten und Handlungsmodi des politischen Lebens und Denkens – jenes schwer greifbaren „objektiv-geistige[n] Strukturzusammenhang[s]“³⁴, der politisch-kulturelle Mentalitätsbestände fundiert und von Rohe als „Sozialkultur“ bezeichnet wurde: „Deutungskultur ist gleichsam eine Kultur der Kultur, deren Sinn und Zweck nicht zuletzt darin besteht, Sozialkultur zu thematisieren.“³⁵

Sicher könnten Veränderungen des Wahlverhaltens trotz des Verschwindens industriegesellschaftlicher Strukturen immer auch aus Milieus oder zumindest einer teil- bzw. subkulturellen Lebensweise hervorgehen, d.h. als durch spezifische Lebensrealitäten konstituierte und kollektiv praktizierte Sozialmoral.³⁶ Allerdings ist fraglich, inwiefern heute überhaupt noch kohäsive milieu-ähnliche Strukturen (jedenfalls nach dem Muster der klassischen Milieuparteien der Kaiserreichszeit³⁷) existieren, die eine solche bündelnde, vermittelnde und damit immer auch netzwerkend veranstaltende Mentali-

31 Vgl. Hooghe/Marks: *Cleavage theory meets Europe's crises*, S. 116–125.

32 Vgl. grundlegend Lepsius: *Parteiensystem und Sozialstruktur*.

33 Vgl. Rohe, Karl: *Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven in der Politischen Kulturforschung*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 250 (1990), S. 321–346.

34 Rohe, Karl: *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken*, Stuttgart 1994, S. 162.

35 Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, S. 17.

36 Vgl. ebd., S. 19.

37 Vgl. Lepsius: *Parteiensystem und Sozialstruktur*.

tätsbildungsfunktion auszuüben vermögen. Vor allem aber überfordert dieses Erkenntnisinteresse das vergleichsweise bescheidene Ziel der *Cleavage*-Perspektive: Aufgabe einer aktuellen qualitativen politischen Kulturforschung ist zunächst, Strukturveränderungen in den gesellschaftlich wirksamen Mentalitätsbeständen auszumachen, d.h., sie überhaupt erst zu *identifizieren*; die Genese dieser Veränderungen zu klären, ist eine zweite.

***Cleavage*-Schichtung und Mentalität: Das Forschungsdesiderat qualitativer politischer Kulturforschung in Niedersachsen**

Worin besteht also das Potenzial der *Cleavage*-Perspektive? Zunächst: Es existieren mentalitätsbildende Konfliktlinien, die wiederum aus sich verändernden Lebensrealitäten erwachsen. Seit einigen Jahren vollziehen sich unverkennbar allgemeine sozialstrukturelle Veränderungen, die sowohl soziologisch als auch populärwissenschaftlich häufig als Rückkehr zu einer postmittelständischen Klassengesellschaft diskutiert werden, welche sich entlang der unterschiedlichen Ressourcen von Vermögen, Bildung und Netzwerkzugängen konstituieren.³⁸ Dass sich damit die Grundstrukturen politischer Interessenkonflikte mitsamt ihrer jeweiligen Abbildung in den politisch-kulturellen Mentalitätsbeständen verändern, ist eine plausible Konsequenz. Ferner: *Ein Cleavage – eine grundlegende Konfliktlinie – wird als Amalgam aus „harten“ sozialstrukturellen Interessengegensätzen und deren jeweils kontingenter historischer, kultureller und sozialmoralischer Kanalisierung verständlich*. Er beeinflusst nicht

nur die zu einem gegebenen Zeitpunkt auffälligen deutungskulturellen Auseinandersetzungen, sondern *wirkt insofern mentalitätsbildend, als er in die Tiefenschichten politischer Sozialkultur hineinreicht*. Dies sind die Indikatoren, welche die Rede von einem Transnationalismus-*Cleavage* plausibel machen, der sich jederzeit entlang von deutungskulturell verhandelten Themen wie nationalstaatlicher Kompetenzdiffusion, der Deregulierung von Märkten, der Migrations- oder der Klimapolitik entzünden kann.

Die Unerbittlichkeit aktueller Auseinandersetzungen um ökologische Themen³⁹ etwa erklärt sich wahrscheinlich nicht allein aus der apokalyptischen Drohung vieler – fraglos besorgniserregender – Schreckensszenarien, sondern eben auch aus der Zugehörigkeit zum grundlegenden Problemkomplex Transnationalismus. Dieser hat – durch ressourcenstarke und gut vernetzte „liberale Eliten“ durchaus politisch forciert,⁴⁰ wenn auch gewiss nicht ausgelöst – spätestens seit den 1990er Jahren die retrospektiv relative Beschaulichkeit der internationalen Nachkriegsordnung abgelöst und birgt erhebliches, in sämtliche Lebensbereiche hineinragendes Konfliktpotenzial.

Für die *Cleavage*-Perspektive ist die Identifikation von mentalitätsbildenden Konfliktstrukturen erkenntnisleitend. Sie ermöglicht, die bedingenden historisch gewachsenen und kulturell überformten Konfliktschichtungen wie Aushandlungsgewohnheiten in die politikwissenschaftliche Analyse einzubeziehen. Sie nähert sich der politischen Sozialkultur und

38 Vgl. etwa Nachtwey, Oliver: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt a.M. 2016; Hartmann, Michael: Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt a.M./New York 2018; Reckwitz, Andreas: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Frankfurt a.M. 2019.

39 Vgl. Neumann, Amelie: Von Wölfen, Windrädern und Weltuntergang – oder?, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 20.10.2019, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/von-woelfen-windraedern-und-weltuntergang> [eingesehen am 29.01.2020]

40 Vgl. Nickel, Carsten: Rückbau der Gesellschaft, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 73 (2019), H. 839, S. 27–36.

ihren Träger/-innen – den denkenden und empfindenden Individuen – im Bemühen um ein alltagsnahes Verständnis der sie bewegenden Erfahrungen und Wahrnehmungen, ihrer Interessen, Ängste und Hoffnungen. Sie umgeht genau genommen gerade jene künstliche Distanz kathederwissenschaftlicher Lehrgehalte, wie sie das Wort „Theorie“ bisweilen impliziert.

Natürlich ist die *Cleavage*-Perspektive, ähnlich wie viele andere Zugänge und Ansätze in den Sozialwissenschaften, nicht immun gegen Überschätzungen oder schematische Lesarten. Insbesondere ist vor den folgenden Fallstricken zu warnen:

- Die *Cleavage*-Perspektive liefert kein Set unumstürzlicher Gesetzmäßigkeiten des politischen Lebens (eben keine Parteibindungslehre).
- Sie gestattet keinen Kurzschluss eines „soziologischen Determinismus“⁴¹. Die Vorstellung einer unmittelbaren Abbildung gesellschaftlicher Strukturveränderungen in politisch ausgetragene Konfliktformen stellt eine mechanistische Verkürzung dar. Daher muss auch der Versuch scheitern, die Emergenz eines neuen *Cleavage* mit dem Verweis abzustreiten, den Grünen sei einfach „gelungen, der SPD ihre Position als stärkste Kraft im linken Lager streitig zu machen“⁴², so als handle es sich bei ihnen um eine Art neue Interessenpartei der arbeitenden Bevölkerung.
- Nationale wie regionale *Cleavage*-Schicksale sind stets kontingent, ihre Übersetzung in Parteiensysteme keineswegs ausgemacht. Auch der gelungene Nachweis neuer *Cleavage*-Strukturen besagt noch nichts über die Aussichten des Versuchs politischer Eliten, ebendiesen tatsächlich

praktisch in den Strukturen des Parteiensystems zu institutionalisieren: „Die Politisierung einer gesellschaftlichen Hauptspannungslinie muß stets auch als ein politischer Auswahl- und Entscheidungsprozeß politischer Eliten begriffen werden. [...] Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, daß ihre gesellschaftliche und kulturelle Basis gleichsam ‚weggerutscht‘ ist, sondern auch darin, daß politische Eliten es bewußt oder unbewußt versäumt haben, die ‚politische Koalition‘ mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.“⁴³

- Das Potenzial der *Cleavage*-Perspektive liegt darin, ein heuristisches Raster der politischen Kulturforschung zu stiften, welches dabei behilflich sein kann, a) in quantitativ-empirischer Hinsicht Einstellungsverteilungen und deren Trends zu sortieren sowie b) in qualitativ-empirischer Hinsicht die tieferliegenden politisch-mentalenn Sinnstrukturen der niedersächsischen Bevölkerung (Deutungsmuster, Orientierungen, Werthaltungen usw.) zu rekonstruieren und deren Entwicklung im historischen Längsschnitt zu deuten. Sie gestattet Rückschlüsse auf die Gesteinsverschiebungen politischer Sozialkultur, die sich unterhalb der eher volatilen Einstellungs- und Meinungskonjunkturen vollziehen. Als konzeptuelle Rahmung für die Studien des „Niedersächsischen Demokratie-Monitors“ (NDM) öffnet sie den Blick für den Zustand jener Mentalitätspolster, welche die politische Kultur maßgeblich stabilisieren. Zu den entscheidenden Fragen zählt dabei, ob sich in diesem Bundesland der vergleichsweise starken traditionellen Volksparteien
- inmitten der beobachteten Mentalitätstrends Strukturen eines neuen *Cleavage* nachweisen lassen; außerdem

41 Nickel: Rückbau der Gesellschaft, S. 24.

42 Decker/Ruhose: Vom moderaten zum polarisierten Pluralismus, S. 35.

43 Vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, S. 25.

- inwiefern sich das durch diesen *Cleavage* vermittelte Konfliktpotenzial in der Alltagserfahrung der niedersächsischen Bevölkerung realisiert; und
- inwiefern der neue *Cleavage* sich mit den – nachweislich ungebrochen wirksamen⁴⁴ – traditionellen *Cleavage*-Strukturen verbindet, sie überlagert oder sogar ersetzt.

Mithilfe des Rohe'schen Verständnisses politischer Kultur kann ein naheliegender Einsatzpunkt der Analyse bezeichnet werden: Sozialkultur und Deutungskultur werden „durch gemeinsame Themen, durch ‚points of reference‘

zusammengehalten“⁴⁵. Diese gilt es aufzuspüren und auf ihre tieferliegenden Triebkräfte abzuklopfen. Denn gerade weil eine aktualitäts-sensible qualitative politische Kulturforschung Wählerbewegungen nicht als entscheidendes Explanandum, sondern als Indiz fortgeschrittener Strukturveränderungen der politischen Kultur wertet, erlaubt die *Cleavage*-Perspektive aussagekräftige Befunde über den Zustand der niedersächsischen Demokratie.

44 Vgl. bspw. Arzheimer /Schoen: Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert?

45 Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, S. 18.



Julian Schenke, M.A., geb. 1988, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen ist er zuständig für die Koordination, Durchführung und Auswertung der Erhebungen im Rahmen des Demokratie-Monitors. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen qualitativer politischer Kulturforschung und Bewegungsforschung.



Florian Finkbeiner, geb. 1988, studierte Politikwissenschaft und Soziologie. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Amelie Neumann, geb. 1997, studiert Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und ist seit 2019 studentische Hilfskraft der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Rhetorische Autovervollständigung

Inhaltliche Anlagerung als Kommunikationsphänomen in Produktions- und Rezeptionsbeziehungen in sozialen Netzwerken am Beispiel eines *Facebook*-Postings

Christopher Schmitz / Sören Messinger-Zimmer

Dezember 2017: Die AfD hielt ihren Bundesparteitag in Hannover ab. Die Präsenz der rechten Partei in der niedersächsischen Landeshauptstadt blieb nicht unwidersprochen und motivierte diverse Gruppierungen zum Gegenprotest, auch Zufahrtswege wurden durch (Sitz-)Blockaden versperrt. Die Polizei schickte sich an, diese u. a. mithilfe von Wasserwerfern zu räumen – ein Vorgehen, das angesichts von Temperaturen um den Gefrierpunkt z. T. auf massive Kritik seitens der Gegendemonstrant*innen stieß.¹ Die AfD kommentierte diesen Sachver-

halt am 3. Dezember auf ihrer *Facebook*-Seite und fragte ihre Follower*innen mittels Bildelement, ob angesichts von „Linksextremisten“, die über Kälte jammerten, der Einsatz von Wasserwerfern gerechtfertigt sei (siehe Abb. 1).²

URL: <https://de.euronews.com/2017/12/02/proteste-gegen-afd-in-hannover-wasserwerfer-bei-0-grad> [eingesehen am 28.11.2019].

- 2 Der nicht abgebildete Text zum Bild lautet: „+++Mitmachen: In Hannover kommen trotz winterlicher Temperaturen Wasserwerfer zum Einsatz – ist das gerechtfertigt?+++ Wenn es ums Austeilen geht, sind Linksextreme kompromisslos. Das mussten einige Delegierte gestern leidlich erfahren – Krankenhausaufenthalte und Knochenbrüche inklusive. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein, um die zum Teil bedrohliche Lage zu entschärfen, sofort machte sich deshalb seitens linker Aktivisten Unmut in den sozialen Netzwerken breit.“

1 Vgl. dazu o.V.: Proteste gegen AfD in Hannover: Wasserwerfer bei 0 Grad!, in: euronews, 02.12.2017,

Das Bild gab zwei Antwortmöglichkeiten vor: „Ja – selbstverständlich!“, versehen mit dem typischen *Like*-Daumen von *Facebook*, und „Nein – sowas geht nicht!“, illustriert durch ein Emoji, das für gewöhnlich Belustigung oder Ironie markiert. Die Interaktionen drückten nicht nur eine klare Meinung aus – für „Ja“ gab es 19.500 Interaktionen, für „Nein“ knapp 400 –, sondern der Beitrag wurde auch über 3.000 mal kommentiert.³ Der Publizist Stefan Winterbauer hat festgestellt, dass die verbalen Einlassungen zu dem Post erschreckend seien: Statt Wasserwerfern wünschten sich einzelne Kommentierende den Einsatz von Gölle, Gummigeschossen, Maschinengewehren oder Flammenwerfern. Winterbauer

zitiert den damaligen Pressesprecher der AfD, Christian Lüth, der verlautbaren ließ, dass die Partei diese Einlassungen verurteile, da sie inhaltlich und stilistisch nicht den Vorstellungen der Partei entsprächen.⁴ Die Partei weist also jede Verantwortung für derartige Entgleisungen zurück, verlagert diese stattdessen auf ihre *Facebook*-Fans.

Dieses Beispiel verweist auf ein grundsätzlicheres Phänomen: Die Online-Kommunikation von Parteien und Politiker*innen, besonders im Wahlkampf, zieht große journalistische Aufmerksamkeit auf sich. Was Politiker*innen sagen, wird bewertet und nachbesprochen und kann zu handfesten Skandalen führen. Ähnlich intensiv und meist als gesellschaftliche Niedergangserzählung verfasst, werden die Kommentarspalten von Journalist*innen und anderen Beobachter*innen der Gesellschaft kommentiert. Während politisches Personal an seinen konkreten Äußerungen je individuell gemessen wird, geht es bei den Kommentaren um ein Gesamtphänomen angeblicher Entgrenzungen und Enthemmungen, um eine Kommunikation oftmals geprägt von Hass und Hetze.

Was meinst Du? Sollte die Polizei auch weiterhin oder sogar noch stärker durchgreifen? Oder sollte man auf linksextreme Antidemokraten noch mehr Rücksicht nehmen?“

- 3 Alle Angaben beziehen sich hier auf den kompletten Zeitraum von zwei Jahren zwischen Erstellung des Postings und der Abfassung dieses Artikels.



Weniger Aufmerksamkeit wird dem Zusammenhang zwischen diesen beiden Phänomenen gewidmet. Gehen Leser*innen auf die *Facebook*-Seite einer Partei oder von prominenten Politiker*innen, sehen sie dort

- 4 Vgl. Winterbauer, Stefan: „Alternative: Flammenwerfer“ – die Ohnmacht beim Pseudo-Kampf gegen Facebook-Hatespeech von AfD-Fans, in: Meedia, 04.12.2017, URL: <https://meedia.de/2017/12/04/alternative-flammenwerfer-die-ohnmacht-beim-pseudo-kampf-gegen-facebook-hatespeech-von-afd-fans/> [eingesehen am 28.11.2019].

Abb. 1: Posting auf der AfD-Facebook-Seite (ohne Kommentarspalte), Screenshot-Datum: 28.11.2019, URL: [facebook.com/170363528633470](https://www.facebook.com/170363528633470)

jedoch nicht nur den Beitrag dieser Institution oder Person, sondern nehmen diesen mit- samt zumindest den obersten Kommentaren der anderen User*innen wahr. Beitrag und Kommentare bilden ein Gesamtwerk mehrerer, oftmals schlecht zu koordinierender Autor*innen. Am Beispiel eines ausgewählten *Facebook*-Postings der AfD aus dem Bundestagswahlkampf 2017 möchten wir zeigen, dass der Zusammenhang zwischen den Inhalten der Kommentare und der Beiträge selbst keinesfalls rein zufällig ist. Denn den Beitragenden ist es möglich, Impulse zu setzen, um Themen, Narrative und Querverweise in den Kommentaren zu evozieren, ohne diese selbst explizit äußern zu müssen und so dem prüfenden Auge der Journalist*innen entgehen zu können bzw. Kritik am eigentlichen Post als überzogen erscheinen zu lassen.

Dies ermöglicht die gleichzeitige Thematisierung unterschiedlicher Überzeugungen, die explizit ausgesprochen nicht zwingend konfliktfrei zusammenpassen, indem die Ausdeutung *expressis verbis* den Kommentierenden überlassen wird. Dadurch können konkurrierende Interpretationen seitens der Kommentierenden eine (Selbst-)Bestätigung erfahren, ohne dass sich die ursprünglichen Akteur*innen klar positionieren müssen. Die Leser*in kann in der Gesamtwirkung die Botschaft trotzdem entschlüsseln, ohne die Andeutungen im ursprünglichen Post verstehen zu müssen.

Wir stellen damit explizit ein multimediales Vorgehen in den Vordergrund und distanzieren uns von computergestützten Auswertungsverfahren. Deren Fokus liegt vornehmlich auf einer Analyse der (Kommentar-)Texte, wodurch die Verbindung zwischen Kommentaren und Posting aufgehoben wird. Dies ignoriert jedoch die Grammatizierungen des Postings an sich: Damit ist gemeint, dass sowohl das Formulieren oder Erstellen eines Postings als auch das Kommentieren eines Postings vielschichtigen technischen Regeln und sozialen Konventionen unterliegt. Weder Postings noch Kommentare sind beliebige Artefakte, sondern Ausfluss

wirksamer Kommunikationsregime.⁵ Dazu gehören bspw. der Präsentationsmodus von *Facebook* für Postings und die Positionierung einzelner (Bild-Text-)Elemente zueinander oder die Konventionen von Texten als Äußerungsmedium für Kommentare.⁶

Im Folgenden tragen wir die voranstehenden Überlegungen an ein konkretes Beispiel heran. Anhand eines *Facebook*-Postings der AfD zum Thema Familiennachzug widmen wir uns exemplarisch dem Zusammenspiel von Posting und Kommentaren. Die Daten entstammen dem Kooperationsprojekt „Wahlkampf in (a) sozialen Netzwerken“ der Universitäten Hildesheim, Heidelberg und Göttingen, das den *Facebook*-Wahlkampf der Parteien und Spitzenkandidat*innen der nun auch im Bundestag vertretenen Parteien zwischen dem 29. Januar und dem 24. September 2017 untersucht hat.⁷ Methodisch gehen wir, wenn auch angesichts der begrenzten Ressourcen dieses Beitrags stark verkürzt, im Sinne der dokumentarischen

5 Vgl. Traue, Boris: Visuelle Diskursanalyse. Ein programmatischer Vorschlag zur Untersuchung von Sicht- und Sagbarkeiten im Medienwandel, in: Zeitschrift für Diskursforschung, Jg. 1 (2013), H. 2, S. 117–136, hier S. 128 ff.

6 Vgl. Schmidt, Jan-Hinrik: Linked. Vom Individuum zur Netzgemeinschaft, in: Stiegler, Christian u. a. (Hg.): *New Media Culture: Mediale Phänomene der Netzkultur*, Bielefeld 2015, S. 83–95.

7 Für eine Vorstellung des Projektes vgl. Schmitz, Christopher: Wahlkampf in (a)sozialen Netzwerken. Oder: *Hate Speech* jenseits politischer Extreme, in: *Demokratie-Dialog*, Jg. 1 (2017), H. 1, S. 10–14 und Schönemann, Wolf J./Steiger, Stefan: Parteien und Spitzenkandidaten auf Facebook im Bundestagswahlkampf 2017. WORKING PAPER 1.1 – METADATENANALYSE, URL: <https://www.uni-hildesheim.de/wahlkampfanalyse/index.php/2018/05/04/wahlkampfkommunikation-und-interaktion-der-parteien-und-spitzenkandidaten-im-bundestagswahlkampf-2017/> [eingesehen am 03.02.2020].

Methode vor.⁸ Aus diesem Grund legen wir den Fokus auf die Interpretation des Postings, besonders auf das visuelle Element, während die Kommentare lediglich kursorisch Eingang in die Analyse finden.

Anwendungsbeispiel

Die Interpretation erfolgt in drei Schritten: Der erste Schritt berücksichtigt die Wirkung des Bildes im technischen Kontext, wenn über den ID-Link direkt auf den Statusbeitrag zugegriffen wird (Abb. 1). Diese Darstellung resultiert aus technischen Vorgaben und prädisponiert erste Konfrontationen mit dem Bild, das am 29. August 2017, also knapp vier Wochen vor der Bundestagswahl, bei *Facebook* eingestellt wurde. Bei der Interpretation eines Bildes, das

online geteilt und digital rezipiert wird, ist einzubeziehen, welche Regeln technisch auf die Rezeption des Bildes oder, allgemeiner gesprochen, des Inputs einwirken könnten; die kollektive Erfahrung des Bildes und die kollektive Handlung, also die Kommentierung, folgen Konventionen, die z.T. von *Facebook* vorgegeben sind.⁹

Hierbei sind vor allem zwei Faktoren zu beachten: Zum einen, dass der Begleittext des Postings nicht komplett lesbar ist, sondern nach knapp der Hälfte, hinter „nachhaltig zerstör ...“, abbricht. Der Rest des Textes wird erst durch die Interaktion mit einem Hyperlink („Mehr anzeigen“) zugänglich und sichtbar gemacht. Zum anderen ist die Präsentation eindeutig auf das Bildelement ausgerichtet, die „Info- und Kommentarspalte“ nimmt lediglich ein knappes Viertel der Darstellungsbreite ein. Da dies, wie erwähnt, eine technologisch produzierte Darstellungsform ist, die stark auf das Bild auf der linken Seite fokussiert ist, während der Text dezent daneben platziert ist, scheint es sinnvoll, aus dieser technologisch vorgegebenen Darstellung zunächst das Bildelement genauer in den Blick zu nehmen und den Infotext bis auf Weiteres hintanzustellen.

Die folgende Beschreibung (Abb. 2) konzentriert sich aus Platzgründen stark auf Elemente, die für den zweiten Interpretationsschritt wesentlich sind, ist methodisch aber umfassender angelegt. Im zweiten Schritt erfolgt eine Bildanalyse inklusive Interpretationsversuch.¹⁰ Ziel ist es, Zugriff auf implizite Kommunikationsgehalte von Bildern zu erlangen und in ihrer immanenten Dimension zugänglich zu

8 Vgl. Bohnsack, Ralf: The Interpretation of Pictures and the Documentary Method [64 Paragraphs], in: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Jg. 9 (2008), H. 3, Art. 26, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0803267> [eingesehen am 04.02.2020]; Bohnsack, Ralf: Die dokumentarische Methode in der Bild- und Fotointerpretation, in: Ders. u.a. (Hg.): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, Wiesbaden 2013, S. 75–98; Bohnsack, Ralf: Bildinterpretation, in: Soziopolis, 25.05.2016, URL: <https://www.sozio.polis.de/verstehen/was-tut-die-wissenschaft/artikel/bildinterpretation/> [eingesehen am 15.04.2019]. Für praktische Anwendungsbeispiele siehe bspw. Jukschat, Nadine / Kudlacek, Dominic: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte? Zum Potenzial rekonstruktiver Bildanalysen für die Erforschung von Radikalisierungsprozessen in Zeiten des Internets – eine exemplarische Analyse, in: Hohnstein, Sally / Herding, Marita (Hg.): Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis, Halle (Saale) 2017, S. 59–82; Schreiber, Maria / Kramer, Michaela: „Verdammt schön“. Methodologische und methodische Herausforderungen der Rekonstruktion von Bildpraktiken auf Instagram, in: Zeitschrift für Qualitative Forschung, Jg. 17 (2016), H. 1–2, S. 81–106.

9 Vgl. Dolata, Ulrich / Schrape, Jan-Felix: Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 24 (2014), H. 1, S. 5–30.

10 Zum Vorgehen vgl. sehr prägnant Jukschat / Kudlacek, S. 63–65.



Abb. 2: „Familiennachzug“, Abbildung im Browser, Screenshot-Datum: 27.08.2018, URL: https://facebook.com/387_54040_4695989874_1607034699326863

machen. Dies dient dem Zweck, die „konjunktive, implizite Sinnebene“¹¹ zu erfassen.

Formulierende Interpretation

Die Grundstruktur des Bildes ist rechteckig, nahezu quadratisch. Die Farbgebung ist düster, es dominieren Blau-, Grau-, und Ockertöne, mit vereinzelt Elementen in kräftigem Rot und Weiß. Die Grundkomposition des Bildes besteht aus den in Teilen sichtbaren Transparenten vor einer Gebäudewand, die Buchstaben weisen auf den (unvollständigen) Slogan „Refugees Welcome“ hin. Im starken Kontrast

zu den dunklen Tönen sind die Textelemente in Weiß-Rot („Familiennachzug“), Schwarz-Grau („Weitere 2 Millionen Migranten ab 2018: Jetzt gibt uns Merkel den Rest“) und Weiß-Blau-Rot („Trau dich Deutschland“, „Alternative für Deutschland“) gehalten – wobei Erstere eine rechteckige Form haben, mit jedem Zeilenumbruch weiter mittig eingerückt werden und die Schriftgröße zunimmt. Das AfD-Schriftelement zeichnet sich durch den geschwungenen Anstieg zum rechten Bildrand hin aus.

Bei der Interpretation des Bildes stehen drei Aspekte im Mittelpunkt: die Positionierung der Transparente, die Positionierung und Gestaltung der Textfelder sowie der AfD-Banderole am unteren Bildrand. Diese vermitteln auf einer zunächst rein bildlich-formalen Ebene, unbesehen des Textes, bereits Eindrücke, die

11 Jukschat/Kudlacek, S. 60.



Abb. 3: „Familiennachzug“ mit eingezogenen Feldlinien, eigene Darstellung

bei der Betrachtung wirken. Um diese Eindrücke zu verdeutlichen, kann man die Formsprache der Bildebene mittels Hilfslinien betonen (Abb. 3). Durch die Feldlinien wird klar, dass die drei benannten Formelemente eine innerbildliche Dynamik andeuten.

Weiterhin erscheint die Anordnung der Textelemente als eine Art Treppe, die drei Stufen hinabführt. Diese Treppenform verweist kompositorisch auf eine negative Aussage: Es geht „abwärts“. Bei der Formgebung des Transparents verhält es sich anders: Hier herrscht eine aufsteigende Tendenz vor, deren Steigung rechts der Schnittlinie der beiden Transparenthälften deutlich zunimmt. Das dritte dynamische Bildelement ist schließlich die blaue Banderole am Fuß des Bildes. Diese steigt in einer parabolischen Kurve von links nach rechts an, die blaue Fläche nimmt also in Leserichtung immer mehr Raum ein und spiegelt damit die Steigungskurve des Transparents.

Unterstützt wird diese Dynamik durch die Schriftsetzung der zentralen Textfelder: Der Farbwechsel, die zunehmende Schriftgröße und der Fettdruck korrespondieren mit einer Zuspitzung im Ton. Der Familiennachzug umfasse zwei Millionen Migranten ab 2018; der Doppelpunkt formuliert eine Art Drohung. Dies kulminiert in der Aussage „Jetzt gibt uns Merkel den Rest!“, betont durch den zentral gesetzten Text und die nochmals erhöhte Schriftgröße im Fettdruck. Die Textlogik folgt also einer Eskalation: Der Familiennachzug für Geflüchtete führt zu zwei Millionen zusätzlichen Migranten und das wird mit einer direkten Schuldzuweisung an Angela Merkel verknüpft, die einem suggerierten „uns“ „den Rest“ gebe. Dieses „uns“ ist neben dem „dich“ in „Trau dich!“ das einzige Personalpronomen; es findet also auf Textebene eine persönliche Ansprache statt.

Reflektierende Interpretation

Um diese Eindrücke nun zusammenzubinden: Auf der oberflächlichen Ebene handelt es sich bei dem Bild um eine zwar harsche, aber sprachlich nicht zwangsläufig eskalierende Form der Wahlkampfkommunikation. Werden jedoch die Schriftelemente und ihre Einbettung in die Komposition genauer untersucht, entsteht ein tiefergehender Interpretationsspielraum. Zunächst suggeriert die Verwendung des Wortes „uns“ eine Verbundenheit zwischen den Betrachter*innen und der produzierenden Bildinstanz, also in diesem Fall mit der AfD als Partei verkörpert durch ihren *Facebook*-Account. Die Positionierung der Aufforderung „Trau dich Deutschland!“ verstärkt diese Verbundenheit, indem sie zugleich personalisiert und auf einer verallgemeinernden Ebene (ganz Deutschland) operiert. Hier vollzieht sich die Etablierung eines populistischen Moments, die Gleichsetzung zwischen dem „Volk“ (der Imperativ „Trau dich“ vollzieht die Gleichsetzung mit „Deutschland“) und der AfD (wobei das „uns“ eine Einheit zwischen der AfD und dem imperativ adressierten Deutschland suggeriert).

Hervorzuheben ist die Interaktion mit dem Transparent, vor das die Textbotschaft gesetzt wurde: Sowohl die Schnittlinie als auch die oberen Kanten des Transparents deuten auf die „2 Millionen ab 2018“. Unterstützt wird dies noch durch die Trennung zwischen „jetzt Merkel“ links, also diesseits von 2018, und „gibt uns den Rest“ rechts, also jenseits von 2018. Die Schnittstelle zwischen den beiden Transparenzen vermittelt somit den Eindruck einer Zäsur.¹² Die Betrachter*innen werden mit einer düsteren Thematik konfrontiert, bei welcher dem suggerierten „[U]ns“, also den Betrachter*innen sowie der AfD, durch den von Angela Merkel verantworteten Familiennachzug „der

Rest gegeben“ werden soll – eine Phrase, die erklärungsbedürftig ist.

„Jemandem den Rest geben“ ist oftmals eine Umschreibung, die darauf hinausläuft, jemanden – in diesem Falle das identische „[U]ns“ – „zur Strecke“ zu bringen. Gleichzeitig ließe sich „den Rest geben“ auch so lesen, dass es Bezug auf die Migrant*innen nimmt, die mittels Familiennachzug einreisen: Insofern handelt es sich um eine herabwürdigende Beschreibung dieser potenziell einreisenden Menschen; sie werden als „Rest“, als Aus- und Überschuss kategorisiert. Diese Herabwürdigung spiegelt sich in der Platzierung der Botschaft vor einem Transparent, das sich ursprünglich positiv auf die Willkommenskultur bezieht. Der Begriff „Rest“ ist also ambivalent und hat potenziell eine doppelte Bedeutung: Er markiert die angekündigten Migranten zugleich als Aus- und Überschuss und verknüpft dies direkt mit der Bedrohung, die daraus angeblich für die autochthone Bevölkerung erwachse, der durch diesen Immigration Schub ein doppelter Rest gegeben würde.

Da die formale Logik der Präsentation eine Steigerung darstellt, lässt sich die Botschaft auch umformulieren und zuspitzen: „Der Familiennachzug gibt uns durch 2 Millionen zusätzliche Migranten den Rest und es ist die Schuld von Merkel.“ Diese Deutungsfigur ist ihrerseits anknüpfungsfähig an ethnopluralistische Denkweisen – ein Konzept, das mit dem aufkommenden Anti-Islamismus seit den 2000er Jahren zunehmend mit einem rassistisch-völkischen Überfremdungsgedanken verknüpft ist: Die europäischen Gesellschaften „sien nicht mehr ‚Herr im eigenen Haus‘ und würden zu ‚Ausländern im eigenen Land‘.“¹³

12 Ob und inwiefern berücksichtigt werden sollte, dass es die Silbe „Come“ von „Wel-Come“ ist, die sich rechts dieser Zäsur befindet, lässt sich sicherlich ebenfalls diskutieren.

13 Priester, Karin: Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: Virchow, Fabian u.a. (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 533–560, hier S. 541.

Von einem völkischen Ethnopluralismus ist es nicht mehr weit bis zur „Theorie des großen Austauschs“. Diese Denkfigur der moder-
nen, ethnopluralistischen radikalen Rechten¹⁴ befürchtet den Austausch der autochthonen Bevölkerung inklusive ihrer sukzessiven Auflösung durch vermeintlich kulturfremde Zuwander*innen.¹⁵ Damit evoziert die Bildsprache Anknüpfungspunkte an rechtsradikales Gedankengut, wie es bspw. bei der Identitären Bewegung gepflegt und propagiert wird. Die Bildgestaltung in Form einer abwärts führenden Treppe unterstreicht subtil den potenziell apokalyptischen Grundton der Aussage.

In die Suggestion der Bedrohungslage ist jedoch bereits im Bildsinn eine Lösungsperspektive eingebettet. Der nach rechts zunehmend breiter werdende blaue Streifen der Banderole symbolisiert einen Hoffnungsschimmer: Sofern sich Deutschland bloß traue, sich zur AfD zu bekennen, könne das Schlimmste vielleicht noch abgewendet werden – hier spielt der Zeitpunkt des Postings, vier Wochen vor der Bundestagswahl 2017, eine wichtige Rolle. Damit knüpft das Bild an diverse etablierte Denk- und Mobilisierungsmuster in rechtsnationalen und -radikalen Kontexten an und formuliert den Betrachter*innen und Kommentator*innen affizierte Interaktionsangebote, an die mithilfe von Kommentaren angedockt werden kann.

Es ist wichtig, hervorzuheben, dass diese rekonstruierten Sinngehalte nicht zwingend

intendiert sein müssen: Ebenso ist denkbar, dass einige Designelemente Resultate impliziten Orientierungswissens und vorbewusster Handlungspraxen und ihrer zugrunde liegenden Deutungsmuster sind.¹⁶ Soll heißen, dass nicht jedes Element in der Bilddarstellung gezielt und zu einem bestimmten Zweck so und nur so gestaltet wurde, sondern dass Vorstellungsmuster des Politischen die Bildproduktion mitbestimmen könnten, ohne dass dies der bildproduzierenden Instanz bewusst gewesen sein muss.

Dadurch eröffnet sich für die Kommentare unabhängig vom Begleittext ein Referenzrahmen, der den Rezipient*innen und Kommentator*innen für die Interaktion zur Verfügung steht und diese präfiguriert. So ergibt die kursorische Auswertung, dass sich die Topoi und narrativen Muster, welche die Kommentare strukturieren, als Anknüpfung und Spiegelung, aber auch als Ausdeutung und Erweiterung des Postings lesen lassen: Besonders Angela Merkel zieht in vielfacher Weise die Wut der Kommentator*innen auf sich. Sie bescheinigen ihr eine Geisteskrankheit, betonen, dass sie gestoppt gehöre, man ihr den Rest geben würde oder sie in der „Uckermark entsorgt“ werden müsse. Die Kostenperspektive für künftige Generationen wird genauso eingebracht wie Invektiven gegen die Wähler*innen der Union, da sich nur die „dümmersten Schafe ihre Metzger“ selbst aussuchen würden.

Situativ sind diese Szenarien einerseits anschlussfähig an wortreiche Ressentiments: So könne man sich einem Kommentar zur Folge nicht mehr auf die Straße trauen, „muss Einwanderern beim Klauen zusehen und wenn man etwas sagt, wird man bedroht“. Die Justiz messe mit zweierlei Maß, aus Deutschland

14 Radikal als vorstellungsbezogene Kategorie verstanden als „Positionen, die für autoritäre Politik und Gesellschaftsformen stehen und dabei tendenziell antiliberal, völkisch, rassistisch und geschichtsrevisionsistisch sind“. Finkbeiner, Florian / Geiges, Lars / Trittel, Katharina: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 13.

15 Vgl. Brumlik, Micha: Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3/2016, S. 81–92.

16 Vgl. Bohnsack, Ralf / Nentwig-Gesemann, Iris / Nohl, Arnd-Michael: Einleitung: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, in: Bohnsack, Ralf u. a. (Hg.): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis, Wiesbaden 2013, S. 9–32, hier S. 9.

würde binnen zwei Jahren ein „xxx-l-Flüchtlingscamp“ und hätte man gehnt, wie die Steuergelder der kommentierenden Person – die selbstverständlich nicht „ausländerfeindlich“ sei, immerhin kenne sie „auch ein paar nette Leute, die arbeiten gehen und integriert sind“ – eingesetzt würden, hätte sie keine gezahlt. In diesem Kommentar finden sich nahezu alle Topoi wieder, die das Posting offeriert.

Daneben stehen sehr drastische Ausrufe, die vor einem Bürgerkrieg warnen („EIN BÜRGERKRIEG IST DEMZUFOLGE VORPROGRAMMIERT!“), oder Kommentarinteraktionen, die unverhohlenen antisemitische Verschwörungstheorien formulieren. Unter dem Kommentar, dass Merkels Mutter Jüdin sei, findet sich folgende Antwort: „Stimmt. Das Judentum wird immer mit der Mutter weitergegeben. Es wird auch gemunkelt, dass Merkel einen Israelischen [sic!] Pass hätte. Und was schworen nochmal die Juden nach dem 2. WK? erst zu ruhen, bis alles deutsche Vermögen in jüdischer Hand ist.“ Diese Thematisierung der jüdischen Weltverschwörung ist unmittelbar an die antisemitischen Konnotationen des „Großen Austauschs“ geknüpft und damit ein klassisches rechtsradikales Motiv mit einer langen historischen Tradition.¹⁷

Inhaltliche Anlagerung durch rhetorische Autovervollständigung

Diese kurze Inspektion der Kommentare offenbart bereits eine große Bandbreite ehrverletzender, rassistischer und antisemitischer Invektiven. Zwar kann an dieser Stelle keine umfassende Auswertung präsentiert werden, aber die Anschlussfähigkeit der Kommenta-

re an die rekonstruierten Bildinhalte wurde in Grundzügen deutlich. Diesen Prozess der Explikation lediglich subtiler Bildinhalte durch einen Kommentar wollen wir zusammenfassend als inhaltliche Anlagerung bezeichnen: Damit meinen wir einen Prozess, bei dem intersubjektiv geteilte Deutungsrahmen – hier zwischen den Bild-Produzent*innen und den Bild-Rezipient*innen – auf der Ebene eines einzelnen Kommunikationsereignisses die Basis für eine Interaktionsbeziehung sind, bei der schließlich Inhalte und Positionen einseitig zur Geltung gebracht werden. Nur eine der beiden Interaktionsparteien schreibt die Inhalte und Interpretationen, die das Posting bietet, aus. Die Formulierung des diffusen Inhaltes wird gewissermaßen delegiert: Es kommt durch eine rhetorische Autovervollständigung zum *outsourcing* des Klartextes.

Diese Auslagerung, respektive die Verlagerung von expliziten Inhalten aus dem Posting in die Kommentare, ermöglicht Rechtfertigungsstrategien, wie sie der Pressesprecher der AfD eingangs beim Wasserwerfer-Posting an den Tag gelegt hat. Die inhaltliche Ausdeutung, die Formulierung von Invektiven oder auch *Hate Speech* komme von den Kommentator*innen. Die Partei und ihre Plattform werden davon überschwemmt, mehr als Distanzierung und Verurteilung bleibe der Partei nicht. Andererseits können mithilfe dieser Strategie der sprachlich unauffälligen Botschaften Partei-kommunikationsakte und politische Botschaften an sich in eine Scharnierposition gerückt werden und zwei Funktionen zugleich erfüllen: Auf der einen Seite wirken sie in den allgemeinen massenmedialen Diskurs und stellen eine Anschlussmöglichkeit her. Auf der anderen Seite ist es durch inhaltliche Anlagerung möglich, integrativ in politische Milieus und Untergruppen zu wirken, die mobilisiert, womöglich sogar rekrutiert, zumindest aber nicht verschreckt oder zurückgewiesen werden sollen.

Dieser Prozess bedarf dringend weiterer Erforschung. Wir möchten hierfür den Begriff

17 Vgl. Botsch, Gideon: Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“, in: Glöckner, Olaf / Jikeli, Günther (Hg.): Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute, Hil-desheim u.a. 2019, S. 21–38, hier S. 30 ff.

der *Memefizierung* vorschlagen. Dieser greift den kommunikativen Prozess der inhaltlichen Anlagerung auf der Ebene des einzelnen Kommunikationsereignisses auf und bettet ihn in einen spezifisch strukturierten medialen Zusammenhang ein. Diese Vermittlungsposition zwischen gesellschaftlich-massenmedialem Diskurs und einem parteizentrierten Diskurs lässt sich, so die Hoffnung, mithilfe dieses Begriffs in zukünftigen Forschungsarbeiten direkt adressieren und analysieren. Der Begriff soll zum einen die kollektiven, intersubjektiv geteilten Prozesse der Herstellung, Referenz und Weiterentwicklung sowie -verbreitung von Sinnwürdigen, auf die der popkulturell etablierte Begriff *Meme* auch bezogen werden kann.¹⁸

18 Vgl. Shifman, Limor: Memes in a Digital World. Reconciling with a Conceptual Troublemaker, in: Jour-

Zugleich berücksichtigt er aber die zunehmende Bedeutung visueller Kommunikationsformen in digitalen Medien auch und gerade bei der radikalen Rechten, die immer stärker über *Memes* stattfindet.¹⁹ Die konzeptionelle Verfeinerung ist sicherlich in Zukunft noch zu leisten.

nal of Computer-Mediated Communication, Jg. 18 (2013), H. 3, S. 362–377; Grünewald-Schukulla, Lorenz / Fischer, Georg: Überlegungen zu einer textuellen Definition von Internet-Memes, in: Kommunikation @ gesellschaft, Jg. 19 (2018), Sonderheft, S. 1–10.

19 Vgl. Bogerts, Lisa / Fielitz, Maik: „Do You Want Meme War?“ Understanding the Visual Memes of the German Far Right, in: Fielitz, Maik / Thurston, Nick (Hg.): Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US, Bielefeld 2019, S. 137–154.



Christopher Schmitz M. A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische und kulturelle Grundlagen des Internets sowie Protest- und politische Kulturforschung.

Sören Messinger-Zimmer, geb. 1986, hat Politikwissenschaft und Soziologie studiert und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Literaturhinweis

Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019

*Stine Marg/Florian Finkbeiner/
Steffen Kühnel/Efpraxia Dermitzaki*

Was man in Niedersachsen überhaupt unter Demokratie versteht und welche zentralen Vorteile man in dieser gesellschaftlichen Organisationsform sieht, ist bislang kaum erforscht.

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Göttinger Institut für Demokratieforschung hat gemeinsam mit dem Methodenzentrum Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen eine repräsentative Umfrage durchgeführt. Beauftragt wurde hierfür fors.a. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH. Befragt wurde die Wohnbevölkerung Niedersachsens ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Erhebung ist eine repräsentative Stichprobe mit 1.001 Fällen.

Der NDM unterscheidet sich von bisherigen Landesmonitoren, indem er einen verstärkten und vertiefenden Akzent auf die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen der Niedersachsen legt. Außerdem soll im Unterschied zu anderen Landesmonitoren die standardisierte Befragung zukünftig erweitert und mit einem qualitativ-empirischen Design kombiniert werden, d.h., spätere Gruppendiskussionen und halbstandardisierte Interviews mit narrativen Elementen sollen verschiedene Aspekte vertiefen, um Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe zu erfassen und ggf. Hinweise dafür zu liefern, den Fragebogen für die kommende repräsentative Umfrage partiell anzupassen.



FoDEx-Studie, Nr. 2 (2019)
[https://www.fodex-online.de/
publikationen/niedersaechsischer-
demokratie-monitor-2019/](https://www.fodex-online.de/publikationen/niedersaechsischer-demokratie-monitor-2019/)



Linke Militanz

Hoch die internationale Solidarität?

Philipp Scharf

1968

erschüttert die Welt. Nicht nur innenpolitisch schien die politische Situation angespannt – ob Osterunruhen, das Attentat auf Rudi Dutschke oder Kaufhausbrandstiftungen: Lange schwelende Konflikte brechen mit ungeahnter Härte auf. Zugleich ereignen sich auch im internationalen Rahmen politische Beben. Der „Prager Frühling“ findet durch den Einmarsch von sowjetischen Truppen ein jähes Ende und der Vietnamkrieg eskaliert zusehends. Diese Entwicklungen waren es nun, die zu einem veränderten Selbstverständnis der radikalen Linken führten. Der Internationalismus wurde zum entscheidenden Bezugspunkt. Doch wie kam es dazu?

Die politischen und kulturellen Prozesse im Zusammenhang mit „68“ beeinflussten die politische Wahrnehmung diverser Themenkomplexe. Einer, der noch über Jahrzehnte hinaus die Diskussionen der radikalen Linken bestimmte, war deren Verhältnis zum Imperialismus und die damit einhergehende „Entdeckung“ der sogenannten Dritten Welt. Ob 68 in diesem Kontext schließlich als „Mythos, Chiffre oder Zäsur“¹ interpretiert wird, hängt freilich von der politischen Couleur der jeweiligen BeobachterInnen ab – nichtsdestoweniger ist 68 jedoch auch fünfzig Jahre später noch immer ein Faszinosum. Zeit also, um zu rekonstruieren, wie die Grundlagen eines modernen

1 Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre, Zäsur, Hamburg 2000.

internationalistischen Bewusstseins innerhalb der radikalen Linken gelegt wurden.

Natürlich ist das vermeintliche Schicksalsjahr nicht in einen politisch-kulturell luftleeren Raum hineingewachsen, vielmehr kulminierten unterschiedliche nationale wie internationale Entwicklungen, innenpolitische Prozesse und Proteste des Jahrzehnts, welche die Bewegungen, die oftmals verallgemeinert als „68er“ bezeichnet werden, zu einem „sozio-politischen Amalgam“² werden ließen. Tatsächlich waren die 1960er Jahre Teil eines Entwicklungsprozesses, der durch eine stete Radikalisierung entscheidender AkteurInnen innerhalb der bestehenden Systemopposition geprägt war, was gegen die Imagination eines einheitlichen Protestdatums spricht.³ Ob nun der Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze oder die Studierendenrevolte, deren prominenteste Wortführer⁴ sich als Avantgarde der revolutionären Massen sahen: Die politische Situation in der BRD war gekennzeichnet durch die Konfrontation rivalisierender politischer Lager – die Stimmung war explosiv. Vermeintliche gesamtgesellschaftliche Konsense, wie etwa die USA-Bindung der jungen Bundesrepublik, die sich im durch die Machtblöcke geteilten Berlin wie unter einem Brennglas zeigte und hier eine gewisse „Frontstadtatmosphäre“⁵ kreierte, die – ausbleibende – Vergangenheitsbewältigung oder die Rolle gesellschaftlicher Opposition wurden hinterfragt und verschärften den

Konflikt, der seitens der Studierenden zusehends unter dem Gesichtspunkt neomarxistischer Prämissen geführt wurde.⁶ Sie versuchten also, eine Re-Aktualisierung marxistischer Theorie unter Zuhilfenahme einer subjektivistischen Perspektive vorzunehmen, welche die orthodoxe Annahme widerlegt, wonach der Kapitalismus naturgesetzlich an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen. Diese Politisierung der Studierenden und anderer politischer Minderheiten kollidierte hingegen mit einer weitgehenden Entpolitisierung anderer Teile der Gesellschaft. Die sich endgültig entfaltende Konsumgesellschaft ließ die Politik als eine auf Sachzwänge reduzierte Verwaltungssphäre erscheinen, die in der ersten Großen Koalition (1966 bis 1969) aus CDU und SPD zu ihrer vollen Blüte kam. Auch vor dem Hintergrund dieses wahrgenommenen Demokratiedefizits sind die Entwicklungen der Protestbewegungen dieser Jahre zu interpretieren.⁷

Die studentische Linke

Der radikale Teil der deutschen Studierenden, die sich in den 1960er Jahren im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) organisierten, bildete gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen, wie etwa der Anti-Notstandsgesetz- oder der Ostermarsch-Bewegung, die im Entstehen begriffene „Neue Linke“. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie den Sozialismus als wissenschaftliches Erkenntnis- und praktisches Analyseinstrument von den real existierenden gesellschaftlichen Bedingungen entkoppelte.⁸ Dies war durch Ge-

-
- 2 Lorenz, Robert/Walter, Franz: 1968 Kulminationspunkt und politische Eruption, in: Dies. (Hg.): 1964 – das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014, S. 343–372, hier S. 347.
- 3 Vgl. Greven, Michael Th.: Systemopposition. Kontinenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Opladen/Berlin 2011, S. 13–18.
- 4 Denn es waren in der Frühphase vornehmlich Männer, die diese Rolle übernahmen.
- 5 Fichter, Tilman: Lönnendonker, Siegfried: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstaufösung, Berlin 1977, S. 86.

-
- 6 Vgl. Lorenz/Walter, S. 348.
- 7 Vgl. Kießling, Simon: Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne, Köln 2006, S. 98–101.
- 8 Vgl. Richter, Pavel A.: Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968.

genwartsanalysen notwendig geworden, die nahelegten, dass im Deutschland der 1960er Jahre zwar nach wie vor eine Klassengesellschaft existiere, ohne dass hieraus jedoch zugleich ein Klassenbewusstsein resultiere.⁹

Innerhalb dieser Bewegung blieben die Studierenden – wie gesamtgesellschaftlich auch – zunächst isoliert und mussten ihre Beziehung zu den übrigen Bewegungen, als deren ideologische Speerspitze sie sich doch sahen, erst konstruieren. Die Herausforderung bestand darin, die übrigen Ein-Punkt-Bewegungen ideologisch zu einen und dabei auf die Notwendigkeit hinzuweisen, das herrschende System in seiner Totalität zu bekämpfen.¹⁰ S. bestimmte der Marx'sche Theorieapparat zwar nach wie vor das Denken; die abgeleiteten Analysen und praktischen Implikationen blieben jedoch inkonsistent. Dies drückte sich insbesondere im Verhältnis der Studierenden zur ArbeiterInnenklasse aus, die sie zwar weiterhin als revolutionäres Subjekt identifizierten, sich in ihrem Avantgardeverständnis aber gleichzeitig von ihr abgrenzten. So konnten die Studierenden laut dem Politikwissenschaftler Johannes Agnoli niemals zu einem gleichberechtigten Teil der Klassenbewegung werden. Durch die abstrakte Theoriebildung entfernten sie sich von der sozialen Realität derjenigen, mit denen sie ursprünglich revolutionär tätig werden wollten.¹¹ Auch in ihrer inhaltlichen Stoßrichtung war der Fokus der Studierenden eher gegen die kulturellen Ausdrucksformen der kapitalistischen Gesellschaft gerichtet und orientierte sich weniger an der Lebensrealität der ArbeiterInnen. Dies hinderte sie daran „die soziale Realität in ihrer konkreten Totalität zu sehen, die bestimmt ist von dem objektiven

Prozeß, der ihre materielle Basis darstellt: den Verwertungsprozeß des Kapitals“¹².

Die Krise des Sowjet-Sozialismus

Mit dieser Neukonstituierung der radikalen linken Bewegungen ging eine gewisse Krise des globalen, an der Sowjetunion orientierten Sozialismus voraus. Tatsächlich erschien es noch in den 1950er Jahren wohlwollenden BetrachterInnen möglich, dass sich – angesichts des wirtschaftlichen Aufstiegs der UdSSR – der Sozialismus als das leistungsfähigere Ordnungssystem herausstellen würde. Um ihre positive Entwicklung zu konsolidieren, setzte die Sowjetunion deswegen auf eine Politik der Befriedung gegenüber dem kapitalistisch dominierten und an den USA orientierten Teil der Erde – mit erschütternden Konsequenzen für den sozialistischen Block, in welchem sich fortan deutliche Risse zeigen sollten.

Die lauteste Kritik kam dabei aus China von seinem Führer Mao Zedong, der darin eine Abkehr von den Interessen der sogenannten Dritten Welt, gar einen „Verrat an der Weltrevolution“ sah.¹³ Laut Maos Drei-Welten-Theorie kämpften der US-Imperialismus und die sowjetischen „Sozialimperialisten“¹⁴ um die globale hegemoniale Vorherrschaft. Europa sei, als Zweite Welt, den beiden Supermächten unterworfen; Aufgabe der Entwicklungsländer in der Dritten Welt sei es, ein Bündnis mit der Zweiten Welt gegen die Supermächte zu schmieden.¹⁵ Folgerichtig waren es nun auch vornehmlich die Bewegungen aus dieser Dritten Welt, die sich vom Sowjet-Kommunismus abwandten, den sie als einen Kommunismus

Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Bielefeld 1997, S. 35–55, hier S. 41.

9 Vgl. ebd., S. 42.

10 Vgl. Greven, S. 241.

11 Vgl. Agnoli, Johannes: 1968 und die Folgen, Freiburg 1998, S. 104.

12 Ebd., S. 105.

13 Vgl. Böke, Henning: Maoismus. China und die Linke – Bilanz und Perspektive, Stuttgart 2007, S. 87.

14 Ebd., S. 99.

15 Vgl. ebd., S. 99.

der Weißen und als „verbürokratisiert, arrogant und großmachtchauvinistisch“¹⁶ charakterisierten. Die Lehren Maos ermöglichten diesen Gruppen, den Kampf gegen den Imperialismus mit aller erforderlicher Radikalität theoretisch zu legitimieren.¹⁷ Mao insistierte, an Lenin anknüpfend, darauf, dass Kapitalismus und imperialistische Weltordnung bekämpft werden müssten, da diese andernfalls die subalternen Ländern in ihrer unverschuldeten Abhängigkeit beließen.¹⁸

In Europa wurde der Maoismus im Zuge der Studierendenrevolte erst um 1968 populär, als auch die Studierenden begannen, vom Vorbild der Sowjetunion abzurücken, deren Revolutionsverständnis zu einem „bloßen Ritual degeneriert war“¹⁹ und die durch ihr außenpolitisches Handeln, etwa in der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings, deutlich an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Gebunden an das neue Interesse der westlichen Linken an China waren also einerseits Enttäuschungen, andererseits aber auch die Hoffnung, dass eine alternative Entwicklung des Sozialismus weiterhin möglich bleibe.²⁰ Die Theorie Maos wurde fortan als anti-stalinistische Position gelesen, ließ Mao doch die Möglichkeit des Widerspruchs der Massen gegen ParteifunktionärInnen zu. Jedoch: diese Möglichkeit blieb an gewisse Bedingungen geknüpft; Kritik durfte etwa nur aus dem Volk kommen – wer definierte, wer zum Volk gehörte und wer nicht, blieb jedoch unklar.²¹ „Man sollte das Recht auf Kritik bei Mao daher nicht mit dem Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung

verwechseln.“²² Der Maoismus, so der Sinologe Felix Wemheuer, könne also – trotz der weiterhin ungeklärten Fragen danach, wie sich die Massen selbst repräsentieren könnten und wie eine revolutionäre Bewegung praktisch zu organisieren sei – eine Antwort auf die Krise des Leninismus geben. Damit war er „der letzte ernstzunehmende Versuch, ihn zu retten“²³.

Der Chinese Rudi Dutschke

Innerhalb dieser Neuen Linken waren es vornehmlich die Studierenden, die zu den TrägerInnen eines neuen Internationalismus wurden. Diese veränderte theoretische Interpretationsfolie spiegelte sich sowohl in der rezipierten Literatur als auch in der politischen Themensetzung der Studierenden wider. Und dies umso stärker, da sich Rudi Dutschke, einer ihrer populärsten Vertreter, selbst als „Chinese“²⁴ bezeichnete, der die von der russischen Zentrallinie geforderte Implementierung des globalen Status quo nicht akzeptieren wollte. Globale Ereignisse ließen den Themenbereich „Antiimperialismus“ innerhalb der Studierendenschaft zudem zyklisch virulent werden und stellten so die Gelegenheitsfenster bereit, die – unter anderem – von Dutschke genutzt werden konnten.

Der Protest gegen den Vietnamkrieg war zwar das berühmteste und wohl auch folgenreichste Ereignis, jedoch keinesfalls das erste seiner Art. Bereits 1960 gab es innerhalb des SDS Stimmen, die auf koloniale Prozesse und Befreiungskämpfe sowie auf die Notwendigkeit

16 Ebd., S. 90.

17 Vgl. ebd., S. 90.

18 Vgl. ebd., S. 140.

19 Ebd., S. 124.

20 Vgl. ebd., S. 138.

21 Vgl. Wemheuer, Felix: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Maoismus. Ideengeschichte und revolutionärer Geist, Wien 2008, S. 7–32, hier S. 15.

22 Ebd., S. 16.

23 Ebd., S. 27.

24 Vgl. Juchler, Ingo: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin 1996, S. 75.

solidarischer Proteste in den europäischen und US-amerikanischen Metropolen hinwies.²⁵ Auch der Algerienkrieg von 1954 bis 1962 lenkte die Aufmerksamkeit auf das internationale Spannungsverhältnis zwischen Nord und Süd.²⁶ Jedoch dauerte es einige weitere Jahre, bis 1964, bis dieser Appell auch spürbare Konsequenzen hatte. Als der damalige kongolesische Ministerpräsident Moïse Tschombé Berlin besuchte, kam es während der gesamten Besuchsdauer zu wütenden Protesten seitens der Studierenden, da ihm die Ermordung des ersten Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Patrice Lumumba, vorgeworfen wurde. Zeit-

endgültig ein Teil der politischen Agenda.²⁷ Die Dritte Welt wurde zu einer „Projektionsbühne“²⁸ des internationalen Befreiungskampfes.

Wenige Jahre später, am 2. Juni 1967, war es abermals der Staatsbesuch eines umstrittenen Würdenträgers, der zu einer bedeutenden Wegmarke der Radikalisierung der protestierenden Studierenden wurde. Der Besuch des iranischen Schahs Mohammad Reza Pahlavi geriet zu einem Fiasco, als vor der Deutschen Oper, in der sich der Schah zu diesem Zeitpunkt aufhielt, eine Demonstration durch die Polizei und sogenannte Jubelperser, die ungehindert mit

Schlagwerkzeugen auf die Protestierenden einprügeln konnten, angegriffen wurde. Im weiteren Verlauf erschoss in einem Hinterhof ein Polizeibeamter den Berliner Studenten Benno Ohnesorg von hinten.²⁹

Dutschke, als einer der wichtigsten Wortführer, Theoretiker und Galionsfigur der Studierenden, verstand es, die Stichwortgeber der internationalen, antikolonialen Befreiungsbewegungen aus der sogenannten Dritten Welt – wie etwa Frantz Fanon, Régis Debray, Ernesto

„Che“ Guevara oder Mao Zedong – mit Klaskern der Marx'schen Ideologie in Verbindung zu bringen. Unter Zuhilfenahme Herbert Marcuses, dessen theoretisches Wirken wegweisend für die damalige Gegenwartsanalyse innerhalb der westlichen Metropolen wurde, konnte ein theoretisches Konglomerat geschaffen werden, das geeignet war, „den Wider-



Der internationale Vietnamkongress 1968 im Audimax der TU Berlin/Ludwig Binder, Stiftung Haus der Geschichte/CC BY-SA 2.0

genössische BeobachterInnen waren von der Entschlossenheit und der Intensität der Proteste gleichermaßen überrascht; mit ihnen war der Umgang mit Ländern, Herrschenden und der Bevölkerung der sogenannten Dritten Welt

25 Vgl. Greven, S. 239.

26 Vgl. Mausbach, Wilfried: Von der „zweiten Front“ in die friedliche Etappe? Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, S. 423–444, hier S. 426.

27 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Die blinden Flecken der 68er-Bewegung, Stuttgart 2018, S. 51–57.

28 Ebd., S. 68.

29 Vgl. Richter, S. 35.

spruch zwischen einem hermetisch geschlossenen Verblendungszusammenhang, wie er von den Situationisten behauptet wurde, und dem Beharren auf einem revolutionären Hoffnungs-schimmer durch Einführung des Faktors ‚Dritte Welt‘ aufzulösen“³⁰. Die Studierenden sahen sich also mit dem Grundproblem der Marx’schen Philosophie, dem Verhältnis von revolutionärer Theorie und Praxis, konfrontiert, die sie beide zu vereinen suchten, indem die soziale Praxis die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durchdringen sollte, um so die (globalen) Missstände aufzudecken. Das Klassenbewusstsein, so Dutschke, könne mithin nur in der kämpferischen Auseinandersetzung gebildet werden, seine Herstellung müsse unter den gegebenen Umständen Ziel und nicht Ausgangspunkt des revolutionären Prozesses sein; die gesellschaftliche Erkenntnis werde so zu gesellschaftlicher Veränderung führen, Theorie werde Praxis.³¹ Das autonome Subjekt sollte die Selbstbefreiung durch Selbstreflexion und Aktion erreichen, der Vietnamkrieg war hierfür die geeignete Handlungsfolie.³² Vietnam wurde damit mehr und mehr zum „Kairos“ der antiimperialistischen Strömungen, der dort geführte Krieg zu einer „schicksalhaften Entscheidungsschlacht“,³³ in der sich auch die eigene Zukunft entscheiden sollte, was – diese Argumentationskette zu ihrem Ende denkend – dazu führte, dass die eigentlichen Nicht-KombattantInnen in den westlichen Metropolen zu Kämpfenden werden mussten. Das ostasiatische Land sollte, so die Hoffnung, zu einem ersten Dominostein werden, der eine Kette von Befreiungsbewegungen

in Gang setzen würde, die bis in die westliche Hemisphäre ausstrahlen sollte.³⁴

Von den „Verdamnten dieser Erde“ zur kämpfenden Guerilla

Die Entdeckung der Dritten Welt und ihres mutmaßlich revolutionären Potenzials ging, wie bereits angedeutet, auf Frantz Fanon und dessen Hauptwerk „Die Verdamnten dieser Erde“ zurück. Hier entdeckte die Dritte Welt, so Jean-Paul Sartre, ihre Stimme und schaffe dadurch neue Menschen, die endlich zu den Handlungssubjekten ihrer Geschichte würden. Dieser Selbstwertungsprozess verlaufe jedoch notwendigerweise gewaltsam, da das historische System der Unterdrückung und Kolonialisierung einzig und allein durch Gewaltausübung beseitigt werden könne.³⁵ Folgerichtig ist die Dekolonisation bei Fanon gleichsam ein Prozess der Menschwerdung, ein Akt der Befreiung der Kolonisierten, die ihre Fesseln abwerfen.³⁶ Weil das Denken der Kolonisierten durch die Herrschenden präformiert werde, umfasse der Prozess der Befreiung mehr als lediglich die Neuordnung der ökonomischen Abhängigkeiten; durch den Kampf werde den Ausgebeuteten gewahrt, dass bspw. die Vokabeln „Menschenwürde“ oder „Individualismus“ internalisierte Herrschaftsmomente darstellten und sie neue Formen der Solidarität unter-

30 Mausbach, S. 427.

31 Vgl. Dutschke, Rudi: Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann, Uwe et al. (Hg.): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 33–57, hier S. 39–40.

32 Vgl. Kießling, S. 120–121.

33 Mausbach, S. 432.

34 Vgl. Marcuse, Herbert: Die innere Logik der amerikanischen Politik in Vietnam, in: Ders.: Nachgelassene Schriften. Band 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen. Herausgegeben mit einem Vorwort von Peter-Erwin Jansen. Einleitung von Wolfgang Kraushaar, Springe 2004, S. 48–52, hier S. 50.

35 Siehe Sartre, Jean-Paul: Vorwort, in: Fanon, Frantz: Die Verdamnten dieser Erde. Vorwort von Jean-Paul Sartre, Frankfurt a.M. 1966, S. 7–25, hier S. 9–21.

36 Siehe Fanon, Frantz: Die Verdamnten dieser Erde. Vorwort von Jean-Paul Sartre, Frankfurt a.M. 1966, S. 27.

einander bräuchten.³⁷ Fanon, der selbst u.a. Psychiater gewesen ist, beschreibt diesbezüglich die Rolle der Gewalt auch auf individueller Ebene als die eines kathartischen Erlebnisses, das geeignet sei, die historischen individuellen wie kollektiven Unterdrückungserfahrungen zu heilen.³⁸

Diese doch eher abstrakten Überlegungen Fanons wurden von Che Guevara, der selbst eher als Berufsrevolutionär und Praktiker bekannt wurde, um konkrete Handlungsanweisungen ergänzt. Die Schriften Guevaras bezüglich dessen Kernkompetenz, des PartisanInnenkampfes, wurden ebenfalls durch die westdeutschen Studierenden rezipiert und an die Verhältnisse in den Metropolregionen angepasst. Guevara und seine Fokustheorie waren überaus kompatibel mit den voluntaristischen Zügen der 68er-Studierenden, da die Theorie besagt, dass es eine Gruppe von Kämpfenden, die „Guerilleros“, geben müsse, welche die Revolution in die Bevölkerung hineintragen: „Nicht immer muß man warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution gegeben sind, der aufständische Fokus kann solche Bedingungen selbst schaffen.“³⁹ Der Kampf werde wieder zum konstituierenden Element der Widerstandsbewegung, als „Hebamme der neuen Gesellschaften“ sei er dennoch auf gewisse Faktoren angewiesen, die zu seiner Anwendung befähigen, das „Bewußtsein von der Notwendigkeit einer Änderung und [die] Gewißheit von der Möglichkeit dieser revolutionären Änderung“.⁴⁰ Das Bewusstsein des Guerilleros wird also zur zentralen Entscheidungsinstanz innerhalb des

revolutionären Prozesses, er wird somit zum „Freiheitskämpfer par excellence, der Auserwählte des Volkes, seine Avantgarde im Befreiungskampf“⁴¹. Die antiautoritären Studierenden verstanden sich demzufolge als „revolutionärer Fokus“.

Das Prinzip der politischen Avantgarde und des kämpferischen Fokus wurde ebenfalls durch den Philosophen und Kampfgefährten von Che Guevara, Régis Debray, propagiert. Debray zufolge war die historische Epoche durch das Aufbrechen des totalen Klassenkampfes gekennzeichnet, der eine aktive, kämpferische Haltung, etwa einen „bewaffneten Spontaneismus“⁴², erfordere. Diese Grundeinstellung müsse über Prinzipien der Selbstverteidigung hinausgehen: Hierfür dürfe sich die Guerilla, als Avantgarde der revolutionären Massen, nicht hinter rein defensiven Aufgaben verschanzen, sondern müsse als bedeutendster Fokus der kämpferischen nationalen Strömungen agieren.⁴³ Debray – und hierin zeigt sich nochmals exemplarisch die Abkehr vom orthodoxen Marxismus der neuen Linken und ihrer VordenkerInnen – verweist mit besonderer Emphase darauf, dass es die Guerilla als Avantgarde und gerade nicht die Partei als Massenorganisation sei, welche Theorie und Praxis einen und so zur neuen Speerspitze der revolutionären Tätigkeit werden könne.⁴⁴ „Allein der bewaffnete Kampf der Massen gegen den Imperialismus kann langfristig eine Avantgarde schaffen, die

37 Vgl. Fanon, S. 36.

38 Vgl. ebd., S. 85.

39 Guevara, Ernesto Che: Guerillakrieg. Eine Methode, in: Ders.: Guerilla – Theorie und Methode. Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros. Herausgegeben von Horst Kurnitzky, Berlin 1968, S. 124–142, hier S. 124.

40 Ebd., S. 130.

41 Guevara, Ernesto Che: Was ist ein „Guerillero“?, in: Ders.: Guerilla – Theorie und Methode. Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros. Herausgegeben von Horst Kurnitzky, Berlin 1968, S. 16–19, hier S. 16.

42 Debray, Régis: Revolution in der Revolution? Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika, München 1967, S. 25.

43 Vgl. ebd., S. 47.

44 Vgl. ebd., S. 113.

fähig ist, die Völker zum Sozialismus zu führen [...].“⁴⁵

Dutschke konstatiert nun, dass die Implementierung dieser Fokustheorie den bisherigen Grundannahmen der stalinistischen Theorie über den Aufbau des Sozialismus in einem Land sowie den „revisionistischen“ Sozialismustheorien, die hierauf aufbauen und von einer möglichen Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus ausgehen, diametral entgegenstehe. Diese Denkformen forderten einen „Sozialismus ohne revolutionäre Prinzipien“⁴⁶, gingen also von einer historischen Entwicklung des menschlichen Zusammenlebens im orthodoxen Marx’schen Sinne aus, die nun von revolutionär-subversiven Theorie- und Handlungsmustern abgelöst werde. Dieser vielfach – auch als „linker Faschismus“⁴⁷ – kritisierte Voluntarismus der Antiautoritären lässt sich in der „mechanischen Übertragung methodologischer Prinzipien [...] auf die Metropolenrealität“⁴⁸ begründen.

Zum Problem einer internationalistischen Perspektive

Infolge dieser theoretischen Stoßrichtung des antiautoritären Flügels innerhalb des SDS vertieften sich die ideologischen Spaltungslinien innerhalb der radikalen Linken – was sich nicht zuletzt darin zeigte, dass die Bewegungen im Kontext von 1968 in unterschied-

liche, ideologisch divergente Organisationen zerfielen. Hieran wird, wie der Politologe Detlev Claussen konstatiert, das grundsätzliche Problem deutlich, das der Internationalismus für sozialistische und kommunistische Gruppierungen darstellt. Waren die Erste und Zweite Internationale⁴⁹ noch geprägt durch einen nationalstaatlichen Fokus, wurden ab der Dritten Internationalen die Inhalte und Ziele der kommunistischen Parteien verstärkt an das nationalstaatliche Interesse der Sowjetunion gekoppelt, was aufgrund der ungleichzeitigen Emanzipationsbewegungen und unterschiedlichen historischen Gegebenheiten in der täglichen politischen Praxis, aber auch in der langfristigen strategischen Ausrichtung, zu erheblichen Problemen führte.⁵⁰

Claussen zufolge lag hierin einer der entscheidenden Irrtümer der antiimperialistischen Gruppen in den Metropolen: Die Erwartung, dass die Befreiungsbewegungen mehr seien als eben nur Befreiungsbewegungen, sondern vielmehr Motoren einer herrschaftsfreien Welt, musste enttäuscht werden.⁵¹ Um nun diese Bewegungen aus der internationalen Isolation zu befreien und sich selbst in diese Traditionslinie zu stellen, begannen die AntiimperialistInnen, sich als ProletarierInnen oder Stadt-

45 Ebd., S. 135.

46 Dutschke, Rudi et al.: Vorwort, in: Debray, Régis et al. (Hg.) Der lange Marsch. Wege der Revolution in Lateinamerika, München 1968, S. 5–24, hier S. 11.

47 Redebeitrag von Jürgen Habermas, in: Kongress Hochschule und Demokratie 1967 Hannover (Hg.): Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen, Berlin 1967, S. 101.

48 Juchler, Rebelle Subjektivität und Internationalismus, S. 19.

49 Die Internationale bezeichnet einen Zusammenschluss von Arbeiterorganisationen, die getreu dem Motto „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ zur internationalen Vernetzung dienen sollte. Die Erste Internationale wurde 1864 gegründet und wurde 1876 nach andauernden Konflikten zwischen KommunistInnen und AnarchistInnen aufgelöst. In der Zweiten Internationalen, gegründet 1889 und aufgelöst 1914, waren die AnarchistInnen nicht mehr zugelassen.

50 Vgl. Claussen, Detlev: „Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen ...“ Marxismus-Leninismus als Sackgasse des Internationalismus?, in: Michel, Karl Markus/Wieser, Harald (Hg.): Kursbuch 57. Der Mythos des Internationalismus, Berlin 1979, S. 165–172, hier S. 167.

51 Vgl. ebd., S. 169.

guerilleros zu „kostümieren“⁵². Eine im Wortlaut ähnlich klingende Bewertung nimmt der Aktivist, Zeitzeuge und ehemalige Vizekanzler Joschka Fischer vor. Demnach sei der Anti-imperialismus stets von egoistischen Motiven geprägt gewesen, die Kämpfenden der Dritten Welt müssten in das eigene Weltbild passen und sich für die antiimperialistischen Kämpfe einspannen lassen:⁵³ „Erst in diesem Zusammenhang einer utopischen Sicht der fernen Wirklichkeit als Wirklichkeit werdende Utopie begann dann die bei uns so stark ausgeprägte moralische Saite zu schwingen.“⁵⁴ S. kam es zuweilen zu einem Missverhältnis zwischen dem projizierten politischen Anspruch an die Befreiungsbewegungen und ihrem politischen Wirken, weswegen die „Revolution“ der 68er eher als kulturelle denn als politische Revolution zu bezeichnen sei.⁵⁵

Abschließend lässt sich festhalten, dass es sich bei der „Entdeckung“ der Dritten Welt keineswegs um einen Prozess handelte, der vornehmlich in den Industriestaaten einsetzte. Diese koloniale Perspektive verkennt, dass hier zweierlei Entwicklungen einsetzen. Wie etwa Fanon emphatisch betonte, fand einerseits in den kolonialen Staaten ein Prozess der Selbstwerdung statt; die bislang unterdrückten Völker wollten eben nicht entdeckt werden, sondern ihren Platz in der globalen Weltordnung als Subjekte ihrer eigenen Geschichte einnehmen. Diese individualpsychologische Parallelität zwischen den Kolonialiserten und den vielfach isolierten Studierenden in Deutschland führte nun andererseits zu einem folgenreichen Missverständnis in der Rezeption der Theorien. Durch die bedingungslose Identifikation mit den Befreiungsbewegungen – oder solchen, die dafür gehalten wurden – gelang es unter Verkennung der objektiven Gegebenheiten, die entsprechenden Theorien als Surrogat für die eigene, fehlende revolutionäre Perspektive nach Europa zu importieren.

52 Claussen, S. 172.

53 Vgl. Fischer, Joschka: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 16.

54 Ebd., S. 17.

55 Vgl. ebd., S. 20.



Philipp Scharf, geb. 1993 in Wolfenbüttel, studiert im Master Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Seit 2016 arbeitet er als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

„Ein revolutionärer Geist, der sich von der praktischen Erfahrung nährt“

Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit den 1960er Jahren

Anna König

Zitat im Titel adaptiert aus Azzellini, Dario: Die „Tute Bianche“ – Weiße Overalls. Interview mit Chiara Cassurino und Federico Martelloni, in: *arranca!*, H. 22/2001, URL: <https://www.azzellini.net/zapatisten/die-tute-bianche-weisse-overalls> [eingesehen am 01.02.2020].

Wer schon einmal an einer sich als „links“ verstehenden Demonstration teilgenommen hat, dem*der wird ein Phänomen bekannt sein: Sprechchöre *à la siamo tutti antifascisti* oder das Anstimmen von Partisanenliedern wie *bella ciao* gehören fast schon zum selbstverständlichen Programm. Der sich popkulturell gebärdende Verweis auf italienische Einflüsse kommt freilich nicht von ungefähr. Ein Blick in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts offenbart uns den konstitutiven Impuls der italienischen radikalen Linken. Schon in den 1970er Jahren galt Italien „als das europäische Land mit dem höchsten Entwicklungsstand der Klassenauseinanderset-

zung“¹ und die Faszination für den *italian way* einer außerparlamentarischen, linken Gegenbewegung beeinflusst bis heute die globalen Protestbewegungen bspw. in Form der Antiglobalisierungsbewegung seit den 1990er Jahren.²

Hier soll der Versuch gewagt werden, nachzuzeichnen, in welcher Form Italien seit den Arbeiter*innenaufständen³ in den 1960er Jahren

-
- 1 Birkner, Martin / Foltin, Robert: (Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte & Gegenwart, Theorie & Praxis. Eine Einführung, Stuttgart 2010, S. 7.
 - 2 Vgl. Foltin, Robert: Post-Autonomie. Von der Organisationskritik zu neuen Organisationsformen?, Münster 2016, S. 30.
 - 3 Zwar wird hier von Arbeiter*innen gesprochen, doch in der Empirie der historischen

bis hin zu prominenten Gruppen der Antiglobalisierungsbewegung, wie den Tute Bianche, als eine Art *soziales Laboratorium* für einen neuen Typus von außerparlamentarischer Politik mit transnationaler Ausstrahlungskraft fungiert.

Seit Mitte der 1960er Jahre und im Rahmen der norditalienischen Arbeiter*innenkämpfe fanden Auseinandersetzungen um das Wechselverhältnis von Theorie und praktischer Erfahrung wiederholt Eingang in Entwürfe radikaler Ideen und Praxisperspektiven. Das die Jahrzehnte verbindende Element scheint der (Post-)Operatismus zu sein. Man kann den (Post-)Operatismus als eine neomarxistische Strömung fassen, die sowohl Theorie als auch eine bestimmte Form der politischen und sozialen Praxis bezeichnet, immer gekennzeichnet vom Wechselspiel der spezifischen Erfahrung und Theoriebildung.⁴

Von der Theorie zur Praxis: *The italian way*

Die Entwicklung des italienischen Operatismus war eingebettet in die Erfahrungen der außerparlamentarischen linken Gegenbewegung, wie sie sich seit den 1960er Jahren in Abgrenzung zu den institutionalisierten Arbeiter*innenorganisationen – etwa den Gewerkschaften des nationalen Gewerkschaftsbundes (CGIL) oder den kommunistischen sowie sozialistischen Parteien (PCI und PSI) – herausbildeten. Der aus dem klassischen Operatismus hervorgegangene Postoperatismus, der in seiner Weiterentwicklung den Protest nicht mehr nur in den Fabriken, sondern in allen Lebensbereichen zu verorten versuchte und dessen Grundan-

nahmen in den 1990er Jahren in die antineoliberale Globalisierungsbewegung einfließen, demonstriert die intellektuelle Anziehung, die sich aus dieser Denktradition zu entfalten scheint.⁵

Und tatsächlich versprechen die operaistischen Deutungsofferten zunächst, Auswege aus dem Dilemma institutionalisierter linker Politik zu liefern: Nicht mehr die ermüdende Kaderschulung der ihres Klasseninteresses nicht bewussten, durch die Interessen des Kapitals geknechteten und entmündigten Arbeiter*innenschaft soll die kollektive Aktion vorbereiten, sondern die Theorie selbst schon als Teil einer selbstbewussten proletarischen Praxis aufgefasst werden.

„TheoretikerInnen tragen nicht mehr ihr Wissen ins Proletariat, sondern Wissen ist als Produktionsmittel und Werkzeug Teil der Organisation der Klasse. [...] Es ist das Wissen der ArbeiterInnen [...], das es möglich macht, Selbstorganisation und Selbstemanzipation als Überwindung des Kapitalismus zu denken.“⁶

Allerdings: Weder die Entstehung des (Post-)Operatismus noch die Herausbildung dieser spezifischen Theorie-Praxis-Vorstellung lässt sich ohne den Hintergrund der gesellschaftsgeschichtlichen Situation der italienischen Linken verstehen.

Am Anfang war der Aufstand: Die italienische Erfahrung

Als prägender Startpunkt für das erfahrungsbasierte Theorieverständnis wird häufig der Aufstand der FIAT-Arbeiter*innen auf der Piazza Statuto 1962 in Turin genannt.⁷ Ausgelöst von einer Streikwelle in den turinischen FIAT-Wer-

Arbeiter*innenbewegung in Italien waren Frauen* größtenteils nicht vertreten.

4 Vgl. Mudu, Pierpaolo: Introduction: Italians Do It Better? The Occupation of Spaces for Radical Struggles in Italy, in: *Antipode*, Jg. 50 (2017), H. 2, S. 447–455, hier S. 447.

5 Vgl. Birkner/Foltin: (Post-)Operatismus, S. 11 f.

6 Ebd., S. 9.

7 Vgl. Foltin: Post-Autonomie, S. 30.

ken schloss die damalige Unternehmensleitung einen Vertrag mit der sozialistischen Gewerkschaft (UIL), in der Hoffnung, die Streikwelle dadurch beenden zu können. Im Ergebnis erwirkte man zwar partielle Lohnerhöhungen, aber keine substanzielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen.⁸ Die Entrüstung der Arbeiter*innen ob der kaum zufriedenstellenden gewerkschaftlichen Interessenvertretung mündete in einer Belagerung des UIL-Büros auf der Piazza Statuto in Turin und im Anschluss daran in einer dreitägigen Straßenschlacht.

In diesen gewaltsamen Ausschreitungen offenbarte sich das Ausmaß der Entfremdung zwischen der Arbeiter*innenschaft und ihren klassischen Repräsentationsorganen. Deutlich wurde durch diese Proteste zudem, dass sowohl die klassischen Gewerkschaften als auch die kommunistische Partei (PCI) erheblich an Einfluss und Unterstützung in den Fabriken verloren hatte. Die partei- und gewerkschaftsförmige Linke reagierte verständnislos auf die sich in den Straßenschlachten entladende Wut der Arbeiter*innen.⁹

Eine Reihe junger Intellektueller, darunter auch Mario Tronti und Antonio Negri, solidarisierten sich mit den Arbeiter*innen und begannen im Rahmen der Gründung der Zeitschrift *Quaderni Rossi*, eine soziale Analyse zur Lage der Arbeiter*innen in Form einer Arbeiter*innenbefragung durchzuführen. Die Gründung der *Quaderni Rossi* wird als Grundstein zur neomarxistischen Theorie des Operaismus betrachtet. Kernziel der theoretischen Auseinandersetzung in der *Quaderni Rossi* war es, eine empirische Analyse der Zusammensetzung der Klasse der Arbeiter*innen anhand von Befragungen in Fabriken Norditaliens vorzunehmen. Diese verfolgten insbesondere das Ziel, das kulturelle wie politische Potenzial der Arbeiter*innen in der Gesellschaft zu erfassen.¹⁰

Die theoretische Grundannahme war dabei die Stellung der Arbeiter*innen als mündiges Subjekt. Im Gegensatz zu anderen neomarxistischen Theorieströmungen standen nicht das Kapital und dessen Dynamiken im Mittelpunkt der Analyse, sondern das Kampf- und Selbstbehauptungspotenzial der arbeitenden Masse. Das erarbeitete praktische Programm folgte der Idee, dass die revolutionäre Bewegung sich aus den Fabriken in Form einer solidarisch organisierten Körperschaft der Arbeiter*innen zu entfalten habe – und zwar ausdrücklich nicht mittels der durch Gewerkschaften und kommunistische Partei bekannten Interessenvertretungen, sondern qua autonomer Zusammenschlüsse des Industrieproletariats.¹¹ Die tief sitzende Aversion gegenüber institutionellen und damit hierarchischen Organisationsformen ist mit den Händen zu greifen:

„Die Kontinuität des Kampfes ist einfach: Die Arbeiter brauchen nur sich selbst und den Unternehmer ihnen gegenüber. Aber Kontinuität der Organisation ist eine seltene und komplexe Sache: Sobald sie sich in einer Form institutionalisiert hat, wird sie sofort vom Kapitalismus oder von der Arbeiterbewegung im Namen des Kapitalismus benutzt.“¹²

In diesem Zitat Trontis offenbart sich die Kritik der operaistischen Theorie, die auf den italienischen Erfahrungen der nach dem Ende des Mussolini-Faschismus in die Mitte rückenden kommunistischen Partei Italiens (PCI) einerseits

8 Vgl. Foltin, Robert: *Autonome Theorien – Theorien der Autonomen?*, Wien 2015, S. 61.

9 Vgl. ebd., S. 61 f.

10 Vgl. Mudu, Pierpaolo: *Where is Hardt and Negri's Multitude? Real Networks in Open Spaces*, in: *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, Jg. 8 (2009), H. 2, S. 211–244, hier S. 223.

11 Siehe Foltin: *Autonome Theorien*, S. 60 f.

12 Tronti, Mario: *Lenin in England*, in: *Classe Operaia*, H. 1/1964, URL: https://www.wildcat-www.de/dossiers/operaismus/col_tron.htm [eingesehen am 30.01.2020]. Deutsche Übersetzung aus: Balestrini, Nanni/Moroni, Primo (Hg.): *Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien*, Berlin 1994, S. 92–100, hier S. 99.

und auf den Ergebnissen der Verhandlungen der Gewerkschaften im FIAT-Werk in Turin andererseits beruhte. Ihrer Wahrnehmung nach wurden die Arbeiter*innen durch jene, die sie klassischerweise vertreten sollten, verraten.

1964 wurde um Mario Tronti die Zeitschrift *Classe Operaia* gegründet. In deren Diskussionen legte man die „[z]entrale Aufmerksamkeit [...] auf das Problem der politischen Organisation der Arbeiterklasse und auf theoretische und praktische Intervention [...], um mit dem Organisationsaufbau anzufangen“¹³. Im Grunde ist auch dort schon der entscheidende Grund für die spätere Spaltung der operaistischen Denker Tronti und Negri angelegt: die Schwierigkeit, eine solche antiinstitutionelle Gegenbewegung überhaupt zu organisieren.¹⁴ Schon 1968 schloss sich Mario Tronti wieder der PCI und der CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro)¹⁵ an – mit der Begründung, dass nur eine Arbeiter*innenorganisation im institutionellen Sinne ein nützliches Werkzeug des Klassenkampfes sein könne.¹⁶

Antonio Negri hingegen verweigerte sich strikt der Vorstellung einer Reformfähigkeit der klassischen Plattformen. 1969, nach dem erneuten Hochkochen der inzwischen auch durch die Student*innenbewegung erstarkten, teilweise auch militanter gewordenen Arbeiter*innenbewegung, gründete er die *Potere Operaio*. In den Ausgaben dieser Zeitschrift wurden vor allem Gesellschaftsanalysen und Strategien für eine prozesshafte Veränderung des Status quo diskutiert, die auf ebendiese Problematik reagieren wollten: Der Klassenkampf sollte sich – nun in postoperaistischer Manier – nicht mehr nur aus den Fabriken selbst entfalten,

sondern in alle Lebensbereiche hineinwirken.¹⁷ Diese neue Betrachtungsweise drückte sich in den Diskussionen in der *Potere Operaio* aus. Dem Konzept des klassischen „Massenarbeiters“ stellten sie das des „sozialen Arbeiters“ gegenüber:

„[T]he concept of ‚socialized worker‘ was designed to describe a new political subject, highly educated, produced by the standardization and proletarianization of intellectual work, very different from the demoted ‚mass worker‘.“¹⁸

Laut den damaligen Aktivisten Nanni Balestrini und Primo Moroni wurden in dieser Zeit, intellektuell begleitet insbesondere durch Negri Arbeiten in den 1970er Jahren, eine neue politische Partizipationsform und ein neues Selbstverständnis der Möglichkeiten der Masse entwickelt – eine Politik, die von der proletarischen Basis ausgehe, klassenübergreifend gestaltet sei und eine direkte, autonom verwaltete Gegenmacht darstelle.¹⁹

Insbesondere der Postoperaismus veränderte die linken Strukturen Italiens maßgeblich, unterstrichen durch ein neues Pathos der kollektiven Stärke:

„Diese Erneuerung betraf die Entdeckung des Terrains der Autonomie, den Bruch mit dem Parteiensystem, die Liquidierung des Sozialismus, das Einbringen von kommunistischen Themen und die konkrete Kritik an der Lohnarbeit. [...] 77 ist der letzte Zeitraum, in dem der Prozeß sich vollzieht, ein Prozeß des Bruchs, vor allem aber ein Prozeß der Kontinuität, ein ‚work in progress‘.“²⁰

Diese Idee eines *neuen Typus* der Politik – also einer Veränderung nicht durch abrupte Revolution, sondern durch einen kontinuier-

13 Balestrini/Moroni: Die goldene Horde, S. 92.

14 Vgl. Mudu: Where is Hardt and Negri's Multitude?, S. 223.

15 Die CGIL ist der Italienische Nationale Gewerkschaftsbund.

16 Vgl. Foltin: Autonome Theorien, S. 64 f.

17 Vgl. ebd.

18 Mudu: Where is Hardt and Negri's Multitude?, S. 224.

19 Vgl. Balestrini/Moroni: Die goldene Horde, S. 425 f.

20 Balestrini/Moroni: Die goldene Horde, S. 425.

lichen, sich durch die Gesellschaft ziehenden Prozesses, der Ablehnung der als kapitalistisch wahrgenommenen Organisationen, der Selbstpositionierung in der Öffentlichkeit und des Versuches, von außen auf politische Institutionen einzuwirken, ohne selbst Teil ihrer Strukturen zu werden – überdauerte den Nukleus der ersten Generation operaistischer und postoperaistischer Aktivist*innen und inspirierte zunächst in den 1980er Jahren insbesondere die Hausbesetzer*innenbewegung in Italien.²¹

Der soziale Kampf erwacht erneut: Die *centri sociali* und die Entstehung der *Tute Bianche*

Die *centri sociali occupati autogestiti* (CSOA, besetzte selbstverwaltete Sozialzentren) sind bis heute bedeutende Orte der autonomen Szene Italiens: „Die Verbreitung der Centri Sociali in den achtziger Jahren ist im Grunde eine Konkretisierung [...] neue[r] Ausdrucksformen.“²² Die *centri* befinden sich zumeist in ehemaligen Fabriken, Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden an den Stadträndern. Sie sind jedoch häufig schon als Teil der lokalen, nachbarschaftlichen Infrastruktur etabliert. Es ist kein Zufall, dass gerade in den 1990er Jahren in Italien eine linke Gegenbewegung wiedererwachte, die sich zuvor in selbsteroberte Räume wie die *centri* zurückgezogen hatte. Durch die *centri*-Bewegung und die Gründung der Basisgewerkschaften, die im Gegensatz zu den Gewerkschaften des nationalen Gewerkschaftsbundes eine von der Basis ausgehende Organisation der gewerkschaftlichen Arbeit kennzeichnet, in den 1980er Jahren hatte sich

ein Netzwerk gebildet, das nun aus dem Vollen zu schöpfen versuchte.²³

Ende der 1990er Jahre kam es zu einem strategischen Kurswechsel. Die Aktivist*innen insbesondere der norditalienischen *centri* gaben sich bei einem nationalen Treffen 1998 im „Leoncavallo“, einem der ältesten bis heute aktiven *centri*, ein neues Selbstverständnis, das in Form der „Carta di Milano“ schriftlich festgehalten wurde.²⁴ Thema der Zukunft war vorrangig das Ausbrechen aus der gesellschaftlich isolierten Stellung der *centri* und ihrer Aktivist*innen, auch infolge der von der Regierung unternommenen Kriminalisierungsbestrebungen. Um der Schwäche der von Isolation und Stigmatisierung gezeichneten *centri*-Bewegung entgegenzuwirken, umfassten die Ziele insbesondere eine mehrdimensionale Öffnung der *centri* selbst: einerseits in Richtung der Medien (inklusive einer eigenen medialen Strategie), andererseits in Richtung der Bevölkerung und somit ihrer direkten Nachbarschaft, überdies in Richtung der vormals bekämpften linken Parteien und Gewerkschaften im Sinne einer Bündnisfähigkeit, wie sie drei Jahre später in der Massenmobilisierung für die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua auch tatsächlich Früchte tragen sollte.²⁵

Das neue Selbstbewusstsein nährte sich auch aus der Gründungserfahrung der *Tute Bianche* (TB, dt.: weiße Overalls) 1994. Sie waren aus dem Kern der Aktivist*innen des Zentrums

21 Vgl. Mudu: Introduction: Italians Do It Better?, S. 447 f.

22 Raparelli, Francesco: Von der Niederlage 1977 zur „Bewegung der Bewegungen“, in: Azzellini, Dario (Hg.): Genua. Italien, Geschichte, Perspektiven, Berlin 2002, S.77–87, hier S. 81.

23 Vgl. Mudu: Where is Hardt and Negri's Multitude?, S. 214.

24 Carta di Milano in italienischer Sprache unter URL: <http://www.ecn.org/leoncavallo/26set98/> [eingesehen am 01.02.2020].

25 Vgl. Weiss, Stephanie: Körper. Kommunikation. Konflikt. Zur Geschichte, Taktik und Aktionsformen der *Tute Bianche* und der *Disobbedienti* in Italien, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte, URL: <https://www.grundrisse.net/grundrisse25/koerperKommunikationKonflikt.htm> [eingesehen am 01.02.2020].

„Leoncavallo“ entstanden, nachdem dieses geräumt worden war. Auf die erfolgreiche Mobilisierung gegen die Räumung des *centro*, auch über den Kern der Aktivist*innen hinaus, folgten weitere öffentlichkeitswirksame Proteste. Die für die Gruppe namensgebenden weißen Overalls, welche die Aktivist*innen bei ihren zahlreichen medienwirksamen Protesten trugen, erfüllten zwei Funktionen: Zum einen förderten sie den Wiedererkennungswert und dienten gleichzeitig dem Schutz des Körpers,

Entrechtlichung der Lohnarbeitenden im postfordistischen Kapitalismus:

„Das Konzept der ‚tute bianche‘ bezieht sich auf die Analyse des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus. Ein Akkumulationsregime, das auf Massenproduktion in der großen Fabrik und dem Fließbandarbeiter mit seiner parzellisierten Beschäftigung als zentrale Figur der Produktion und des Konflikts beruht, wird abgelöst von einem flexiblen, netzförmigen Arbeitssystem, in dem die atypische und selbstständige Beschäftigung explosionsartig zunimmt und die

Produzenten nicht mehr eine standardisierte, relativ homogene Lebensrealität teilen, sondern in viele verschiedene, plurale Subjektivitäten zersplittern. Das gemeinsame Merkmal bleibt die Enteignung, die jetzt noch größere Ausmaße annimmt, und zwar dadurch, dass das gesamte Leben ‚in Wert‘ bzw. ‚in Arbeit‘ gesetzt und als Ganzes der kapitalistischen Herrschaft unterworfen wird.“²⁶

Der historische Bezug auf die Arbeiter*innenproteste in den 1960er und 1970er Jahren machte sich aber nicht nur in der Protestperformance

geltend, sondern spiegelte sich auch im theoretischen Selbstverständnis wider. Die Protagonisten in den weißen Overalls knüpften direkt an den Postoperaismus an, verarbeiteten aber zugleich auch ihre persönlichen Erfahrungen mit dem kapitalismuskritischen Engagement.²⁷ In ihren Selbstdarstellungen ist das Bemühen spürbar, die theoretische Analyse mit der



Zitat von Che Guevara an einem *centro* in Rom: „Um nicht zu kämpfen, wird es in jedem Zeitalter und unter allen Umständen immer viele Vorwände geben, aber ohne den Kampf kann niemals Freiheit erlangt werden“ [eigene Übersetzung]. Bild: Anne-Kathrin Meinhardt

der nicht nur symbolisch Widerstand bspw. gegen die Polizei leistete; und zum anderen wurde durch den Verweis auf die klassischen blauen Overalls der Fabrikarbeiter*innen in den norditalienischen Industrien ein direkter Bezug zu den Kämpfen der 1960er und 1970er Jahre hergestellt.

Die Farbe Weiß stehe, so die Aktivist*innen, aber auch symbolisch für die strukturelle Unsichtbarkeit der Arbeitslosigkeit, die Entmenschlichung der Arbeitsprozesse und die

26 Azzellini: Die „Tute Bianche“ – Weisse Overalls. Interview.

27 Vgl. Azzellini, Dario: Disobbedienti/Tute Bianche, in: Ness, Immanuel (Hg.): The International Encyclopedia of Revolution and Protest, [o.O.] 2009, S. 1006–1010, hier S. 1006, URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1002/9781405198073.wbierp0465> [eingesehen am 01.02.2020].

alltäglichen Praxis in Einklang zu bringen und dabei auch Sensibilität für veränderte soziale Verhältnisse zu üben, wie die Selbstdarstellungen der Aktivist*innen nahelegen:

„Unser Ziel bleibt aber die radikale Transformation des aktuellen Status Quo, die Befreiung vom Zwang der Arbeit, von der Sklaverei der Lohnarbeit, noch viel mehr innerhalb eines Produktionssystems, das die Arbeit massiv reduziert, aber die Bürgerrechte und gar das Existenzrecht weiterhin an die Lohnarbeit koppelt. [...] Es handelt sich um einen revolutionären Geist, der sich von der praktischen Erfahrung nährt [...]. Wir stehen für ein neues und starkes revolutionäres Projekt, radikal und subversiv: Nur dass es eben Charakteristika annimmt, die ganz anders sind, gerade weil die historischen Bedingungen sich verändert haben. Es ist das gesellschaftliche Sein, welches das Bewusstsein bestimmt und nicht anders herum. Das bedeutet auch, dass alle theoretischen Hypothesen und Formen der politischen Aktion und sozialen Praxis sich unvermeidbar in Ideologien, in puren ‚Idealismus‘ verwandeln, wenn sie aus dem konkreten historischen Kontext heraus getrennt werden, wenn sie über die Zeit, die sie hervorgebracht hat, hinaus konserviert werden.“²⁸

Am Ende geht es um die Organisation: Genua 2001 und die *i disobbedienti*

Höhepunkt und gleichzeitig Ende der TB bildete der G8-Gipfel in Genua 2001. Die brutalen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und dem großen Bündnis, das sich um die TB, die in Genua erstmals ihre weißen Overalls ablegten, um im Kollektiv mit den anderen Gruppen aufzugehen, gebildet hatte, hinterließen einen tief sitzenden Schock. Zwar konnte man nun auf Erfolgserlebnisse zurückblicken: Die italienische Gegenbewegung hatte die Möglichkeit eines schlagkräftigen und mobilisierungsfähigen Bündnisses linker und linksradikaler Gruppen auch über die Landesgrenzen hinweg bewiesen, hatte ein Netzwerk gestiftet,

welches die Macht der Masse hinter sich zu versammeln wusste. Genua 2001 wurde ein Leuchtfeuer der internationalen globalisierungskritischen Bewegung:²⁹

„Genua repräsentierte durch Beteiligung, Form und Struktur das Bild einer neuen Bewegung, die aus dem Schatten der Bewegungen des 20. Jahrhundert heraustritt, die neue Binnenverhältnisse aufbaut, die intensiv mit der Gesellschaft kommuniziert und zu Parteien und Gewerkschaften – von denen manche Teil der Bewegung sind – in ein anderes Verhältnis tritt.“³⁰

Aber dennoch: Die staatliche Exekutivmacht war mit beispielloser Brutalität gegen die Demonstrant*innen vorgegangen, ein Menschenleben hatten die Auseinandersetzungen gefordert. Die Genua-Erfahrung führte daher zugleich zur Auflösung der TB. Deren Aktivist*innen verschwanden indes nicht einfach, sondern sammelten sich in der breit organisierten und durchaus kämpferischer auftretenden Formation der *i disobbedienti* (zu Deutsch: die Ungehorsamen).³¹ Noch bis 2003 ließ sich in Italien eine gesamtgesellschaftlich wirksame politische Radikalisierung beobachten: In diese Zeit fallen einige Massenproteste, für welche die Aktivist*innen der *i disobbedienti* einen Schulterchluss mit den Gewerkschaften, insbesondere den Basisgewerkschaften, und einer Splittergruppe der italienischen kommunistischen Partei (PCI), der Partito della Rifondazione Comunista (PRC, zu Deutsch: Partei der kommunistischen Wiedervereinigung), eingingen. Diese Zusammenschlüsse ermöglichten insbesondere eine verbesserte Finanzierung und personelle Aufstockung der *disobbedienti*-Bewegung. Dennoch kam es 2003 zum

28 Azzellini: Die „Tute Bianche“ – Weisse Overalls. Interview.

29 Vgl. Azzellini, Dario: Einleitung, in: Azzellini, Dario (Hg.): Genua. Italien. Geschichte. Perspektiven. Berlin 2017, S. 7 f.

30 Ebd., S. 7.

31 Vgl. Azzellini, Dario: Die Bewegung der Bewegungen Genua 2001 und 2002, in: Azzellini, Dario (Hg.): Genua. Italien. Geschichte. Perspektiven, Berlin 2017, S. 9–36, hier S. 13.

Zusammenbruch: Man zerstritt sich über die alte Frage der Kooperation mit institutionell verankerten Bündnispartner*innen, insbesondere über die inhaltliche Zusammenarbeit und die Organisationsfrage:

„In view of the forthcoming election, as the PRC reconcentrated upon participation in a center-left coalition to replace the Berlusconi government, the relationship between the Disobbedienti and PRC/GC changed. The financing for Global magazine and Global TV projects was withdrawn. During the preparation of a demonstration against the EU summit in Rome in October 2003, a conflict developed between the GC and the members of Disobbedienti who came from the Tute Bianche. Each accused one another of not sticking to prior agreements. At the same time, there was growing unease on the part of PRC, who were preparing to take power, in relation to the growing radical nature of the movement.“³²

Vonseiten der PRC wurde einigen führenden Köpfen der *i disobbedienti* angeboten, sich

32 Azzellini: Disobbedienti/Tute Bianche, S. 1009.



Anna König, B.A. geb. 1994, studiert im Master Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Ihr Bachelorstudium absolvierte sie in den Fächern Deutsch und Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim. Sie ist seit 2018 studentische Hilfskraft in der Bundesfachstelle Linke Militanz.

bei der Europawahl 2004 als Kandidat*innen für die PRC aufstellen zu lassen. In der Folge traten ein Teil der Aktivist*innen in die Partei ein und traten auf deren Wahlliste an; andere wendeten sich resigniert ab. Aber nicht nur Individuen, auch einige Mailänder *centri*, darunter das „Leoncavallo“, unterstützen offiziell die Linie der PRC.³³

In der sich so vollgezogenen letztlichen Auflösung des *i disobbedienti*-Projekts zeigt sich erneut, inwiefern sich die Organisationsfrage häufig als Schicksalsfaden kapitalismuskritischer und antifaschistischer autonomer Bewegungen erweist. So wie Mario Tronti sich 1968 wieder der kommunistischen Partei zuwandte, zerbrachen auch die TB und in deren Nachfolge die *i disobbedienti* an der Zusammenarbeit mit der PCR 2003.

Die Schlachtrufe, die zunächst wie eine naive Beobachtung auf deutschen Demonstrationen wirken mögen, rekurren also auf eine fast sechzigjährige Erzählung der Kämpfe der italienischen Linken: eine lange, durchaus auch bewegende und faszinierende Geschichte von Erfolg und Rückschlag, auf die zurückgeblickt werden kann und deren theoretische Ausflüsse sich in einer Sehnsucht nach dem *italian way* durch die Nachahmung ihrer Rhetorik, trotz der gesellschaftsgeschichtlichen Differenz, auch hierzulande immer noch wiederzufinden scheinen.

33 Vgl. ebd.

Radikaler Islam

Die radikale Schia in der Bundesrepublik

Joris Sprengeler

Madrid, London, Paris, Nizza, Berlin – die großen Terroranschläge in Europa wurden allesamt von sunnitischen Tätern begangen. Insbesondere von solchen, die Al-Qaida oder dem „Islamischen Staat“ organisatorisch und ideologisch verbunden waren oder zumindest nahestanden. Gleichwohl agieren auch radikale schiitische Organisationen in Europa, die Anschläge auf Zivilisten durchführen: insbesondere die libanesische Hisbollah. Allerdings finden diese Anschläge in aller Regel nicht in Europa, sondern im Nahen Osten statt

– bis auf wenige Ausnahmen.¹ Iranisch kontrollierte Organisationen wie die libanesische Hisbollah und die iranischen Quds-Brigaden sind allerdings auch in Deutschland aktiv. Sie üben einen großen Einfluss auf hiesige schiitische Gemeinden aus und verfolgen das Ziel eines Exports der „islamischen Revolution“.

¹ So wurde bspw. im Jahr 2012 in Bulgarien ein Bus mit israelischen Touristen mutmaßlich durch ein Mitglied der Hisbollah in die Luft gesprengt und im Jahr 2018 ein iranischer Diplomat in Deutschland wegen eines mutmaßlich von ihm geplanten Bombenanschlags gegen die Exilopposition festgenommen.

Entstehung und Ideologie von Hisbollah und Quds-Brigaden

Als im Jahr 1979 der schiitische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini die Kontrolle über den Iran übernimmt, ändern sich nicht nur die dortigen Verhältnisse. Die „Islamische Revolution“ soll nach den Vorstellungen der neuen iranischen Führung nicht an den Grenzen des eigenen Staatsgebietes haltmachen, sondern sich so weit wie möglich ausbreiten. In der Zeit nach dem Sturz des Schahs werden die neuen staatlichen Behörden von einer zwar lose organisierten, doch bedingungslos loyalen und gewaltsam agierenden Bewegung unterstützt: den sogenannten Hisbollahi, Anhängern einer selbsternannten „Partei Gottes“.

Walter Posch von der Stiftung Wissenschaft und Politik stuft die „ersten Gruppen der Hezbollahis [...] als radikale Schlägertrupps [ein], die die Islamisierung der Straße (Verhinderung des Verkaufs alkoholischer Getränke, Durchsetzung der islamischen Kleidervorschriften u. ä.) rücksichtslos vorantrieben“. Das Ziel der Bewegung sei bis heute ein „islamistisches Utopia: eine auf egalitär-revolutionärer Grundlage beruhende einheitliche islamische klassenlose Gesellschaft“. Des Weiteren zeichne sie ein ausgeprägter Antisemitismus und ein „religiös verbrämte[r], antidemokratische[r] Führerkult“² aus, der von außen betrachtet in diametralem Widerspruch zu dem egalitären Ideal stehe.

Wegen ihrer als zentral wahrgenommenen Rolle für die Sicherung der Macht in der Umbruchphase werden die Hisbollahis vom iranischen Regime als Vorbilder verehrt. So kommt es auch, dass die iranische Bewegung der Hisbollahis als Namensgeberin für die libanesische „Hisbollah“ fungiert, als diese ab dem Jahr 1982 durch die iranischen Revolutionsgarden

(Pasdaran) aufgebaut wird. Die Revolutionsgarden stellen eine von zwei wesentlichen Säulen der iranischen Streitkräfte dar und existieren als Paramilitär neben dem konventionellen Militär. Zuständig für Auslandsoperationen sind insbesondere die Quds-Brigaden, die bis heute zahlreiche Operationen, darunter auch Tötungen, im Ausland vornehmen und unterstützen.

Für den iranischen Staat erweist sich der Einsatz der Quds-Brigaden als weitaus flexibler, unauffälliger und ressourcensparender als der des konventionellen Militärs. Die iranische Führung steht bereits zu Beginn der 1980er Jahre vor der Entscheidung, eher offen oder eher verdeckt im Libanon zu intervenieren. Denn im libanesischen Bürgerkrieg gerät die schiitische Minderheit im Süden und Nordosten des Landes nach Auffassung des Iran zunehmend unter Druck und zugleich steht weiterhin das bislang unerreichte Ziel des Exports der „Islamischen Revolution“ im Raum. Der Iran entscheidet sich schließlich im Jahr des Libanonkrieges 1982 dazu, paramilitärische Kräfte in den Libanon zu entsenden und unterschiedliche Milizen zu einer größeren zusammenzuführen³ und zudem neue Freiwillige auszubilden: Seit der offiziellen Gründung im Jahr 1985 hat sich die Hisbollah als politische Partei im Libanon etabliert. Sie stellt dort die einzige größere Partei dar, die parallel eine eigene professionelle Miliz unterhält.⁴ Das Vorgehen gegenüber Israel ist dabei – wie bereits angedeutet – von hoher Aggressivität geprägt. So werden insbesondere komplexe Tunnelsysteme im libanesisch-israelischen Grenzgebiet errichtet, um sich die Option von Überraschungsangriffen auf Israels Militär und Zivilbevölkerung offenzuhalten.⁵ Ausgestattet und

2 Posch, Walter: Ahmadinedschad und die Prinzipalisten. Irans politische Rechte und die Perspektiven für einen neuen Elitenkompromiss, SWP-Studie 35, Berlin 2011, S. 13 f.

3 Vgl. Schwerna, Tobias: Lebanon. A Model of Con-sociational Conflict, Frankfurt a.M. 2010, S. 37.

4 Vgl. ebd.

5 Siehe Lingenfelser, Mike: Israel: Hisbollah-Tunnel entdeckt (NDR Weltbilder), 27.06.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=NlaezDKKoCY> [eingesehen am 25.01.2020], ab 00:02:13.

ausgebildet durch den Iran, feuert die Hisbollah zudem Präzisionsraketen auf israelische Ziele ab und produziert diese inzwischen auch auf eigenem Territorium.

Während die Hisbollah im Nahen Osten offensiv auftritt, handelt sie in Deutschland weitgehend verdeckt. Soweit bekannt, hat sie dort keine Anschläge verübt. Vielmehr nutzt sie das Land als sicheren Hafen, u. a. um ihre Kämpfe im Nahen Osten zu finanzieren.⁶ Nach Ahmad Nizar Hamzeh bestehen insgesamt vier wesentliche Finanzierungsquellen der Hisbollah:⁷ erstens die Unterstützung des iranischen Staates, die nach Schätzungen über eine Milliarde US-Dollar pro Jahr beträgt. Hinzu kommen religiös motivierte Abgaben (sogenannte Khums) der Schiiten – dabei sollen die Schiiten ein Fünftel des Einkommens an die libanesischen Repräsentanten (sogenannte Wakil) des geistigen Oberhauptes zahlen; zu ihnen zählt auch Hassan Nasrallah, der Geschäftsführer der Hisbollah. Des Weiteren erhalten sie Spenden, auch aus Nordamerika und Europa; und viertens Gewinne aus eigenen Investitionen der Hisbollah, etwa im Bau- und Tourismussektor.

Zentren der radikalen Schia in der Bundesrepublik

Nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind in Deutschland rund 1.050 Mitglieder der Hisbollah aktiv, davon rund 250 Personen in Berlin.⁸ Die in Berlin-Neukölln befindliche, türkischsprachige Imam-Riza-Mo-

schee gilt der *Berliner Morgenpost* zufolge als „möglicher Verbindungsstützpunkt für die Hisbollah“, in der sich zudem „libanesisch-Hisbollah-Mitglieder konspirativ mit Vertretern der iranischen Botschaft treffen“.⁹ Die ideologische Nähe der Imam-Riza-Moschee als eine von mehreren zu den Quds-Brigaden wird im Januar 2020 auf eine bemerkenswerte Art und Weise sichtbar: Ein inzwischen gelöschter Beitrag auf ihrer *Facebook*-Seite preist Qasem Soleimani und Abu Mahdi Al-Muhandis als „heldenhafte Märtyrer“.¹⁰ Kurz zuvor waren beide durch einen US-Drohnenanschlag getötet worden: Soleimani hatte bis dahin das Kommando über die Quds-Brigaden inne, Al-Muhandis war Kommandeur der im Irak ansässigen, iranfreundlichen Miliz „Kataib Hisbollah“. Dem Luftschlag waren u. a. Angriffe auf die US-Botschaft im Irak sowie ein Raketenangriff auf eine nordirakische Luftwaffenbasis vorausgegangen, bei dem zwei US-amerikanische Zivilangestellte starben und Soldaten verletzt wurden.

Nun stellt sich die Frage, was die Lobpreisung Soleimanis durch die Imam-Riza-Moschee aussagt: Soleimani war ein zentraler Akteur, was die praktische Umsetzung des Exports der schiitischen „islamischen Revolution“ anbelangt. Dabei ging Soleimani jedoch nicht nur

natsverwaltung für Inneres und Sport (Hg.): Verfassungsschutz Berlin. Bericht 2018, Berlin 2019, S. 37.

6 Vgl. American Jewish Council (Hg.): Die Hisbollah in Deutschland und Europa (Briefing 2019), URL: <https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajc-berlinhisbollah-broschuerede4.pdf> [eingesehen am 25.01.2020], S. 14.

7 Vgl. Hamzeh, Ahmad Nizar: In the Path of Hizbullah, New York 2004, S. 63 f.

8 Vgl. Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 213; vgl. Se-

9 O.V.: Konspirative Treffen in der Moschee, in: Berliner Morgenpost, 24.07.2006, URL: <https://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article104601859/Konspirative-Treffen-in-der-Moschee.html> [eingesehen am 25.01.2020].

10 Der inzwischen gelöschte Beitrag auf der *Facebook*-Seite der Imam-Riza-Moschee wurde aber bspw. durch den *Tagesspiegel* gesichert und abgebildet; vgl. Fröhlich, Alexander: Irans Regime-Freunde in Berlin. Neuköllner Moschee trauert um getöteten General Soleimani, in: Der Tagesspiegel, 09.01.2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/irans-regime-freunde-in-berlin-neukoellner-moschee-trauert-um-getoeteten-general-soleimani/25402182.html> [eingesehen am 25.01.2020].

gewaltsam vor, sondern versuchte auch, durch den Aufbau sozialer Infrastruktur die schiitische Bevölkerung im Ausland für sich zu gewinnen. Auch beteiligte er sich intensiv am Kampf gegen die Taliban in Nordafghanistan sowie am Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und versuchte je nach Lage, auch Kooperationen mit dem US-amerikanischen oder russischen Militär einzugehen. Seine Rolle ist also durchaus ambivalent. Vor dem Hintergrund, dass die Angriffe auf die US-Einrichtungen im Irak jedoch bloß kurze Zeit zurücklagen, läge zumindest die Interpretation nicht fern, die öffentliche Lobpreisung Soleimanis auch als Würdigung der mutmaßlich von ihm gebilligten Angriffe auf die US-Einrichtungen anzusehen.

Nach Einschätzung der *Berliner Morgenpost* dient auch die Imam-Cafer-Sadik-Moschee „als Anlaufpunkt für Hisbollah-Aktivisten“¹¹. Sie wurde im Jahr 1978 gegründet und liegt in Berlin-Wedding. Auch die Bundesanwaltschaft hält sie für einen Treffpunkt von Anhängern radikaler Auslegungen des Islam.¹² Als sich 1992 einige iranische Oppositionelle auf Einladung des damaligen SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm als Gäste des „19. Kongresses der Sozialistischen Internationale“ in Berlin aufhalten, werden diese im Restaurant „Mykonos“ im Auftrag des iranischen Geheimdienstes VEVAK ermordet. Zentraler Akteur war Kazem Darabi, der sowohl eine wichtige Rolle in der Imam-Cafer-Sadik-Moschee einnahm als auch als Organisator der Demonstrationen zum „Al-Quds“-Tag fungierte. Am „Al-Quds“-Tag (also Jerusalem-Tag) fordern die Demonstranten jährlich „die Befreiung Jerusalems“.

Nach Einschätzung des Berliner Verfassungsschutzes suchen die Hisbollah-Sympathisanten

11 Vgl. o.V.: Konspirative Treffen in der Moschee, in: *Berliner Morgenpost*, 24.07.2006, URL: <https://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article104601859/Konspirative-Treffen-in-der-Moschee.html> [eingesehen am 25.01.2020].

12 Siehe ebd.

in Deutschland nur selten die breitere Öffentlichkeit.¹³ Eine Ausnahme bildeten jedoch die benannten „Al-Quds-Tage“ und die „Jahresfeier zur Befreiung des Südlibanon“.¹⁴ Auf derartigen Veranstaltungen wird die Ideologie der radikalen Schia besonders deutlich: In der Vergangenheit wurden bspw. antisemitische Parolen skandiert wie etwa „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, „Kindermörder der Israel“ oder „Zionisten ins Gas“.¹⁵ Dabei ist bemerkenswert, dass auch Verschwörungstheoretiker aus dem rechten politischen Spektrum die Veranstaltung besuchen.¹⁶

Eine ebenfalls eng mit der Durchführung des „Al-Quds“-Tages verknüpfte Einrichtung ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), das nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden „neben der Botschaft die wichtigste Vertretung der Islamischen Republik Iran in Deutschland und eines ihrer wichtigsten Propagandazentren in Europa“¹⁷ sei. Seit 2019 wird es von Mohammad Hadi Mofatteh angeführt. Mofatteh trägt den herausgehobenen schiitischen Gelehrtentitel „Hojjatulislam“¹⁸ und ist nach eigenen Angaben „höchster Vertreter und Nachahmungsquelle für

13 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hg.): Verfassungsschutz Berlin. Bericht 2018, Berlin 2019, S. 61.

14 Ebd.

15 Garzke, René: Al-Quds-Marsch durch Berlin. Jüdisches Forum entsetzt über Hassparolen, in: *Der Tagesspiegel*, 02.07.2017, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/al-quds-marsch-durch-berlin-juedisches-forum-entsetzt-ueber-hassparolen/20009722.html> [eingesehen am 25.01.2020].

16 Vgl. Schmelcher, Antje: Al-Quds-Tag in Berlin. Ein Marsch der Verschwörer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.06.2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/der-al-quds-tag-in-berlin-ist-ein-marsch-der-verschwoerer-16216596.html> [eingesehen am 26.01.2020].

17 BT-Drs. 19/545.

18 Vgl. Islamisches Zentrum Hamburg: Leitung des IZH, URL: <http://izhamburg.de>.

Schiiten in Deutschland“¹⁹. Dem Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg zufolge werde „die Position des IZH-Leiters [...] traditionell mit einem linientreuen Anhänger der iranischen Staatsdoktrin und der islamischen Revolutionsziele besetzt“ und Mofatteh erfülle dieses Kriterium: Er sei „fest in die staatlich-religiöse Elite des Iran eingebunden“ und habe „langjährig in verschiedenen Führungsfunktionen staatlich gelenkter Medienstellen [agiert]“; die Inhalte des Vereins seien allerdings zumeist „moderat formuliert und bieten nur selten Angriffsflächen“.²⁰

Bemerkenswert ist insbesondere, dass die „Islamisch[e] Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg“ als Anmelderin des „Al-Quds-Tags“ auftritt und dass das Grundstück des Vereins dem IZH gehört.²¹ Es ist also von einer starken Vernetzung der Al-Quds-Anmelder mit dem IZH auszugehen. Auch in Hamburg fand im Januar 2020 eine Trauerzeremonie um Soleimani statt, bei der laut *Hamburger Abendblatt* ganze 600 Personen teilnahmen.²²

Eine weitere im Zusammenhang mit dem IZH stehende Einrichtung ist der Verein „Islamischer Weg“ mit Sitz in Delmenhorst. Vorsitzender ist der 2004 wegen Volksverhetzung

verurteilte Konvertit Yavuz Özoğuz.²³ Bereits in einem im selben Jahr erschienenen *Spiegel*-Artikel heißt es: „Von ihrer norddeutschen Provinzstadt aus werben die Brüder Özoguz für einen strengen Islam“²⁴. Diese Einschätzung trifft bis in die Gegenwart zu. Özoğuz fiel u.a. 2015 bei einem öffentlichen Vortrag durch die Gleichsetzungen des Staates Israel mit dem Südafrika der Apartheidsperiode auf.²⁵ Dabei handelt es sich um ein klassisches Motiv des israelbezogenen Antisemitismus; eine Gleichsetzung, die dem Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn zufolge „doppelt falsch ist, weil Israel keine ethnisch diskriminierende Staatsangehörigkeitsregelung hat und überdies – im Unterschied zum rassistischen Südafrika – kein autoritäres Regime ist, sondern die einzige Demokratie in der Region“²⁶.

In der Einladung zur Jahrestagung 2020 des Delmenhorster Vereins, die auch in der Moschee des IZH in Hamburg durchgeführt werden wird, wird die „islamische Befreiungstheologie [...] als Schutzanker und Widerstand gegen die Verwirrungen und moralischen Abgründe einer von der Spiritualität entfremdeten materialistischen Weltanschauung“²⁷

[de/index.aspx?pid=99&ArticleID=47009](https://www.abendblatt.de/index.aspx?pid=99&ArticleID=47009)
[eingesehen am 23.01.2020].

19 Ebd.

20 Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg: Verfassungsschutzbericht 2018, Hamburg 2019, S. 56.

21 Wolter, Uwe: Beispiel Al-Quds-Tag. Islamistische Netzwerke und Ideologien unter Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Intervention (2004), URL: www.ufuq.de/pdf/WolterQuds.pdf [eingesehen am 23.01.2020], S. 22.

22 Vgl. o.V.: Protest gegen Trauerfeier für iranischen General, in: *Hamburger Abendblatt*, 06.01.2020, URL: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article228065675/Protest-gegen-Trauerfeier-fuer-iranischen-General.html> [eingesehen am 23.01.2020].

23 Vgl. Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 239.

24 Supp, Barbara: Allah in Delmenhorst, in: *Der Spiegel*, 21.06.2004.

25 Grabbe, Frederik: Kritik an Leiter der Jüdischen Gemeinde. Delmenhorster Islamverein wirft Becerra Verleumdung vor, in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, 09.01.2018, URL: <https://www.noz.de/lokales-dk/delmenhorst/artikel/1003332/delmenhorster-islamverein-wirft-becerra-verleumdung-vor> [eingesehen am 25.01.2019].

26 Vgl. Salzborn, Samuel: „Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung“, in: *Kirche und Israel*, Neukirchener Theologische Zeitschrift, Jg. 28 (2013), H. 1, S. 12.

27 Islamischer Weg e.V.: 25. Tagung deutschsprachiger Muslime (Einladungsflyer), URL: http://islamischerweg.de/wp-content/uploads/2020/02/IT_2020.pdf [eingesehen am 25.01.2020].

dargestellt. Die Auswahl der Referenten ist bemerkenswert: Die Veranstaltung beginnt mit einem Einstieg zur „Faszination Quran“ des populären Koranrezitators Hassan Sadeghi, der u. a. den „Al-Quds“-Tag 2016 in Berlin mit einer Koranrezitation eröffnete²⁸, wo er bereits 2011 gemeinsam mit dem Konvertiten Jürgen Grassmann, der in der Vergangenheit insbesondere durch antisemitische Äußerungen auffiel,²⁹ auf der Bühne erschienen war.³⁰ Zweiter Referent ist Hassan Mohsen, der als Vertreter des Vereins „Die Feder“ zum Thema „Selbstbewusst leben in Deutschland“ vorträgt. Besagter Verein inszenierte bspw. im Jahr 2017 in der Delmenhorster Fußgängerzone eine öffentliche Abstimmung zum Thema „Israel ist illegal“. In seinem E-Book „Gedankengut“ präsentiert Mohsen eine Verschwörungstheorie: „Depressive mit muslimischem Aussehen oder muslimischem Namen werden gesucht und anschließend mit Drogen dazu genötigt unschuldige Menschen zu attackieren. So schafft der Mossad die islamfeindlichen Storys für seine islamfeindlichen Blogger. [...] Erst wenn das zionistische Gebilde der Vergangenheit angehört, wird der Weltfrieden zur Gegenwart und die Hoffnung die Zukunft“³¹.

Ein weiterer Referent ist mit „H. Özoğuz“ angekündigt, der als Vertreter einer „Gemeinschaft muslimischer Publizisten und Videoblogger“

spricht.³² Mutmaßlich handelt es sich bei ihm um Huseyin Özoğuz, der sich online u. a. zum Thema Homosexualität wie folgt äußert: „Lasst uns vollkommen eindeutig sein darüber, wie der Islam zu sogenannter praktizierter Homosexualität, geschweige denn zur Homoehe, steht. [...] Es gibt eine ganz klare und eindeutige Beschreibung im heiligen Koran: die Geschichte von Lot. [...] Es ist eine verwerfliche, eine sehr große Sünde mit einem großen Schaden für den Einzelnen und für das Volk“³³.

Im Jahr 2017 führten zudem Vertreter des Vereins „Islamischer Weg“ ein in Reimform verfasstes „Streitgespräch“ auf: einen inszenierte Dialog zwischen einem „passive[n] Pessimisten“ und einem „aktive[n] Optimisten“. Beide Figuren stimmen jedoch hinsichtlich der Gegenwartsdiagnose überein:

„Gott, was läuft heut alles schlecht / In dieser Welt, zweitausendsiebzehn / Die Homo-Ehe ist jetzt Recht / Selbst Kinder wolln [sic] sie adoptiert sehn / Wie solln [sic] sie noch zur Schule gehen / die Kinder, wenn sie schon mit zehn / gelehrt werden, dass Mann plus Mann / als eine Ehe gelten kann / Auf Klassenfahrt, sechs Jahre später / kommen die Rettungssanitäter / Das Saufen ist muss [sic] und die Zimmer gemischt / und die Eltern, die meisten, die stört das ja nicht / Gott schützt die Kleinen / die jungen Leute / vor dieser liberalistischen Meute / die Freiheit, die sei ja für alle ein Gut / doch zeigt sich die Freiheit, hat einer den Mut / die Hand nicht zu geben, dem andern Geschlecht / weil Freiheit heißt heute: Moral, das ist schlecht.‘ [...] ‚Das stimmt zwar alles, was der sich da fragt / doch hat nicht

28 Vgl. Qudstag Berlin: Qudstag 2016. Eröffnung – Koranrezitation – Hassan Sadeghi, 03.07.2016, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=p7O6XaE5zns> [eingesehen am 25.01.2020].

29 Siehe Leber, Sebastian: Antisemitische Demo in Berlin. Wer steckt hinter dem Al-Quds-Marsch?, in: Der Tagesspiegel, 08.06.2018, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitische-demo-in-berlin-wer-steckt-hinter-dem-al-quds-marsch/22653804.html> [eingesehen am 25.01.2020].

30 Vgl. Qudstag Berlin: Qudstag 2011 – 3 von 12 – Koranrezitation von Hassan Sadeghi, 31.08.2011, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=uchk4Lo87ss> [eingesehen am 25.01.2020].

31 Mohsen, Hassan: Gedankengut, München 2017, o.S.

32 Vgl. Offenkundiges: Kanalinfo (o.D.), URL: <https://www.youtube.com/channel/UCUy7corWbZYYKOEtSPINFgw/about> [eingesehen am 25.01.2020].

33 Offenkundiges: Homosexualität, Homoehe und die Muslime, 15.07.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=7BBiz2z2DTw> [eingesehen am 25.01.2020], ab 00:00:26.

unser Prophet gesagt / Für jedes Leiden, schuf Gott was dagegen“³⁴.

Die Schlussfolgerung des Streitgesprächs beinhaltet das Ziel, sich von der als sündhaft wahrgenommenen Mehrheitsgesellschaft in der Bundesrepublik abzugrenzen. Schnell wird deutlich, dass einige Personen aus dem Umfeld des Vereins „Der islamische Weg“ in der Öffentlichkeit weitaus schärfer agieren als die sonstigen radikalen schiitischen Vereine. Dabei scheint die Ideologie nicht nur von einer besonders starken Form der Homophobie und des Antisemitismus geprägt zu sein – vielmehr sehen sich einige der Personen als Kämpfer an einer Medienfront an und üben auch Kritik an der vermeintlichen Mutlosigkeit der Vertreter des schiitischen Dachverbands: „Wenn jedes Mal, wenn die Feinde uns angreifen, ein Erdbeben folgen würde, dann würde auch der Dachverband den Mut haben, sich zu äußern, und dann würden die Feinde sich das auch gut überlegen, uns anzugreifen“.³⁵ Es steht aber keinesfalls fest, wie sich der schiitische Dachverband IGS und dessen Verhältnis zum iranischen Regime weiterentwickeln wird.

Terrorfinanzierung, Ausspähung und Anschlagplanungen

Die Hisbollah pflegt auf der einen Seite eine enge Kooperation mit schiitischen Moscheen in der Bundesrepublik, sichert ihre Finanzierung inzwischen – dem israelischen, politikwis-

senschaftlichen Abba Eban Institut zufolge – aber auch durch eine enge Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität: „Besonders aktiv in Deutschland [seien] die Mitglieder der drei schiitischen Großfamilien Chahrour, Berjawi und Balhas. Sie sind in Berlin und Nordrhein-Westfalen ansässig, den Ermittlungen zufolge sind sie tief in Drogenhandel und Geldwäsche verstrickt.“³⁶ Dabei diene vor allem der Autohandel als Instrument zur Geldwäsche – die Steuerung für Deutschland erfolge dabei aus Düsseldorf. Eine nicht unerhebliche Finanzquelle sei auch der inzwischen verbotene Verein „Waisenkinderprojekt Libanon“ gewesen, über den „zwischen 2007 und 2013 insgesamt 3,3 Millionen Euro für die zur Hisbollah gehörende, libanesische Schahid-Stiftung gesammelt [wurden]. Diese finanzierte Familien von Selbstmordattentätern, um so das Anwerben von Terroristen zu erleichtern.“³⁷

Des Weiteren forschen die Quds-Brigaden gezielt Personen in Deutschland aus. Dies wurde deutlich, als im Jahr 2016 Syed Mustafa H. festgenommen wurde. Der pakistanische Staatsangehörige überwachte den früheren Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Bundestagsabgeordneten Reinhold Robbe (SPD) in außerordentlich hoher Intensität. Insgesamt seien „elf Powerpoint-Präsentationen mit insgesamt 950 Folien“ über „Lebensgewohnheiten, Informationen zu Verwandten und Bekannten sowie Tätigkeiten und Termine“ erstellt worden,³⁸ für die der im Jahr 2017 vom Kammer-

34 Ayad, Mohammed: Gott, was läuft heut alles schlecht – Ein Streitgespräch zweier Muslime in Gedichtform, 26.10.2017, URL: <https://offenkundiges.de/gott-was-lauft-heut-alles-schlecht-ein-streitgesprach-zweier-muslime-in-gedichtform/> [eingesehen am 26.01.2020].

35 Offenkundiges: Angriffe auf unsere Gemeinden – Wer verteidigt uns?, 20.01.2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=UZQO8m3-wnY> [eingesehen am 26.01.2020], ab 00:01:58.

36 Kopietz, Andreas: Hisbollah. Der lange Arm des Terrors, in: Frankfurter Rundschau, 03.06.2019, URL: <https://www.fr.de/politik/lange-terrors-l2341203.html> [eingesehen am 24.01.2020].

37 Ebd.

38 KG Berlin, Az. 3 StE 8/161; vgl. o.V.: Spionageprozess in Berlin. Mehrere Jahre Haft für iranischen Spion, in: Der Tagesspiegel, 27.03.2017, URL: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/spionageprozess-in-berlin-mehrere-jahre-haft-fuer-iranischen-spion/19577612.html> [eingesehen am 26.01.2020].

gericht Berlin verurteilte H. von den Quds-Brigaden auch bezahlt worden sei.

Relevant erscheint im Kontext dieses Prozesses auch, dass nach Angaben des *Tagesspiegels* „ein Verfassungsschutzmitarbeiter [aussagte], dass der Iran die Informationen gesammelt habe, um im Kriegsfall mit westlichen Ländern eine Liste leicht zu treffender Anschlagziele vorliegen zu haben“³⁹. Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz konstatiert allgemein, dass „die Verfassungsschutzbehörden [...] in den vergangenen Jahren zunehmende Aktivitäten der Quds-Force in Deutschland festgestellt“⁴⁰ hätten – mit einem klaren Fokus auf israelische sowie jüdische Personen und Einrichtungen. Dafür spricht auch das bereits angesprochene Attentat in Bulgarien. Aber auch das Vorgehen gegen die oppositionellen Exiliraner wird gewaltsamer: Im Jahr 2018 wird Assadollah A. im bayerischen Aschaffenburg festgenommen. Der iranische Diplomat, der an der Botschaft in Wien akkreditiert war, hatte ein holländisches Paar mit Sprengstoff ausgestattet und damit beauftragt, einen Anschlag auf eine große Veranstaltung von Exiloppositionellen zu verüben.⁴¹ Auch wurden im selben Jahr die Wohnungen zehn mutmaßlicher Angehöriger der Quds-Kräfte durchsucht.

Reaktionen der Bundesrepublik und der Europäischen Union

Neben der Verfolgung von Straftaten im Einzelfall stellt sich im Hinblick auf die Hisbollah die Frage nach der Einordnung der Organisati-

onen insgesamt: Während sie u. a. die Vereinigten Staaten als Terrororganisation einstuft, ist die Position von Bundesrepublik und Europäischer Union bislang weniger entschieden. Die EU bewertet den „militärischen Arm“ der Hisbollah als Terrororganisation und sanktioniert ihn mit „Kontosperrern und Reisebeschränkungen“⁴². Allerdings ist die Zweiteilung in einen politischen und einen militärischen Arm eine äußerst umstrittene Frage. Die Annahme dieser Trennung erscheint insgesamt als konstruiert und vornehmlich strategisch motiviert, da ein vollständiges Verbot die Beziehungen zum Libanon infrage stellen würde.⁴³

Nachdem in Deutschland zunächst der Fernsehsender *Al-Manar* (2008) und das „Waisenkinderprojekt Libanon“ (2014) verboten worden sind,⁴⁴ erhielt die Bundesanwaltschaft im Jahr 2018 schließlich eine allgemeine Strafverfolgungsermächtigung, um künftig auch ohne Einzelermächtigung durch das Bundesjustizministerium Angehörige der Hisbollah wegen Bildung einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§ 129b, a StGB) verfolgen zu können. In der Bundesrepublik soll nun auch ein Betätigungsverbot gegen die gesamte Hisbollah erlassen werden – hierzu forderte jedenfalls der Bundestag die Bundesregierung im Dezember 2019 auf.⁴⁵ Gleichzeitig wurden aber auch staatliche Maßnahmen ins Leben gerufen, die das Handeln radikalislamischer Schiiten

39 Ebd.

40 Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg: Verfassungsschutzbericht 2018, Hamburg 2019, S. 201.

41 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: GBA: Haftbefehl wegen mutmaßlicher Spionage (Pressemitteilung vom 11.07.2018), URL: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14981/3994492> [eingesehen am 06.02.2020].

42 O.V.: Außenministertreffen. EU setzt Hizbullah auf Terrorliste, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2013, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/aussenministertreffen-eu-setzt-hizbullah-auf-terrorliste-12291002.html> [eingesehen am 24.01.2020].

43 Die Hisbollah stellt eine dauerhaft wichtige politische Akteurin im Libanon dar: Denn der Anteil der Schiiten in Parlament und Regierung ist in der libanesischen Konkordanzdemokratie ebenso dauerhaft festgeschrieben wie der Anteil jeder anderen Konfession („konfessionelle Parität“).

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. BT-Drs. 19/16046, S. 1 ff.

mutmaßlich befördern: So erhielt der schiitische Dachverband IGS, dem auch das IZH, die Imam-Cafer-Sadik-Moschee und die Imam-Riza-Moschee angehören, jährlich regelmäßig Fördergelder von der Europäischen Union und der Bundesrepublik, zuletzt 283.150 Euro im Rahmen des Präventionsprojektes „Extrem engagiert! Kompetenzprogramm junger Muslime“.⁴⁶ Ob auch radikalen schiitischen Organisationen Fördergeld zur Präventionsarbeit zugewiesen worden ist, kann nicht ohne Weiteres beantwortet werden.

Einordnung: Ziele und Tendenzen in der Bundesrepublik

Wichtig für die Einordnung der dargestellten Aktivitäten von Quds-Brigaden und Hisbollah erscheint insbesondere die Frage, was das eigentliche Interesse dieser Akteure in der Bundesrepublik ist. Beide begrenzen ihre gewaltsamen Operationen bislang nahezu ausschließlich auf den Nahen Osten, während sie in Europa schwerpunktmäßig verdeckt vorgehen und bislang lediglich Anschlagplanungen vornehmen. Es könnte also die Frage aufgeworfen werden, ob Europa überhaupt ein wesentliches Ziel der benannten Organisationen darstellt.⁴⁷ Das primäre Interesse der Hisbollah liegt im Nahen Osten, allerdings folgt auch

sie dem Konzept des „Revolutionsexports“ der „Islamischen Revolution“ und hat insofern auch ein sekundäres Interesse an einer Ausbreitung ihrer Ideen im Westen.

Das Hauptaugenmerk der Quds-Brigaden scheint sich in Deutschland gegenwärtig auf die Ausspähung und Einschüchterung folgender Personenkreise zu konzentrieren: US-Amerikaner, Israelis und oppositionelle Exiliraner. Allerdings geraten – wie durch die Überwachung des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Robbe deutlich wird – auch weitere Personenkreise in den Fokus. Die iran-treuen Organisationen vermeiden grundsätzlich, in Deutschland einem zu starken Überwachungsdruck durch die Sicherheitsbehörden ausgesetzt zu sein, was letztlich auch die Unterstützung ihrer Aktivitäten im Nahen Osten – insbesondere in Syrien, dem Irak und dem Libanon – vereinfacht. Allerdings stellt sich die Frage, ob es derzeit einen Strategiewandel gibt, hin zu einer offensiveren Strategie: Insbesondere sind Anzeichen einer strategischen Verschiebung des Verhältnisses zur Medienarbeit erkennbar – denn gerade jüngere Anhänger der radikalen Schia stehen offener zur Ideologie der „Iranischen Revolution“ und des „Revolutionsexports“. So formuliert ein junger radikaler Schiit aus dem Umfeld des Delmenhorster Vereins „Der Islamische Weg“ im Januar 2020 auf *YouTube*:

„Der revolutionäre Geist ist erwacht. Die Menschen gehen auf die Straße. Die Chats brennen. Jeder fragt sich: Was kann er tun? Wie kann er an dieser Bewegung teilhaben? [...] Jeder hat doch das Gefühl, er muss etwas tun. Jetzt ist die Zeit. Niemand will still sein. [...] Wieso können wir uns nicht in die Schauplätze des Kampfes begeben? Unser Kampf ist nicht der mit den herkömmlichen Waffen, wir sind keine Soldaten an der Front. Unsere Front sind die Medien, die versuchen, die Wahrheit zu verschleiern“⁴⁸.

Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können, Bonn 2007, S. 121.

48 Offenkundiges: Der revolutionäre Geist in Zeiten der Eindeutigkeit und in Zeiten der

46 Nach Angaben der Bundesregierung sei „die Förderung [...] in Kenntnis der Tatsache, dass es sich bei dieser Organisation um einen Dachverband von höchst heterogener Zusammensetzung handelt“, erfolgt und es würden in dem Fall, dass „Zwendungsmittel [...] nicht sachgerecht in dem Projekt eingesetzt“ würden, diese auch zurückgefordert werden; BT-Drs. 19/545, S. 7.

47 Die selbstformulierten strategischen Absichten der Hisbollah sehen wie folgt aus: erstens die Unabhängigkeit des Libanon, zweitens die Rache an den christlichen Phalange-Milizen für die Massaker von Sabra und Schatila im libanesischen Bürgerkrieg 1982 und drittens ein islamisches Regime im Libanon zu errichten; vgl. Richardson, Louise: Was

Die Kampfesrhetorik junger Schiiten mag als mögliches Anzeichen einer Tendenz hin zu einer offensiveren Strategie des radikalen schiitischen Islam in Deutschland interpretiert werden. Derartige strategische Verschiebungen bedürfen einer weiteren Erforschung. Zwar sind die betrachteten schiitischen Organisationen von relativ geringer Größe, jedoch insbesondere wegen ihrer engen finanziellen, organisa-

torischen und ideologischen Verknüpfung mit dem iranischen Regime nicht zu vernachlässigen. Weitere zu untersuchende Fragen können sich darauf richten, auf welche Art und Weise einzelne Akteure versuchen, auf den schiitischen Dachverband IGS einzuwirken, und wie sich insgesamt die Aktionsformen der radikalen schiitischen Organisationen in Deutschland weiterentwickeln.



Joris Sprengeler (Dipl.-Jur., B.A.) arbeitet für die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx). Er studiert Politikwissenschaft und öffentliches Recht im Master. Zuvor hat er das erste juristische Staatsexamen sowie einen Bachelor in Politikwissenschaft und Philosophie absolviert.

Fitna 13.01.2020, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=KYTmiFp6NqY> [eingesehen am 25.01.2020], ab 00:00:05.

Bis dass die Aqida sie scheidet ...

Kommentar zum Zerwürfnis
zwischen Bernhard Falk und
„Im Auftrag des Islam“

Annemieke Munderloh

Der Forschungsalltag in der Beschäftigung mit dem radikalen Islam ist häufiger von der Auseinandersetzung mit ernststen Themen geprägt. Es geht um grundlegende Konflikte, bisweilen auch um Akteure, die als „Gefährder“ eingestuft werden, denen eine hohe Strahlkraft u. a. durch ihre Videos im Internet zugeschrieben wird und deren Einfluss insbesondere auf Jugendliche katastrophale Folgen haben kann.¹

Gerade deswegen ist es umso erfrischender, wenn die*der Wissenschaftler*in auf Aspekte stößt, die nicht nur zum Staunen, sondern auch – von den Macher*innen in der Regel unbeabsichtigt – zum Lachen verleiten. Auf ein aktuelles Beispiel – einen noch brodelnden Konflikt zwischen zwei Akteursgruppen, dessen Austragung man so sonst eher in einer *ARD*-Mittagstelenovela erwarten würde – soll in diesem Kommentar eingegangen werden. Denn vielleicht kann auch eine bewusst überspitzte Betrachtungsperspektive der oft bedrohlich-besorgniserregenden Wirkung dieser Akteure etwas entgegensetzen: eine Erinnerung an ihre Fehlbarkeit.

1 Der Name Safia S. (als extremes Beispiel derartig negativer Beeinflussung) ist mit Sicherheit noch ein Begriff, vgl. etwa Janisch, Wolfgang: Terrorismus. Urteil gegen Safia S. rechtskräftig, in: Süddeutsche.de, 19.04.2018,

URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/terrorismus-urteil-gegen-safia-s-rechtskraeftig-13951533?reduced=true> [eingesehen am 21.02.2020].

Der eine groß, korpulent, mit Halbglatze, dichtem grauen Bart und altmodischer Brille, oft in seinem olivgrünen Militärparka, auf dessen rechtem Ärmel ein schwarzer Aufnäher mit der Schahada, dem muslimischen Glaubensbekenntnis, prangt; der andere agil, muskulös, mit kurzgeschorenen dunklen Haaren und gestutztem schwarzen Bart, mal mit, mal ohne leicht spießige Brille auf der Nase und gelegentlicher *First Responder* der Medienplattform „Im Auftrag des Islam“ (IADI). Es geht zum einen um Bernhard Falk, alias Muntasir bi-llah, einen mittlerweile 53-jährigen deutschstämmigen Konvertiten, über dessen Philosophie und Einstellungen stundenlange *YouTube*-Videos Auskunft geben; und zum anderen um Yasin Bala (etwa 35), aka Yasin al-Hanafi, einen Muslim mit türkischen Wurzeln, ebenfalls Hobby-*YouTuber* und selbsternannter „bekannte[r] Prediger aus Göttingen, [...] der auch als „DAS GESICHT AUS GÖTTINGEN“ viel Aufmerksamkeit gewinnt“² und der seit über drei Jahren aktives Mitglied von IADI ist.³

Die beiden scheinen auf den ersten Blick nicht viel mehr gemein zu haben als ihre Vorliebe für melodramatische Videoeinleitungen. Insbesondere al-Hanafi trauert wohl noch seiner verpassten Karriere als Videoeditor nach: Seine Intros dauern teils länger als eine Minute und erinnern eher an Filme von Michael Bay, als thematisch zur islamischen Glaubenslehre hinzuführen.⁴ Der bombastische Einstieg in die

Videos steht bei beiden leider meist im Kontrast zum Rest; man kann es beeindruckend finden, wenn Menschen dazu in der Lage sind, mehr oder weniger frei sprechend und größtenteils ohne Schnitte länger als eine Stunde Feinheiten der islamischen Glaubenslehre oder alltagspolitische Themen zu kommentieren.⁵ Die Monotonie der Vorträge wirft allerdings die Frage auf, wie viele Rezipient*innen sich diese wirklich bis zum Ende anschauen.

Doch wie hängen die Akteure nun zusammen? Von Falk finden sich mehrere Beiträge auf IADI-Portalen – sowohl in Form von Videos als auch verfassten Texten; einige seiner Videos führen werbewirksam das IADI-Logo bzw. beginnen mit IADI-Intros oder zeigen ihn im Gespräch mit bin Abdullah oder Azad. Um seine deutschlandweiten Reisen zu Prozessen und Vollzugsanstalten zu finanzieren, ist Falk auf Spenden angewiesen. Laut Falk sei zwar keine finanzielle Unterstützung vonseiten IADIs geflossen;⁶ dennoch ist es wahrscheinlich, dass

22.08.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=wSyyqSHhkrM> [eingesehen am 05.02.2020] oder „Al-Muqawama“^{HD}; Die Antwort auf Abdellatif | Yasin Al-Hanafi“, 10.09.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=s9Xr9RY5jJM> [eingesehen am 06.02.2020]. Falks Intros wirken dagegen fast langweilig, setzt er doch lieber auf leicht klagende Anaschid (muslimische A-cappella-Gesänge), Slow-Mo- und Filtereffekte, wie z.B. hier: „Bruder Falk, 03.08.19: Islamischer Widerstand ist keine Show!“, 22.09.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=NBa18-D49hw> [eingesehen am 04.02.2020].

2 Aus dem Beschreibungstext von „Interview mit YASIN AL-HANAFI ^{HD}; MEINE GESCHICHTE 1.2“, 08.08.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=aK0vpQFAfbc&t=1s> [eingesehen am 18.02.2020].

3 Wobei zumindest ein Foto gemeinsame Aktionen bereits auf 2015 datiert (vgl. den Instagram-Post der Seite [imauftragdesislam_](https://www.instagram.com/p/75w7exAYi_/) vom 21.09.2015, URL: https://www.instagram.com/p/75w7exAYi_/ [eingesehen am 05.02.2020].

4 Für einen Einblick in das Intro-Œuvre al-Hanafis bieten sich besonders an: „Kommentar | Ist der Islam noch zu retten? | YASIN AL-HANAFI [NEU]“,

5 Falk greift dabei auf eine eher pastoral-leierrnde Manier zurück und insbesondere die einleitende Begrüßung weckt Assoziationen zur „Die Feuerzangenbowle“-Ikone Professor Crey. Die Akteure von IADI bemühen sich stets um Nachrichtensprecher*innen-ähnliche Seriosität, meines Erachtens jedoch etwas zu sehr, sodass sich die Bemühungen ins Gegenteil verkehren.

6 Vgl. „Bruder Falk, 13.10.19: Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 15:00, 03.12.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=jBvUgKWGIQQ> [eingesehen am 06.02.2020].

er von der Werbung, die IADI für ihn direkt oder indirekt machte, auch finanziell profitiert haben wird. Falk hingegen wurde gelegentlich von bin Abdullah und Azad, manchmal auch von al-Hanafi, bei seinen Reisen durchs Land begleitet⁷ oder sie nahmen an seinen Kundgebungen teil.⁸

Insgesamt kooperierten Falk und IADI beträchtliche acht Jahre, vielleicht sogar länger. Doch in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 begannen sich Differenzen abzuzeichnen, die binnen weniger Wochen zum Bruch führten. Die den Videouploads stets inhärente, dramatisch überzeichnete Konfliktlinie zieht sich nicht länger allein entlang der Gemeinschaft der „wahren“ Muslim*innen und (wahlweise) der deutschen Mehrheitsgesellschaft/den global agierenden Imperialist*innen/Zionist*innen/Kuffar (Ungläubigen) allgemein. Nein, auch zwischen Falk und IADI ist die Kluft inzwischen definierter als al-Hanafis Oberarmmuskeln.⁹ Es gibt „Beef“.

Man könnte nun annehmen, dass diese gestandenen Herren durchaus in der Lage sind, ihren Konflikt halbwegs zivil über die Bühne zu bringen, insbesondere, weil sich beide Seiten stets so viel Mühe geben, zu betonen, dass es sich als Muslim*in nicht gehöre, schlecht über andere Menschen und besonders über andere Muslim*innen zu sprechen. Stattdessen entschieden sich beide Seiten für

einen bisweilen leicht präpubertär wirkenden Schlagabtausch über *Youtube*, *Facebook* und *Telegram*.

Unsere Kontrahenten: Wer gegen wen?

Bernhard Falk

Alle hier genannten Akteure engagieren sich bereits seit Jahren – in Falks Fall Jahrzehnten – auf ihre spezielle Weise für die muslimische Umma (Gemeinschaft) in Deutschland. Der Schwerpunkt des 1967 in der Nähe von Hamburg geborenen Falk liegt auf der, wie er es nennt, „Gefangenenhilfe“ für terrorverdächtige und verurteilte Muslim*innen in Deutsch-



Bernhard Falk, hier während einer von ihm begleiteten und über seine Kanäle beworbenen Demonstration gegen die US-Airbase Ramstein. Quelle: <https://twitter.com/FalkBernhard/status/741773173092438016/photo/1> [eingesehen am 07.02.2020]

7 Vgl. bspw. „Der Gefährder – Ein Islamist packt aus“, ab Minute 23:00, 10.07.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=WWXv2pqrWb8> [eingesehen am 06.02.2020].

8 Vgl. bspw. bin Abdullah rechts hinter Falk und vermutlich Azad als Kameramann bei Falks Vortrag in Frankfurt a.M. am 13.06.2017: „Bruder Falk über sunnitische Gefangene im Iran (13.06.2015)“, 01.12.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=CvLSwiJjmkk> [eingesehen am 16.02.2020].

9 Vgl. Posting des *Instagram*-Accounts *_yasin_al_hanafi* vom 13.01.2020, URL: <https://www.instagram.com/p/B7QOv3Lhdub/> [eingesehen am 05.02.2020].

land und der Befeuerung des „authentischen islamischen Widerstandes in der BRD“¹⁰ als Teil einer global agierenden Bewegung. Wirft man einen Blick in seine Social-Media-Kanäle, insbesondere den *Telegram*-Channel „Falk Aktuell“, sieht man fast täglich Updates zu „muslimischen politischen Gefangenen“¹¹, deren Handlungen er als Teil dieses Widerstands auslegt, als ein religiös motiviertes Auflehnen gegen (vorrangig) Imperialismus und Zionismus.¹² Falk informiert über deren Lage und ruft zu Solidarität auf.

Das erste Mal von sich hören ließ er jedoch bereits in den 1990er Jahren. Ein ehemaliger Klassenkamerad und er agierten als linksterroristisch eingestufte und von Sicherheitskreisen aufgrund ihrer Aktivität zeitweise zahlenmäßig stark überschätzte „Gruppe“ „Antiimperialistische Zellen“ (AIZ).¹³ Die beiden sahen sich als militante RAF-Nachfolger, die zwischen 1992 und 1995 insgesamt neun Brand- und Sprengstoffanschläge verübten, für die sie zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Noch vor seiner 13-jährigen Haft konvertierte Falk zum sunnitischen Islam und nahm den Namen „Muntasir bi-llah“ an. Ein erkennbarer Wandel seiner Einstellungen zu Politik und Gesellschaft ging damit allerdings nicht einher, wie

auch seine Ausdrucksweise deutlich macht, die nach seiner Konversion schlicht einen islamischen Anstrich bekommt. So richtet sich seine politische Kritik stets an den „Staatsapparat“ der „BRD“, das Beharren auf der expliziten Unterscheidung „Ost-“ oder „Westberlins“ und auch regelmäßige Themen seiner Videos wie strukturell bedingte Lohnungerechtigkeit, Kapitalismus-, Nationalismus- und generell Imperialismuskritik lassen auf seine ideelle Vergangenheit rückschließen.

2008 wurde Falk aus der Haft entlassen. Seitdem hat er sich einen Ruf in der Szene aufgebaut. Er stattet Gefangenen bundesweit Besuche ab, ob als Prozessbeobachter oder in der Justizvollzugsanstalt, und wirkt so Resozialisierungs- und Aussteiger*innenprogrammen entgegen. Er ist als „Gefährder“ eingestuft, ihm werden immer mal wieder Verbindungen zu Al-Qaida nachgesagt, sogar, dass er für die Terrororganisation rekrutiere, was ihm allerdings bisher nicht nachgewiesen werden konnte.¹⁴

Im Auftrag des Islam

IADI begann sich etwa 2007 im nordhessischen Sontra um den Prediger Furkan Karacar (genannt Furkan bin Abdullah) zu bilden, der zu diesem Zeitpunkt begann, Koranunterricht zu geben. Zu den drei präsentesten Figuren von IADI zählen neben bin Abdullah noch der gebürtige Bayer „Azad“, der vermutlich kurdische Wurzeln hat,¹⁵ – beide ebenfalls als

10 „Islamischer Widerstand ist keine Show!“, ab Minute 13:35.

11 Beispielsweise *Telegram*-Posting im Channel „Falk Aktuell“ vom 17.11.2019, 21:08 Uhr, URL: <https://t.me/s/falkaktuell> [eingesehen am 05.02.2020].

12 Auch sich selbst bezeichnet er als „ersten deutschen muslimischen politischen Gefangenen“, obwohl er seine Strafe aufgrund von vierfachem versuchten Mord aus linksterroristischen Motiven verbüßte (vgl. „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 11:00).

13 So gingen Expert*innen der Sicherheitsbehörden zeitweise davon aus, dass mindestens 25 bis 50 Personen der AIZ angehörten (vgl. o.V.: Terrorismus. Männlich großkotzig, in: Spiegel Online, 24.06.1996, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8939715.html> [eingesehen am 05.02.2020]).

14 Vgl. bspw. „Der Gefährder – Ein Islamist packt aus“, ab Minute 22:40.

15 Einige seiner Vorträge sind auf Kurmandschi (vgl. bspw. „Kürtçe Tevhid Dersleri 07 | Hukmî İslam ü elametê İslamê | Azad“, 24.11.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=98TBJ8scUyk> [eingesehen am 06.02.2020]).

„Gefährder“ gelistet – und der eingangs bereits erwähnte Yasin al-Hanafi.¹⁶

Die Videos dieser Gruppe drehen sich größtenteils um die islamische Glaubenslehre, gelegentlich durchmischt mit Uploads zu politischen Ereignissen mit einem bisweilen wahrnehmbaren Unterton verschwörungstheoretischer Motive. Zentral ist für sie neben einem ausgeprägten Anti-Kemalismus (also dem Ablehnen der laizistischen, republikanistischen und nationalistisch ausgeprägten Gründungs-ideologie der Republik Türkei) die strikte Ab-

Glaubenslehre sehen. Als ihre drei Grundprinzipien bezeichnen sie „Tauhid“ (den Glauben an den einen Gott), „Sunna“ (den Glauben an Mohammed und die Befolgung seiner Handlungsweisen) und den Aufbau des „Kalifat“ (für sie ein von einem Kalifen geführtes islamisches Reich mit der Scharia als Gesetzgebung).¹⁷

Der gebürtige Göttinger al-Hanafi betreibt bereits längere Zeit *Da'wa*, also islamische Missionsarbeit, und hatte bis Mai 2018 zwei mittelmäßig frequentierte *YouTube*-Channels¹⁸. Er war oder ist eng verbunden mit der seit einiger Zeit theoretisch verbotenen, praktisch aber vermutlich immer noch betriebenen Kaplan-Moschee in der Göttinger Weststadt und ist seit etwa 2017 aktives Mitglied von IADI.



Sontraer #bromance: bin Abdullah, al-Hanafi und Azad (v.l.n.r.) und eine Weltkarte mit ihrer Vorstellung des islamischen Kalifats im Hintergrund, die man von der IADI-Website herunterladen kann. „Akhi“ heißt Bruder, „lkhwa“ heißt Brüder – bei „Akhis“ wurde sich wohl für das englische Plural-S entschieden. Quelle: <https://www.instagram.com/p/B7N7DRoDg5b/> [eingesehen am 06.02.2020]

lehnung des demokratischen Systems, das sie als im Widerspruch stehend zur islamischen

Peripetie: *Trouble in Paradise*

Zwischen Falk und IADI-Mitgliedern gab es jährlich mehrere Treffen.¹⁹ Beide Seiten betonen, dass man dabei stets das größere Ganze, also die Förderung der Umma, im Sinn gehabt habe, weswegen sich andeutende islamtheologische Konflikte direkt im Aufkommen erstickt worden seien, um die Zusammenarbeit nicht zu gefährden, die schließlich der globalen Gemeinschaft der Muslim*innen diene. Laut Falk hätten beide davon profitiert: er von den Film- und Videoediting-Skills, IADI von Falks

16 Vgl. „Stellungnahme [Von Muslimen zu „Gefährdern und Terroristen“]“, ab Minute 5:00 bzw. 35:00, 05.09.2017, URL: https://www.imauftragdesislam.com/stellungnahmevon-muslimen-zu-gefhrdern-und-terroristen-_d790.html [eingesehen am 07.02.2020].

17 Für die IADI-Interpretation eines Kalifats vgl. u.a. o.V.: Das Islamische Kalifat, 01.10.2017, URL: https://www.imauftragdesislam.com/das-islamische-kalifat_d958.html [eingesehen am 07.02.2020].

18 Nach einer Vorladung im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Beleidigung löschte er auf beiden Kanälen sämtliche von ihm geposteten Videos; diese sind seit Februar 2020 größtenteils wieder hochgeladen.

19 Vgl. „Erfahrungen mit Sektierern“. Auf Karacars *Instagram*-Profil finden sich einige Bilder mit Falk über die Jahre; auch eines, das ihn und Azad am Krankenhausbett von Falk zeigt.

Bekanntheitsgrad.²⁰ Auf den Kanälen beider Seiten findet man unter der Rubrik „Bilder“ zwischen Koranzitaten und Legionen erhobener Zeigefinger²¹ zudem Fotos von einem gemeinsamen Türkei-Aufenthalt und eher privaten Begegnungen.²²

Der sich im letzten Jahr entspinnde Konflikt erinnert nun fast an ein klischeebeladenes High-School-Drama: Das Kennenlernen von Falk und bin Abdullah habe auf dessen Hochzeit 2011²³ in Göttingen stattgefunden. Doch habe es nicht sofort gefunkt. Falk stand damals noch der inzwischen verbotenen Organisation Millatu Ibrahim nahe, mit denen bin Abdullah jedoch nichts anfangen konnte; Falk hingegen fand bin Abdullah unsympathisch, da sich dieser nicht solidarisch mit von den Sicherheitsbehörden beobachteten Muslim*innen gezeigt habe. Ein Jahr später habe er dennoch „Annäherungsversuche“²⁴ gestartet, weil sich sein bisheriger Videomacher, Reda Seyam,²⁵ dem sogenannten Islamischen Staat in Syrien angeschlossen hatte und er nun Ersatz

brauchte. Und so begann die Zusammenarbeit, bis 2017 mit al-Hanafis Dazustoßen Sand ins Getriebe geriet.

Falk habe den extrovertierten und lauten Neuzugang von Anfang an als unseriösen Entertainer ohne ernstzunehmende islamische Expertise abgelehnt und bin Abdullah vor dessen Einfluss gewarnt, denn dieser sei schließlich noch bis vor Kurzem Teil einer konkurrierenden Göttinger Plattform gewesen (vermutlich spielt er hier auf die Kaplan-Moschee an). Doch dieser habe augenscheinlich nicht auf ihn gehört. Derweil habe die „Sektiererei der Sontranis [...] groteske, unerträgliche“²⁶ Formen angenommen; die Gruppe sei mittlerweile zu tief in Hochmütigkeit abgerutscht, als dass Falk sich noch länger mit ihnen hätte assoziieren können – seine Fans würden sich schon über die Zusammenarbeit echauffieren.²⁷

Um die Trennung zu vollziehen, grub er in einem Posting vom 22. Juli bzw. 13. August 2019 das Kriegsbeil „unüberwindbare Aqida-Differenzen“ aus, indem er die Vortragsreihe des Predigers „Sheikh Abdellatif“ bewarb, dessen Meinungen an einigen Stellen konträr zu denen IADIs zu verorten sind.²⁸ Abdellatif verweist in seinen Beiträgen auf den mittelalterlichen islamischen Gelehrten al-Barbahari, den Falk in eine Linie mit Ibn Taimīya (1263–1328) und Ibn‘ Abd al-Wahhāb (1703–92) stellt. Das ist

20 Vgl. „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 14:00.

21 Der erhobene Zeigefinger gilt als Symbol für den Glauben an den einen Gott.

22 Vgl. Posting des *Instagram-Accounts furkan_bin_abdullah_* vom 21.06.2018, URL: https://www.instagram.com/p/BkStc8EjsQwXHvhAl9mVO2_aMCHsSzyBfWPGWgO/ [eingesehen am 06.02.2020].

23 Vgl. bspw. „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 18:30, oder „Koran Projekt 231 | Die Prüfungen in der Minderheit | Sure Saad 41–54 | Furkan bin Abdullah“, 06.10.2019, ab Minute 11:40, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=fhUL5C84XKO> [eingesehen am 30.01.2020].

24 „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 22:00.

25 In Syrien stieg Seyam 2014 zum Bildungsminister des IS auf – der höchste Rang, den ein Deutscher bisher innerhalb der Terrororganisation eingenommen hat (vgl. Del Haes et al.: „Von Berlin in den IS-Führungszirkel“, in: tagesschau.de, URL: <https://web.archive.org/web/20141217003405/http://www.tagesschau.de/inland/deutscher-in-is-fuehrung-101.html> [eingesehen am 06.02.2020]).

26 „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 38:00.

27 Vgl. ebd.

28 Linguistisch heißt *Aqida* so viel wie „Sicherheit“ oder „Bestätigung“; im theologischen Sinne bedeutet *Aqida* „Bekenntnis“ – je nachdem, welcher Schule sich ein*e Muslim*in zugehörig fühlt, können diese (teilweise) konfliktieren. Für den Post von Falk siehe den Beitrag auf der *Facebook*-Seite „Falk Nachrichten“, URL: <https://www.facebook.com/1949997798546553/photos/a.1949999005213099/2337201213159541/?type=3&theater bzw. https://www.facebook.com/1949997798546553/photos/a.1949999005213099/2351570158389313/?type=3&theater> [eingesehen am 07.02.2020].

relevant, weil sich Falk mit diesem Posting eindeutig zum Wahhabismus (bzw. Salafismus) bekennt, was er, bin Abdullah zufolge, zuvor nie in dieser Deutlichkeit getan habe.²⁹ Salafist*innen ordnen sich in der Regel entweder keiner Rechtsschule zu, da sie den direkten Bezug auf Koran und Sunna vorziehen, oder aber sie sind Anhänger*innen der hanbalitischen Rechtsschule. IADI hingegen folgen der hanafitischen Rechtsschule und zudem der Aqida der maturidischen Schule, deren Glaubensvorstellungen in einigen Punkten konträr zu denen von Salafist*innen stehen.

Nachdem es laut Falk einige „erregte“³⁰ Anrufe von bin Abdullah gegeben habe, folgt die erste offizielle Videoreaktion am 10. September von al-Hanafi, zunächst noch ohne zentralen Bezug auf Falk, allerdings in einem Tonfall, bei dem ein *Mic Drop* al-Hanafis am Videoende nicht überrascht hätte. In dem Video wird der von Falk ins Spiel gebrachte Prediger „Sheik Abdellatif“, wie al-Hanafi sagen würde, „rasiert“.³¹ Al-Hanafi konzentriert sich darin einerseits auf dessen Ausführungen zur Aqida. Zentral für Salafist*innen ist die Ablehnung jeglicher philosophischer Spekulation über den Glauben – dazu gehören auch Spekulationen über Eigenschaften Gottes, bspw. über dessen Hand, was den Fokus in al-Hanafis Video zu Abdellatif auf dieses Thema erklärt. Andererseits kann al-Hanafi es nicht lassen, abfällige Kommentare zu Abdellatifs Person einfließen zu lassen.³²

Knapp drei Wochen später meldet sich auch bin Abdullah zu Wort³³ und spricht offen über die vergangenen Jahre mit Falk und den nun erfolgten Bruch. Falk distanziert sich indes in einem Reaktionsvideo vom 3. Dezember 2019 retrospektiv auch emotional von IADI.³⁴

Bleibt man bei der eingangs erwähnten Televonovela-Assoziation, lassen sich die Inhalte der ab August hochgeladenen, charakteristisch langatmigen Videos sowie die abseits von *YouTube* auf anderen Kanälen öffentlich ablaufende Kommunikation folgendermaßen zusammenfassen: IADI präsentiert sich wie ein verletzter Verfloßener, der das neue Herzblatt des Ex abwertet und empört auf die gemeinsame schöne Zeit verweist. Man habe sich schließlich immer an die Abmachung, die Beziehung nicht durch Debatten um Kleinigkeiten der Glaubenslehre zu gefährden, gehalten. Die Verbindung wird insbesondere von bin Abdullah als eng und persönlich beschrieben, wie auch die vielen gemeinsamen Bilder zeigen würden.³⁵ Falk wiederum erklärt, fast mitleidig, die unterstellte Nähe habe es nie gegeben und sei seinerseits auch nie gewünscht gewesen; es habe sich um eine reine Zweckbeziehung gehandelt, aus der beide ihre Vorteile gezogen hätten. Nüchtern konstatiert er: „Die Terminfülle in meinem täglichen Leben lässt es nicht zu, dass ich mit Brüdern tagelang abhängen.“³⁶ Zu den gemeinsamen und hauptsächlich von IADI verbreiteten Fotos sagt er schlicht, „die im Vergleich dazu öffentlich völlig überproportional verbreiteten Fotos von meinen Treffen mit den Sontranern führten zu Spekulationen und vor allem zu falschen Schlussfolgerungen“³⁷ – ein klassisches Beispiel dafür, warum

29 Vgl. „Debatte zwischen ABDULLATIF & YASIN, sowie dessen Auslöser BERNHARD J. FALK“, 29.10.2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=XfXe2HpcYOA> [eingesehen am 05.02.2020].

30 „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 48:00.

31 Vgl. „Al-Muqawama ^{HD} Die Antwort auf Abdellatif | Yasin Al-Hanafi“, insbesondere ab 1:30:00 sowie al-Hanafis Posting des *Instagram*-Kanals *_yasin_al_hanafi_* vom 12.01.2020, URL: <https://www.instagram.com/p/B7N5pwWjoUq/> [eingesehen am 06.02.2020].

32 „Du sagst du bist Araber aber hast das nicht gecheckt oder wie?“ („Al-Muqawama ^{HD} Die Antwort auf Abdellatif | Yasin Al-Hanafi“, ab 1:11:45).

33 Vgl. „Debatte zwischen ABDULLATIF & YASIN“, ab Minute 11:00.

34 Siehe „Erfahrung mit den Sektierern“.

35 Vgl. „Debatte zwischen ABDULLATIF & YASIN“, ab Minute 11:00.

36 „Erfahrungen mit Sektierern“, ab Minute 33:00.

37 Ebd., ab Minute 31:00.

es so wichtig ist, die Ansprüche und Wünsche an eine Beziehung von Anfang an klar zu kommunizieren.

Auch das Umfeld bezog Stellung: Die offen IADI-feindliche, aber Falk zugeneigte *Facebook*-Seite „Bid’ah MEME“ ging so weit, al-Hanafi in einem Posting als „Homo_Bala“ und „Call Boy [sic!]“ zu bezeichnen und ein lasziv-provokantes, eindeutig privates Selfie in Umlauf zu bringen, das al-Hanafi im Seidenschlafanzug und in Versace-Bettwäsche zeigt.³⁸ Falk und bin Abdullah nehmen in ihren Reaktionsvideos auf dieses Bild Bezug, Ersterer als Bestätigung seiner Vorwürfe der mangelnden Seriosität al-Hanafis, Letzterer im anklagenden Tonfall an eine der zwei Frauen Falks, die das Bild verbreitet habe – wobei die Frage unbeantwortet bleibt, wie diese überhaupt an das Bild gekommen ist. Der anscheinend mehrfache Versuch von IADI-Sympathisant*innen, Falks Reaktionsvideo zu sperren, wirkt fast bemitleidenswert, woraufhin Falks *Partner in Crime* (und *Admin* seines *Telegram*-Channels) in einem wutentbrannt-beleidigenden Posting gegen IADI wettete.³⁹ Das Editieren von Nachrichten ist bei *Telegram* durchaus möglich – Falk entschied sich wohl dagegen. Vielmehr hat er bereits ein neues Video angekündigt,⁴⁰ das zeitnah erscheinen solle und bei dem davon auszugehen ist, dass es zumindest am Rande auch um IADI gehen wird. Ähnlich wahrscheinlich ist, dass auch IADI oder zumin-

dest al-Hanafi die Sache nicht ruhen lassen kann.

Tragödie, Komödie oder doch: Viel Lärm um nichts?

Das ganze Drama wirft die Frage auf, wie sich dieses Zerwürfnis auf beide Seiten auswirkt. Falks plötzliches Offenbaren seiner Glaubensvorstellungen ist in der Tat interessant, beläuft sich das Rückbeziehen auf seine Religion innerhalb seiner Videos und sonstigen Statements doch üblicherweise eher auf ein simples „Inshallah“ (so Gott will) hier und da, als wirklich tiefgreifend theologische Themenbezüge aufzuweisen. Gerade das hat bisher auch eine seiner Stärken ausgemacht: Die von ihm angeführte Kritik an Politik und System sowie seine Aufrufe an die muslimische Gemeinschaft besaßen das Potenzial, gruppenübergreifend Muslim*innen anzusprechen. Themen wie Solidarität mit Muslim*innen weltweit, Umweltschutz, mehr soziale Gleichheit oder Frieden für den arabischen Raum können größtenteils unabhängig von Glaubensvorstellungen vertreten werden. Seine klare Positionierung zum Wahhabismus hingegen könnte Muslim*innen, die deren Lehren und Überzeugungen skeptisch gegenüberstehen, verprellen.

Die Art und Weise, wie dieser Streit ausgetragen wurde, wird der Seriosität beider Seiten außerdem nicht zuträglich gewesen sein. Andererseits ist Falk hauptsächlich aufgrund seines Netzwerks an Anwälten und seiner Praxiserfahrung im Umgang mit Anklagen und Gefängnisaufenthalten mehr eine Ansprechperson, als dass seine Anhänger*innen in ihm einen belehrten islamischen Theologen sehen würden, dem Fragen zu Koran und Sunna gestellt würden. Das macht jedoch auch seine Bedrohlichkeit aus: Er selbst mag innerhalb (und außerhalb) der Szene mit seinen wackelig-religiösen Argumentationen und seiner Vorliebe zu pompösen Aufrufen zu globalem Widerstand eher skeptisch bis belächelnd

38 Als sei das alles nicht genug, ist das Logo von Versace der Kopf der Medusa. al-Hanafi ist somit auch noch eindeutig ein Götzendiener! (Vgl. Posting der Seite „Bid’ah MEME“ am 03.09.2019, 13:02 Uhr, URL: https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=2760264464199979&id=2090485291177903 [eingesehen am 06.02.2020].)

39 Siehe Posting im *Telegram*-Channel „Falk Aktuell“ am 11.01.2020, 13:37 Uhr, URL: <https://t.me/s/falkaktuell> [eingesehen am 05.02.2020].

40 Vgl. Posting im *Telegram*-Channel „Falk Aktuell“ am 03.02.2020, 23:12 Uhr, URL: <https://t.me/s/falkaktuell> [eingesehen am 05.02.2020].

beügelt werden. Täte er sich jedoch mit einem Charismatiker zusammen, der besser dazu in der Lage ist, eine Anhänger*innenschaft zu generieren und gelungene Auftritte zu inszenieren, könnte Falk mit seinen Fertigkeiten gefährlicher werden.

Und eines muss man IADI trotz ihrer Eigenarten lassen: Sie bleiben über die Jahre und auch im aktuellen Konflikt konsistent in ihren Argumentationen und Überzeugungen. Ihre Hauptzielgruppe besteht aufgrund ihrer expliziten Zuordnung zur hanafitisch-maturidischen Lehre, die sie innerhalb der Kontroverse noch einmal bekräftigen konnten, in türkischstämmigen Muslim*innen derselben Glaubensvorstellung, nicht in Salafist*innen. Diese Linie vertreten sie nicht erst seit Kurzem, was bedeutet, dass Falk zuvor bewusst darüber hinweggesehen hat. Zudem bewegen sich viele der radikalen Muslim*innen, die zu seiner Zielgruppe gehören, ohnehin im wahhabitischen

Spektrum, sodass die Bedeutung seines theologischen Erwachens wohl eher nicht in der Rekrutierung neuer Follower liegt und aufgrund der plumpen Durchführung auch nicht ganz ernst genommen werden kann. Denn Falk, der doch sonst nicht um Worte verlegen ist, verweist schlicht auf Abdellatifs Videos, um seine tiefen religiösen Überzeugungen darzulegen, anstatt sie selbst zu erklären.

Was hat ihn also dazu gebracht, dieses Zerwürfnis herbeizuführen? Am wahrscheinlichsten ist, dass persönliche Auseinandersetzungen der Grund sind. Die Chemie zwischen Falk und insbesondere al-Hanafi stimmte von Anfang an nicht. Vielleicht wurde es Falk im letzten Jahr dann einfach zu bunt, vielleicht hat er jemand anderen gefunden, der ihm bei seiner *Content*-Produktion zur Hand geht – es scheint, als ende die Geschichte so, wie sie begann: mit viel Lärm um nichts.



Annemieke Munderloh,
B. A., geb. 1994, studiert
Soziologie im Master an der
Universität Göttingen und
ist seit März 2017 studen-
tische Hilfskraft an der
Forschungs- und Dokumen-
tationsstelle zur Analyse
politischer und religiöser
Extremismen in Niedersach-
sen am Göttinger Institut
für Demokratieforschung.

Warum ist der politische Islam in einer Krise?

Lino Klevesath

Erleben wir zurzeit ein Wachstum des politischen Islam und damit einhergehend eine zunehmende Ablehnung der Ideen der Aufklärung und der Demokratie? Oder durchlebt der politische Islam eine Krise, weil seine Ordnungsvorstellungen auch unter Muslimen zunehmend an Rückhalt verlieren?

Tatsächlich werden beide Meinungen vertreten – die erste eher außerhalb enger akademischer Zirkel, die zweite stärker in der Fachwissenschaft. So sehen die Publizisten Nina Scholz und Heiko Heinisch eine „wachsende konservative Bewegung innerhalb des Islam“, welche die „europäische Aufklärung und die

pluralistische Gesellschaft“ infrage stelle.¹ In der islamischen Welt werde religiöse Konformität „in zunehmend strikter Form“ durchgesetzt, ohne alternativen Lebensentwürfen Raum zu bieten.² Der französische Politikwissenschaftler Gilles Kepel vertritt hingegen die Auffassung, der politische Islam durchlaufe gegenwärtig „eine der größten Prüfungen seiner jüngeren Geschichte“³. Wie ist diese offenkundige Diskrepanz zu erklären? Und: Welche Konsequenzen ergeben sich für die Erforschung des

1 Scholz, Nina und Heiko Heinisch: Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert, Wien 2019, S. 7.

2 Ebd., S. 155.

3 Kepel, Gilles: Chaos. Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten verstehen, 2. Aufl., München 2019, S. 440.

Islams in Deutschland, wenn dieser Krisendiagnose tatsächlich zuzustimmen ist?

Zunächst ist allerdings zu fragen, ob verschiedene Autoren überhaupt dasselbe meinen, wenn sie vom politischen Islam sprechen, denn es besteht kein Konsens über die Definition. Wird der politische Islam als Synonym für den Islamismus gebraucht, wird damit eine Ideologie bezeichnet, deren Anhänger davon ausgehen, dass sich aus den Quellen des Islam ein vollständiges politisches System ableiten lässt, in welchem das Prinzip der Gottessouveränität anstelle der Volkssouveränität gilt und grundlegende Regeln des Zusammenlebens von Gott festgelegt und durch menschliche Gesetzgebung nicht verändert werden dürfen.⁴

Der Begriff des politischen Islam lässt sich aber auch in einem weiteren Sinne verstehen und kann dann alle Akteure bezeichnen, die ihre politischen Haltungen und Handlungen aus dem Islam ableiten oder durch ihn zu begründen versuchen. Demnach könnten selbst Muslime, die ihr Eintreten für politische Maßnahmen gegen den Klimawandel mit dem Koran begründen,⁵ als Vertreter des politischen Islam bezeichnet werden. Eine solch entgrenzte Definition ist allerdings für die Wissenschaft kaum brauchbar, da letztlich sämtliche politische Aktivitäten von Muslimen mit dem Attribut „politischer Islam“ versehen werden

könnten, sobald sie auch nur am Rande auf ihre Religion Bezug nehmen, um ihr Handeln zu begründen oder zu legitimieren. Scholz und Heinisch scheinen bei ihrer These von der Ausbreitung des politischen Islam aber implizit einer solch unklaren Definition zu folgen und sehen daher selbst im Kopftuchtragen und dem Fasten im Ramadan Anzeichen für den Siegeszug des politischen Islam.⁶ Hierbei handelt es sich allerdings um Frömmigkeitspraktiken, die für sich genommen keine politischen Handlungen sind. Auch die von Scholz und Heinisch beklagten Fälle von Mobbing, in denen Mitschüler Mädchen bedrängen, das Kopftuch zu tragen,⁷ stellen zwar Fälle von religiöser Unduldsamkeit und Belästigung dar, deren Bekämpfung von politischer Relevanz ist. Ein Beleg für die Befürwortung eines islamischen politischen Systems sind sie hingegen nicht – auch wenn islamistische Organisationen wie die Muslimbrüder die Verbreitung islamischer Normen in der Gesellschaft über Jahrzehnte als notwendige Vorstufe zur Errichtung einer wahrhaft islamischen Herrschaft angesehen haben.⁸

Zudem lässt sich die Behauptung, dass das Tragen des Kopftuches – insbesondere unter Kindern – immer verbreiteter sei,⁹ schon allein deshalb nicht als Indiz für den Erfolg des politischen Islam anführen, weil sie statistisch nicht belegbar ist. Im Gegenteil zeigen Erhebungen, dass das Tragen des Kopftuches unter den in der Bundesrepublik geborenen muslimischen Frauen weit weniger verbreit-

4 Siehe Tibi, Bassam: Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik, 3. Aufl., München 2002, S. 88–102.

5 So etwa im „Islamischen Manifest zum globalen Klimawandel“, das die britische Islamic Foundation for Ecology and Environmental Science 2015 herausgegeben hat. Der Wert der Natur und die Notwendigkeit ihres Erhalts werden u. a. mit Koranvers 40:57 begründet: „Die Erschaffung des Himmels und der Erde ist weit größer als die Erschaffung der Menschheit, doch die meisten Menschen wissen es nicht.“ O.V.: Islamisches Manifest zum Klimawandel, 2015, URL: <http://www.ifees.org.uk/wp-content/uploads/2017/08/ICCD-German-Full.pdf> [eingesehen am 01.02.2020], S. 5.

6 Siehe Scholz/Heinisch: Alles für Allah, S. 151.

7 Siehe ebd., S. 148 f.

8 Siehe Kandil, Hazem: Inside the Brotherhood. Cambridge 2015, S. 6.

9 Siehe Alexander, Robin: „Schon kleine Kinder werden religiös aufgeladen“. Interview mit Seyran Ates, in: Die Welt, 22.11.2019, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus203747126/Seyran-Ates-zu-Kopftuch-Debatte-Kinder-werden-religioes-aufgeladen.html> [eingesehen am 29.01.2020].

tet ist als in der Generation ihrer im Ausland geborenen Mütter.¹⁰ Zu vermuten ist, dass sich hinter der These des Anwachsens des politischen Islam häufig eher ein Unbehagen ob der wachsenden Sichtbarkeit muslimischen Lebens in der Bundesrepublik zeigt, da der Bevölkerungsanteil der Muslime in den letzten Jahren durch Einwanderung und Fluchtbewegungen angewachsen ist. Wird das Phänomen des politischen Islam aber als Eintreten für ein islamisches politisches System verstanden, so gibt es einige Anzeichen dafür, dass diese Ideologie heute in einer schweren Krise steckt: Der Versuch, in islamisch geprägten Ländern einen grundlegenden Wandel auf islamischer Grundlage zu vollziehen, scheint vielerorts zum Scheitern verurteilt zu sein.

Die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft,¹¹ die Vorbild für viele Organisationen und Bewegungen des politischen Islam in aller Welt ist, wurde 2013 nach dem Militärputsch gegen den damaligen ägyptischen Präsidenten und Muslimbruder Mohammed Mursi verboten. Angesichts zahlreicher Tötungen und Verhaftungen ihrer Anhänger und des hohen Ausmaßes an Repression in Ägypten¹² ist es gegenwärtig unwahrscheinlich, dass sich die Muslimbrüder im Untergrund erholen und künftig wieder eine gewichtige politische Rolle spielen können. Die Organisation stand für eine

Spielart des politischen Islam, die islamische Vorstellungen mit Konzepten der politischen Moderne verband: Einerseits setzte sie auf die vollständige Ersetzung säkularer Gesetze durch das islamische Recht und wollte das politische System allein auf dem Koran und der Sunna, der Sammlung der ursprünglich mündlichen Quellen des Islam, gründen lassen. Gleichzeitig aber war die Muslimbruderschaft andererseits von Anfang an als moderne Großorganisation konzipiert, da der Gründer der Organisation, Hassan al-Banna, von der Notwendigkeit der Massenmobilisierung im 20. Jahrhundert überzeugt war. In ihrer hierarchischen Führungsstruktur und der demonstrativ zur Schau gestellten Militanz war sie vor allem in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens faschistischen Organisationen nicht unähnlich. In den letzten Jahrzehnten strebte zumindest der liberale Flügel der Organisation die Einführung eines freien Mehrparteiensystems an und befürwortete damit den Parteienpluralismus. Auch moderne politische Konzepte wie das des gewaltenteilenden Verfassungsstaates oder der Begriff der sozialen Gerechtigkeit wurden nicht rundherum abgelehnt, sondern von Intellektuellen im Umfeld der Bruderschaft wie Sayyid Qutb oder Tariq al-Bischri im islamischen Sinne neu interpretiert. Allerdings bildete sich zur Frage, wie Demokratie und die Konzepte des politischen Islam im Einzelnen zusammengeführt werden sollten, kein Konsens in der Organisation heraus. So blieb umstritten, ob Frauen und Nicht-Muslime ohne Beschränkungen politisch aktiv werden dürften.¹³

Jedoch waren es nicht radikale Veränderungen im Sinne des politischen Islam, die der Regierung Mursis zum Verhängnis wurden – auch wenn ihr islamischer Kurs dazu beitrug, dass sich säkular gesinnte Ägypter den Massenprotesten gegen die Regierung anschlossen. Zwar wurde eine neue Verfassung verabschiedet, welche die Rolle des Islam nochmals symbo-

10 Siehe Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Hg. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 2009, S. 193–204, URL: http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/MLD-Vollversion.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 29.01.2020]. Unklar bleibt allerdings, ob die Akzeptanz des Kopftuchs unter jüngeren Frauen und der späteren Generationen abnimmt oder ob das Kopftuch mit zunehmendem Lebensalter häufiger getragen wird.

11 Siehe Pink, Johanna: Geschichte Ägyptens. Von der Spätantike bis zur Gegenwart, München 2014, S. 198.

12 Siehe ebd., S. 257–259.

13 Siehe Pink: Geschichte Ägyptens, S. 204.

lich aufwertete;¹⁴ tatsächlich aber hatte die Scharia schon vor dem Arabischen Frühling laut Verfassung als „Hauptquelle der Gesetzgebung“ gegolten¹⁵ und das Erb- sowie Familienrecht des Landes bestimmt. Größere rechtliche Veränderungen blieben jedoch aus. Vor allem waren es die schlechte Wirtschaftslage und die Unfähigkeit der Regierung, die Situation zu verbessern, welche die Unzufriedenheit in der Bevölkerung auslösten und dafür sorgten, dass eine Mehrheit den Militärputsch unterstützte oder zumindest hinnahm.¹⁶

Doch Ägypten ist nicht das einzige islamisch geprägte Land, in dem Parteien aus dem Spektrum des politischen Islam Wahlen gewinnen konnten. Auch in Tunesien schaffte es die Nahda-Partei, der dortige Ableger der Muslimbrüder, die ersten freien Parlamentswahlen 2011 mit 37 Prozent zu gewinnen und bis 2014 den Ministerpräsidenten zu stellen. Doch war die Partei auf Koalitionspartner angewiesen und folgte gezwungenermaßen einem pragmatischen Kurs; 2014 musste sie nach einer Protestwelle das Ministerpräsidentenamt abgeben. In den Folgejahren regierte sie als kleinere Partei in Koalitionsregierungen.¹⁷ Anstatt das Land stärker am islamischen Recht auszurichten, akzeptierte die Partei sogar einen Kompromiss, der Musliminnen die Heirat mit nicht-muslimischen Männern gestattete.¹⁸ 2016

beschloss die Partei, die Trennung von Religion und Politik dauerhaft zu akzeptieren. Zwar ist unklar, inwieweit dieser Sinneswandel echter Überzeugung oder taktischen Überlegungen geschuldet ist und von einer Abwendung vom politischen Islam gesprochen werden kann. Heute erscheint es jedoch kaum vorstellbar, dass unter der Führung der Nahda (die bei den Parlamentswahlen 2019 stärkste Kraft wurde, auch wenn sie unter zwanzig Prozent blieb)¹⁹ künftig ein grundlegend anderes politisches System auf islamischer Grundlage eingeführt werden könnte.

Die Türkei wird hingegen gerne als ein Beispiel dafür angeführt, dass der politische Islam nach wie vor lebendig und erfolgreich sei. Schon seit 1970 prägte die von Necmettin Erbakan begründete Milli-Görüş-Bewegung (übersetzt etwa „Nationale Sicht“) nicht nur die türkische Politik. Mit der Gründung der ersten deutschen Milli-Görüş-Moschee 1972 in Braunschweig begann die Etablierung eines deutschlandweiten Moscheeverbandes, der bis heute nach dem von der staatlichen türkischen Religionsbehörde abhängigen Verband DITIB die meisten islamischen Gotteshäuser in Deutschland stellt. Die 1970 gegründete Millî Nizam Partisi wurde nach einem Militärputsch rasch verboten. In den darauffolgenden Jahrzehnten wechselten sich Neugründungen der Partei unter verschiedenen Namen und Parteiverbote ab. 1996 konnte Erbakan nach gewonnenen Parlamentswahlen für ein Jahr als Ministerpräsident amtierend, musste das Amt auf Druck des Militärs später jedoch wieder abgeben.²⁰ Die 2001 gegründete AKP speiste sich aus dem

14 Siehe Pink: Geschichte Ägyptens, S. 256.

15 Klevesath, Lino: Religious Freedom in Current Political Islam. The Writings of Rachid al-Ghannouchi and Abu al-'Ala Madi. Cavuldak, Ahmet et al.: Demokratie und Islam. Theoretische und empirische Studien, Wiesbaden 2014, S. 45–64, hier S. 49.

16 Siehe Pink: Geschichte Ägyptens, S. 256 f.

17 Vgl. Wolf, Anne: Political Islam in Tunisia. The History of Ennahda, London 2017, S. 133–162.

18 Siehe Demiralp, Seda: Lovers win, as love loses. Changes to interfaith marriage law in Tunisia, in: Hürriyet Daily News, 07.12.2017, URL: [https://www.hurriyetaidailynews.com/opinion/seda-demiralp/lovers-win-as-love-](https://www.hurriyetaidailynews.com/opinion/seda-demiralp/lovers-win-as-love-loses-changes-to-interfaith-marriage-law-in-tunisia-123698)

[loses-changes-to-interfaith-marriage-law-in-tunisia-123698](https://www.hurriyetaidailynews.com/opinion/seda-demiralp/lovers-win-as-love-loses-changes-to-interfaith-marriage-law-in-tunisia-123698) [eingesehen am 09.02.2020].

19 Siehe o.V.: Islamistische Ennahda vorn: in: die tageszeitung, 07.10.2019, URL: <https://taz.de/Parlamentswahl-in-Tunesien/15631438/> [eingesehen am 09.02.2020].

20 Vgl. Schiffauer, Werner: Nach dem Islamismus. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş, Frankfurt 2010, S. 67–117.

Reformflügel der Milli-Görüş-Bewegung²¹ und kann seit ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen 2002 die Türkei durchgängig regieren. In den Anfangsjahren verfolgte sie einen Reformkurs, der das Militär ziviler Kontrolle unterstellte, mehr gesellschaftlichen Pluralismus ermöglichte, die Türkei für die Globalisierung öffnete und die Wirtschaft wachsen ließ. Spätestens ab 2013, als es anlässlich der geplanten Bebauung des Istanbuler Gezi-Parkes zu landesweiten Protesten kam, schlug die AKP jedoch einen zunehmend autoritären Kurs ein,²² der sich nach einem gescheiterten Putschversuch 2016 noch verstärkte. Bereits 2015 scheiterte der Friedensprozess mit der kurdischen PKK, woraufhin es im Südosten des Landes zu einem jahrelangen Militäreinsatz kam, der tausende Menschen das Leben kostete. 2017 wurde nach einem Referendum die Verfassung geändert, um ein Präsidialsystem einzuführen, das dem Inhaber des Präsidentenamtes weitreichende Kompetenzen einräumt. Zudem kam es zur Verhaftung zahlreicher Journalisten wie auch von Politikern, darunter des ehemaligen Vorsitzenden der oppositionellen HDP, Selahattin Demirtaş. Möglich wurde dies durch eine immer stärkere Durchbrechung der Gewaltenteilung durch die Ernennung AKP-loyaler Richter.²³

Angesichts dieser Bilanz spricht auf den ersten Blick einiges dafür, die Türkei als Beispiel dafür zu sehen, dass der politische Islam die

ideologische Blaupause liefern kann, um eine Demokratie durch eine autoritäre islamische Herrschaftsform zu ersetzen. Außer Zweifel steht, dass in der Türkei Versatzstücke islamischer und nationalistischer Motive kombiniert werden, um eine autoritäre Herrschaft zu legitimieren und demokratische Errungenschaften abzuschaffen. Doch ist die AKP mittlerweile ideologisch völlig entleert.²⁴ Während Erbakan einst die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung des Osmanischen Reiches als Alternative zu Kapitalismus und westlicher Demokratie anstrebte,²⁵ wird unter Erdoğan in der Türkei keine konkrete Vision mehr verfolgt, sondern ein Personenkult um den Präsidenten gepflegt. Maßnahmen wie die Abschaffung des säkularen Zivilrechts und die Einführung der Polygynie, das Verbot von zinsbasierten Bankgeschäften mit Verweis auf das koranische Verbot des Wuchers (Koran 2:275), die Einführung einer Kopftuchpflicht für Frauen in der Öffentlichkeit oder ein gesetzliches Alkoholverbot – also Gesetzesänderungen, die als konkrete Schritte zur Einführung eines islamischen Systems gelten könnten – sind in der heutigen Türkei nur schwer vorstellbar. Zwar mögen Präsident Erdoğan und die Führungsriege den Säkularismus ablehnen, doch ist davon auszugehen, dass sie schon allein aus ökonomischem Kalkül vor Maßnahmen zurückschrecken würden, welche die Tourismusindustrie des Landes dauerhaft beschädigen oder die Regierung vom internationalen Kapitalmarkt abschneiden würden. Nur so kann die AKP den Zuspruch der mittelständischen Wähler erhalten und die wirtschaftlichen Interessen der Führungsriege wahren.

21 Vgl. Dağı, İhsan D.: The Justice and Development Party. Identity Politics and Human Rights Discourse in the Search for Security and Legitimacy, in: Yavuz, M. Hakan (Hg.): The emergence of a new Turkey. Democracy and the AK Parti, Salt Lake City 2006, S. 88–106, hier S. 88 f.

22 Vgl. Tuğal, Cihan: The fall of the Turkish model. How the Arab uprisings brought down Islamic liberalism, London 2016, S. 4–21.

23 Siehe Freedom in the World 2019: Turkey. Hg. von Freedom House, URL: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/turkey> [eingesehen am 09.02.2020].

24 Vgl. hierzu die Keynote von Guido Steinberg „Glocal Islamism – Vom Reform-Islam zum internationalen Dschihadismus“ auf der bpb-Fachtagung „Glocal Islamism 2019 – Phänomene, Interdependenzen, Prävention“, 15.10.2019, URL: <https://www.bpb.de/mediathek/301814/dr-guido-steinberg-glocal-islamism-vom-reform-islam-zum-internationalen-dschihadismus> [eingesehen am 09.02.2020].

25 Vgl. Schiffauer: Nach dem Islamismus, S. 69–96.

Die Strömung des politischen Islam ist somit heute weit davon entfernt, ein kohärentes politisches System auf Grundlage des Islams zu formulieren, geschweige denn umzusetzen. Wurden die ägyptischen Muslimbrüder gewaltsam von der Macht vertrieben, verlor die tunesische Nahda angesichts der in Koalitionsregierungen notwendigen Kompromisse ihr Profil, während die türkische AKP an der Macht im Angesicht zivilgesellschaftlichen Protests eine Wende zum offenen Autoritarismus bei gleichzeitiger ideologischer Entleerung vollzog. Was aber bedeuten diese Entwicklungen für die Betrachtung und Erforschung des politischen Islam in Deutschland?

Die Zugehörigkeit der großen islamischen Verbände in Deutschland zum politischen Islam wird häufig diskutiert. So entspinnt sich insbesondere um die Bewertung des Milli-Görüş-Verbandes bis heute eine Kontroverse: Während etwa der Ethnologe Werner Schiffauer die Vereinigung dem „Postislamismus“ zurechnet, da er sich gegenwärtig als rein religiöse, nicht-politische und primär auf Deutschland ausgerichtete Gemeinschaft verstehe,²⁶ verweist etwa der Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger darauf, dass nach wie vor keine tiefergehende, kritische Auseinandersetzung mit den antidemokratischen und antisemitischen Inhalten des Gründervaters Erbakan stattgefunden habe und Anhänger der AKP in den Strukturen bei Milli Görüş aktiv seien, auch wenn es keine institutionellen Verbindungen gebe.²⁷

Auch der „Zentralrat der Muslime“ wird gelegentlich mit dem politischen Islam in Verbindung gebracht, da die dem Netzwerk der Muslimbrüder zugerechnete Deutsche Muslimische Gemeinschaft Mitglied im Dachverband ist, freilich im Dezember 2019 angesichts der öffentlichen Kritik vonseiten des Zentralrats bis auf Weiteres suspendiert wurde.²⁸ Gelegentlich wird auch der amtierende Vorsitzende des Zentralrats, Aiman Mazyek, dem syrischen Zweig der Muslimbrüder zugerechnet.²⁹

Tatsächlich stellt sich die Frage, wie sinnvoll es für die sozialwissenschaftliche Forschung heute sein kann, sich in Bezug auf das Spektrum des Islam in Deutschland um eine Trennung zwischen dem politischen Islam und einem normalen, vermeintlich unpolitischen Islam zu bemühen. Denn einerseits ist heute das einstige Ziel des politischen Islam – die Errichtung eines kohärenten politischen Systems auf Grundlage islamischer Quellen – in derart weite Ferne gerückt, dass unklar ist, ob diese ideologische Strömung diese Krise auf Dauer überleben kann. Es ist davon auszugehen, dass das Scheitern der Vision des politischen Islam selbst in mehrheitlich muslimischen Staaten mit frommer Bevölkerung die Idee, in der Bundesrepublik ein islamisches politisches System zu installieren, noch absurder erscheinen lässt, als es die demografische Schwäche der Muslime in Deutschland ohnehin macht. Andererseits aber sind die großen sunnitischen Verbände in Deutschland (und anderswo in Europa) so eng mit Akteuren verwoben, die bisher dem politischen Islam zugerechnet worden sind, dass eine Trennung von poli-

26 Siehe Schiffauer: *Nach dem Islamismus*, S. 11–19.

27 Dr. Thomas Schmidinger über die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG). Interview anlässlich der bpb-Fachtagung „Glocal Islamism 2019“. URL: <https://www.bpb.de/mediathek/301975/dr-thomas-schmidinger-ueber-die-islamische-gemeinschaft-milli-goerue-igmg> [eingesehen am 09.02.2020]. Die Milli Görüş steht weiterhin in Verbindung mit der 2001 von Erbakan gegründeten Saadet Partisi, die in der Türkei allerdings bloß marginalen politischen Einfluss ausübt.

28 Siehe Pressemitteilung zur Vertreterversammlung am 01.12.2019, 03.12.2019, URL: <http://www.zentralrat.de/31822.php> [eingesehen am 08.02.2020].

29 Siehe Steinberg, Guido: *Germany and the Muslim Brotherhood*, Foreign Policy Research Institute, 2013, URL: https://www.fpri.org/docs/chapters/201303.west_and_the_muslim_brotherhood_after_the_arab_spring.chapter5.pdf, S. 89 [eingesehen am 08.02.2020].

tischem und unpolitischem Islam künstlich erscheint. Und die Vorstellung, dass staatliches Recht zumindest in mehrheitlich islamischen Gesellschaften wenigstens in Teilen auf islamischem Recht aufbauen sollte, ist unter vielen Muslimen – auch jenseits des Spektrums des politischen Islam – weitverbreitet, während die Anhänger einer vollständigen Säkularisierung in den meisten islamisch geprägten Ländern bisher in der Minderheit sind.

Sozialwissenschaftler, die islamische Akteure auf ihre Kompatibilität mit liberal-demokratischen Ordnungsvorstellungen hin untersuchen wollen, sind also gut beraten, deren Positionierung zu konkreten Themen – Säkularität, Gleichberechtigung der Geschlechter sowie den Beziehungen zu Nicht-Muslimen – zu untersuchen, anstatt sich vergeblich um eine Grenzziehung zwischen „politischem“ und „normalem“ Islam zu bemühen.



Lino Klevesath, M.A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Literaturhinweis

Scharia als Weg zur Gerechtigkeit?

Eine Analyse der Rezeption eines salafistischen Online-Videos durch junge Muslim*innen

*Lino Klevesath / Annemieke Munderloh /
Joris Sprengeler / Kathinka Schlieker /
Florian Grahmann*

In der öffentlichen Debatte wird Online-Videos aus dem Spektrum des radikalen Islam eine große Wirkung zugeschrieben: Sie könnten maßgeblich dazu beitragen, junge Menschen muslimischen Glaubens für radikale Lesarten des Islam zu gewinnen. Die Studie untersucht die Rezeption des Videos „Was ist Scharia?“ von Marcel Krass durch junge Muslim*innen und geht dabei der Frage nach, wie sich das jeweilige Islamverständnis der Rezipient*innen auf die Bewertung und Einschätzung des Videos auswirkt.



FoDEX-Studie, Nr. 3 (2019)
[https://www.fodex-online.de/
publikationen/studie-scharia-
als-weg-zur-gerechtigkeit/](https://www.fodex-online.de/publikationen/studie-scharia-als-weg-zur-gerechtigkeit/)



Extreme Rechte und ihr Umfeld

„Reden über Rechtsradikalismus“ in historischer Perspektive

Eine Rezension

Katharina Trittel

Am 23. Januar 2020 wird die militante neo-nazistische Gruppe „Combat 18“ verboten. Am selben Tag gesteht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz ein, er könne nicht sagen, die Deutschen hätten „für immer“ aus ihrer Geschichte gelernt, wenn „Hass und Hetze sich ausbreiten“.¹ Es zeigt sich: Das „Reden über

Rechtsradikalismus“ – so der Buchtitel der im Folgenden diskutierten Dissertation von Clemens Gussone – ist aktuell. Obwohl Rechtsradikalismus in der Geschichte der Bundesrepublik wellenartig in Erscheinung trat und im öffentlichen Diskurs thematisiert wurde, somit also stets Bestandteil der deutschen Demokratieentwicklung war, habe gleichsam, so Gussones Ausgangsannahme, die Angst vor dem Scheitern der Demokratie ebenso wie die Sorge vor dem Rechtsradikalismus, zumindest in der Frühphase der jungen Bundesrepublik, eine große Rolle gespielt, bis sich herausgestellt

1 Rede von Frank-Walter Steinmeier am 23. Januar 2020 im World Holocaust Forum in der Gedenkstätte Yad Vashem, URL: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/01/200123-Israel-Yad-Vashem.html;j->

[sessionid=OCIE3D877B70868C918904184A00A3841_cid378](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/01/200123-Israel-Yad-Vashem.html;j-sessionid=OCIE3D877B70868C918904184A00A3841_cid378) [eingesehen am 29.01.2020].

habe, dass aus Bonn eben doch nicht Weimar geworden sei (vgl. S. 7 und S. 8).²

Der gern bemühte Vergleich mit Weimar evoziert nicht nur die Forderung, aus der Geschichte zu lernen, sondern wird oftmals ebenfalls mit dem Konzept der „wehrhaften Demokratie“ verknüpft. Gussone widmet sich diesem, indem er den Umgang nicht-staatlicher Akteure (d.h. ausgewählter Publikationsorgane) mit dem Rechtsradikalismus zu verschiedenen Zeiten der Bundesrepublik untersucht. Als Schärfung seiner Perspektive dient ihm der Fokus auf das dem Thema inhärente Spannungsfeld – das „demokratische Dilemma“ – zwischen Sicherheit und Freiheit, die in einem ambivalenten Verhältnis zueinander stünden. Das Dilemma begründe sich darin, dass die maximale Freiheit des Individuums nicht gleichzeitig mit der größtmöglichen Sicherheit für alle existieren könne. Welche Rolle Repression zum Erhalt von Freiheit und als Bestandteil staatlicher Macht spiele, sei immer wieder Gegenstand eines Aushandlungsprozesses und abhängig von der jeweils herrschenden politischen Kultur. Da sich Gussone das Ziel setzt, zu verstehen, wie das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit im Umgang mit Rechtsradikalismus zu unterschiedlichen Zeiten von nicht-staatlichen Akteuren wahrgenommen und ob es überhaupt als Problem verhandelt wurde (vgl. S. 16), ist für seine Analyse der Deutungsrahmen der jeweils dominierenden Sicherheitskultur entscheidend.

Die auch bei Gussone zumindest unterschwellig vorhandene Einschätzung, die Geschichte der Bundesrepublik werde nach wie vor hauptsächlich als Erfolgsgeschichte erzählt, gilt mittlerweile in der Geschichtswissenschaft als

überholt. Der jüngst verstorbene Zeithistoriker Axel Schildt hat bereits 1999 „Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen“ erörtert: Dazu zählt selbstverständlich auch die lange dominierende Perspektive der Erfolgsgeschichte, allerdings gleichfalls die einer Misserfolgs- und Belastungsgeschichte, welche die Frage ins Zentrum stellt, „wie angesichts der bedrückenden materiellen und moralischen Belastungen überhaupt ein zivilisiertes demokratisches Gemeinwesen entstehen konnte“³. Eine Teilantwort hierauf liegt im „Opportunismus“ der Bürger, ebenso wie in der Feststellung, dass die Bundesrepublik in ihrer Gründungsphase „mit nur wenigen aktiven Demokraten ausgestattet“ war, deren Prioritäten klar gesetzt waren: „Der Wert von Sicherheit rangierte weit vor dem der Freiheit und der Demokratie.“⁴

Dem Sicherheitsempfinden der Deutschen widmet sich auch der Historiker Frank Biess. Er konstatiert in seiner Geschichte der „Republik der Angst“⁵, dass die Gewalterfahrung–



Abb. 1: Clemens Gussone: Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951–1989) © Vandenhoeck & Ruprecht

2 Da sich der vorliegende Text im Wesentlichen auf das Buch von Clemens Gussone: Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951–1989), Göttingen 2020, bezieht, sind die jeweiligen Seitenangaben direkt im Text vermerkt.

3 Schildt, Axel: Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Bajohr, Frank et al. (Hg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik. Festschrift für Axel Schildt, Göttingen 2016, S. 15–29, hier S. 21. [Erstabdruck 1999].

4 Ebd., S. 23.

5 Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek 2019. Der Sicherheitsperspektive widmete sich auch jüngst Conze, Eckart: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven, Göttingen 2018;

gen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Zukunftsvorstellungen in dessen zweiter Hälfte maßgeblich geprägt hätten:

„Die darin enthaltenen Ängste gründeten sich auf ein geschärftes Bewusstsein für die Fragilität moderner demokratischer Gesellschaften. In Zeiten einer weltweiten Krise westlicher Demokratien ist uns diese Unsicherheit nach 1945 historisch wieder etwas näher gerückt. Die historischen Erfahrungen, die diese Ängste hervorriefen, wie der Untergang von Weimar oder die Erfahrung des Nationalsozialismus, waren den Westdeutschen nach 1945 zeitlich und emotional so nahe, wie es die Terrorattacken des 11. September unserem gegenwärtigen Zukunftsbe-
wusstsein sind.“⁶

Die durchaus recht früh erlangte bundesrepublikanische Stabilität sei – so die These von Biess – jedoch immer prekär geblieben: „Das Versprechen von ‚Sicherheit‘ reichte nie ganz aus, die anhaltenden Ängste zu entkräften. Vielmehr durchdrang die Furcht vor einem potenziellen Scheitern den Prozess der Demokratisierung bis in die 1980er Jahre.“⁷

Gussones Beobachtung, dass man sich in der Geschichte der Bundesrepublik wechselseitig auf Sicherheit und Freiheit fokussiert habe (S. 16), ist vermutlich ebenso richtig wie Biess' These, dass sich die politische Funktion der Angst deutlich verändert habe: „Eine regierungsoffizielle Politik der Angst in den fünfziger Jahren, die sich vor allem auf den Antikommunismus gründete, wurde stetig konterkariert von offiziellen Bemühungen, öffentliche Ängste einzudämmen, um das Sicherheitsversprechen des Staates nicht zu gefährden.“⁸ Hinzu kam die Erfahrung des

Scheiterns der Weimarer Republik, das ebenso prägend für den Umgang mit Rechtsradikalismus gewesen sei (S. 17), wie Gussone unterstreicht.

Lehren aus Weimar?

Das Schlagwort der „wehrhaften Demokratie“ fällt auch bei Gussone früh. Die Konsequenz aus Weimar sei gewesen, dass der Staat gegen seine Feinde gesichert werden musste, die Konsequenz aus dem Aufstieg des Nationalsozialismus, freiheitliche Regelungen zum Schutz der Menschenrechte im Grundgesetz zu verankern (S. 18). Die wehrhafte Demokratie sei als Produkt des fehlenden Vertrauens in den Demokratisierungsprozess der politischen Kultur der Bundesrepublik zu verstehen, sie fungiere als „Versicherung der Freiheit“ (S. 20). Es fällt auf, dass Gussone das Konzept in seiner Analyse im Wesentlichen auf die Frage nach staatlichen Sanktions- und Verbotsmöglichkeiten verkürzt, also explizit auf Partei- und Vereinsverbote. Zwar weist er darauf hin, dass heute z.T. auch zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung als Bestandteile der wehrhaften Demokratie interpretiert würden; trotzdem fokussiert er sich auf nicht-staatliche Akteure, die gerade nicht die gesetzlich fixierten Instrumente der wehrhaften Demokratie gegen Rechtsradikalismus umsetzen könnten (S. 26). Vielmehr nähmen sie Einfluss auf das Meinungsklima und beteiligten sich am Framing der Debatte, verfolgten aber gleichfalls eine eigene politische Agenda, betrieben somit Agendasetting.

Bevor Gussones Analyse an dem von ihm untersuchten konkreten Beispiel des Verbots der besonders in Niedersachsen erfolgreichen Sozialistischen Reichspartei (SRP) im Jahr 1951 überprüft werden soll, gilt es jedoch, einen Schritt zurückzutreten und die wehrhafte Demokratie als Konzept mit Wurzeln in der Geschichte zu reflektieren. In der vierten Ausgabe des vorliegenden Werkstattberichtes hat Stine Marg die Konstituierungsphase der jungen Bundesrepublik als „historischen Ort“ und damit

ebenso wie Ders.: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zur Gegenwart, München 2009.

6 Biess, S. 20.

7 Ebd., S. 24.

8 Ebd., S. 38.

als Bezugspunkt für das Konzept der wehrhaften Demokratie beschrieben.⁹ Sie verweist nicht nur auf die Dissertation von Sebastian Ullrich und dessen Beobachtung, dass die Vergleiche mit Weimar stets auch abgesteckt hätten, was „politisch denkbar und machbar“¹⁰ sei, sondern schildert auch detailliert die Diskussionen im Parlamentarischen Rat, aus denen das Grundgesetz resultierte, und gibt damit Einblick in die Genese und Implikationen des Konzeptes der wehrhaften Demokratie.

Dort war man sich im Kampf gegen die „Feinde der Freiheit“ einig, dass es galt, eine „stabile und unveränderliche Form“ des Grundgesetzes zu finden, welche „die Menschen- und Bürgerrechte schützt“.¹¹ Man müsse, so Carlo Schmid am 8. September 1948, „auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie missbrauchen wollen, um sie aufzuheben“.¹² Deshalb einigte man sich auf die Ewigkeitsklausel als Bestandsgarantie für die Unantastbarkeit der Demokratie, die sich allerdings nicht nur gegen vermeintliche äußere Verfassungsfeinde richtet, sondern auch gegen das Parlament selbst – in der historischen Konsequenz wurde also „verstärkt auf einen Schutz der Demokratie durch die Institutionen hingearbeitet“¹³.

Nicht-staatliche Akteure zwischen Sicherheit und Freiheit

Dieser Aspekt spielt freilich für Gussones Zugriff keine Rolle. Ihn interessiert vielmehr die daueraktuelle Frage, wo von den nicht-staatlichen Akteuren innerhalb des demokratischen Dilemmas – also dem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit im Umgang mit Rechtsradikalismus – jeweils die Grenze gezogen wird. Den Blick also speziell auf solche Akteure zu richten und diese mittels des analytischen Rasters Sicherheit und Freiheit zu verorten, erscheint vielversprechend. Denn Gussones Studie will nicht nur Reaktionen auf Rechtsradikalismus einfangen, sondern im Sinne einer Diskursgeschichte auch den Umgang mit ihm, indem sie den sich daran entzündeten Deutungskampf abbilde (vgl. S. 29).

Gussone hat als nicht-staatliche Akteurinnen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, die *Frankfurter Rundschau (FR)* und *Die Zeit* ausgewählt sowie die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, nicht genauer eingegrenzte gewerkschaftliche Publikationen, eine Zeitschrift der Vertriebenenverbände, *Deutscher Ostdienst*, und *Der Arbeitgeber* als Organ der Arbeitgeberverbände. Diese Auswahl soll ihm ermöglichen, eine breit gefächerte Meinungsvielfalt abzubilden, einen Querschnitt durch die politische Landschaft zu zeichnen und einzelne Debatten (wie bspw. das Verbot der SRP, den Auf- und Abstieg der NPD, rechten Terror in den 1980er Jahren u.a.) in diachroner Perspektive zu untersuchen. So sollen nicht nur die Positionen und Forderungen, die Reaktionen und Umgangsformen der einzelnen Akteure beschrieben, sondern auch Veränderungen im Zeitverlauf von 1951 bis 1989 nachgezeichnet werden, um die „gefühlte Stabilität“ (S. 41) der Demokratie und die jeweils vorherrschende politische Kultur zu eruieren.¹⁴

9 Marg, Stine: Die „wehrhafte Demokratie“ als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes, in: Demokratie-Dialog, H. 4 (2019), S. 12–21.

10 Ullrich, Sebastian: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009, S. 19.

11 Marg, S. 16.

12 Zit. nach ebd.

13 Marg, S. 18.

14 Dieser Anspruch schürte zusätzlich die Neugier auf Gussones Ergebnisse, da die Arbeitsgruppe „Rechtsradikalismus“ in FoDEX unlängst eben-

Problematisch an Gussones Arbeit erscheint jedoch sowohl die nicht vollständig plausible Begründung der Auswahl seiner Zeitschnitte als auch der jeweils bearbeitete Untersuchungszeitraum (der je nach Publikationsorgan variiert). Da vor allem Tageszeitungen aufgrund des Zeitaufwandes lediglich pro Fallbeispiel für vier Wochen vollständig gesichtet, bei Monatsheften aber zwölf Ausgaben berücksichtigt wurden, entsteht eine Schiefelage im Material. Die Publikationsorgane wurden ebenso wie die Geschehnisse, so Gussone freimütig, so ausgewählt, dass kriteriengeleitet an unterschiedlichen Akteursformen und diskursiven Ereignissen eine kontinuierliche Entwicklung aufgezeigt werden könne. Der Autor gibt zu, dass die Ereignisse „nur ein Vorwand für einen ‚Zoom‘ in die Debatte“ (S. 43, Anm. 144) seien. In diesem Vorgehen offenbart sich jedoch eine Krux: Die Auswahl scheint das von vorneherein feststehende Ergebnis, die Kontinuität im Umgang mit Rechtsradikalismus im Zeitverlauf, bereits vorzugeben. Dieser Eindruck erhärtet sich, da Gussone seiner Analyse Thesen voranstellt, die er dann im Gang seiner Untersuchung eigentlich auch genauso bestätigt sieht. Dies suggeriert nicht nur eine (per se in Zweifel zu ziehende) Zwangsläufigkeit, sondern schmälert auch die Neugierde auf die Lektüre, die – so viel sei vorweggenommen – letztlich auch wenig Überraschendes zutage fördert.

Gussone geht davon aus, dass die Betonung von Sicherheit im Umgang mit Rechtsradikalismus stets oberste Handlungsprämisse gewesen sei. Die Angst vor dem Scheitern der Demokratie habe die Perspektive der untersuchten Akteure geprägt. Die unter dem Begriff „German Angst“ firmierende Befindlichkeit der Deutschen wird als Ursache ihres besonderen

Sicherheitsbedürfnisses ausgemacht, sodass auch 1989 die Akteure noch davon ausgegangen seien, dass mehr Sicherheit auch mehr Freiheit bedeute (vgl. S. 45). Entsprechend verfolgten sie das Ziel einer Marginalisierung des Rechtsradikalismus mit sicherheitspolitischen Maßnahmen. Basierend auf dieser Ausgangsannahme möchte Gussone nachweisen, dass die untersuchten Publikationsorgane eine Kontinuität ihrer Positionen hinsichtlich des Umgangs mit Rechtsradikalismus im Zeitverlauf gewahrt hätten – ein Befund, der in seiner scheinbaren Passgenauigkeit, Bruchlosigkeit und Eindeutigkeit Zweifel weckt. Denn auch wenn die Annahme, einer Veränderung der politischen Kultur folge höchstens ein partieller Einstellungswandel, zutreffen mag, scheint Gussones Diagnose doch zu glatt und friktionslos, als dass sie den historischen Gegebenheiten tatsächlich entsprechen könnte.

Der Umgang mit Rechtsradikalismus am Beispiel der SRP

Im Fallbeispiel der Sozialistischen Reichspartei (SRP), das nun exemplarisch herausgegriffen werden soll, liegt der Fokus auf Niedersachsen, das als „Stammland des Nachkriegsrechtsradikalismus“ (Helga Grebing) galt und wo die SRP bei der Landtagswahl 1951 mit rund elf Prozent einen immensen Erfolg für sich verbuchen konnte – ein Ergebnis, das sicherlich auch dazu beitrug, dass letztlich das erste Parteienverbot in der jungen bundesrepublikanischen Geschichte realisiert wurde.

Gussones Analyse, wie die jeweiligen nicht-staatlichen Akteure mit dem Rechtsradikalismus in Form der SRP umgingen, verweist auf ähnliche Strategien, wie sie auch in Bezug auf die heutige politische Kultur in Niedersachsen beobachtet werden konnten.¹⁵ Die Lektüre wird leider dadurch erschwert, dass

falls Rechtsradikalismus und Umgangsformen mit ihm als Bestandteil der niedersächsischen politischen Kultur untersucht hat; vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.

15 Vgl. dazu ebd.

die einzelnen Strategien wenig systematisch herausgearbeitet und dementsprechend auch nicht immer nachvollziehbar präsentiert werden. Insgesamt, so kann subsumiert werden, zeige die Diskussion um die Wahlerfolge der SRP 1951 die Spannung zwischen Dramatisierung und Bagatellisierung, „welche die Debatte über den Rechtsradikalismus bis heute stets begleitet“ (S. 61).

Die Gewerkschaftspresse habe etwa den Erfolg der SRP zwar thematisiert, sich jedoch nicht an einer Dramatisierung beteiligen wollen, um der Partei nicht in die Karten zu spielen. Ähnlich habe die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* an einer Relativierung mitgewirkt, indem sie betonte, Niedersachsen sei ein besonderer regionaler Fall und stehe nicht für Gesamtdeutschland (S. 57). Der *Frankfurter Rundschau* unterstellt Gussone ein bewusstes Interesse an einer Verharmlosung und zieht das Fazit, dass alle untersuchten Publikationen den SRP-Erfolg zwar mit Sorge betrachtet, ihn aber nicht als große Gefahr für die Stabilität der bundesrepublikanischen Demokratie bewertet hätten, deren Normalisierung sie eine größere Bedeutung beimaßen (S. 65). Die Entdramatisierung sollte die Außenwirkung der BRD stärken.

Die Frage nach den Ursachen des Rechtsradikalismus habe indes für die nicht-staatlichen Akteure stets bloß eine untergeordnete Rolle gespielt. Er sei zu Beginn der 1950er Jahre fast selbstverständlich als „Folge der NS-Jahre“ (S. 98) betrachtet worden, nur vereinzelt hätten die Zeitungen – naheliegenderweise vor allem diejenigen der Gewerkschaften – auch auf wirtschaftliche und soziale Not als Problemfelder hingewiesen. Vielmehr benannten sie außenpolitische Erfolge und eine schnelle bundesdeutsche Souveränität als die wirksamsten Mittel gegen den Rechtsradikalismus. Zwar seien „Aufklärung und Hintergrundwissen“ (S. 101) im Zuge der Vergangenheitspolitik wichtig, um dem Rechtsradikalismus entgegenzuwirken, doch geriet aufgrund des geteilten Konsenses des Antitotalitarismus, den auch die

Gewerkschaften vertreten hätten, der „zunächst postulierte Zusammenhang von Kapitalismus und Rechtsradikalismus“ (S. 101) immer stärker aus dem Blick.¹⁶ Auch konnten diejenigen, die im Zuge der Entnazifizierung als „Mitläufer“ klassifiziert worden waren, mit der Milde der nicht-staatlichen Akteure rechnen, insbesondere, wenn sie sich zur Demokratie bekannten. Selbst die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* habe überwiegend „auf die sehr positive Entwicklung der Bundesrepublik hin zu Demokratie und Liberalität“ verwiesen (S. 102). Ebenso wie die anderen Akteure habe sie „früh eine Schutzposition gegenüber der Bundesrepublik und der westdeutschen Gesellschaft“ eingenommen, indem sie auf eine „explizite Problematisierungs- und Skandalisierungspublizistik bezüglich der SRP“ verzichtet und sich an der „Gesundschreibung der Bundesrepublik“ (S. 103) beteiligt habe.

Gleichfalls typisch erscheinen die Mechanismen, den Erfolg der SRP entweder als Spätfolge der NS-Zeit abzutun oder die Alliierten in die Pflicht zu nehmen, da diese für die sozio-ökonomische Situation und für die Entnazifizierung verantwortlich seien. So habe *Die Zeit* in den SRP-Wählern vor allem Protestwähler gegen die aktuelle Politik der Regierung und der Alliierten gesehen (vgl. S. 105). Zudem habe laut Gussone – und dieser Umstand kann sicherlich nicht genug betont werden – der Kalte Krieg dazu geführt, dass sich die Mehrheit der Bürger dem bereits internalisierten Muster des Antibolschewismus zugewendet habe. So erscheint es auch folgerichtig, dass

16 Die Verknüpfung der Debatte um den Rechtsradikalismus-Begriff mit jener um den Linksextremismus-Begriff hat Gussone weitgehend ausgeklammert, obwohl der Extremismusbegriff – wie im Antitotalitarismuskonsens deutlich wird – in der Diskussion präsent gewesen sei. Da aber genau dieser fast reflexhafte Verweis nicht nur ein Merkmal der heutigen Debatte ist, sondern vielmehr ein historisch erprobtes Muster, hätte man sich gewünscht, dass es auch in die Analyse einbezogen worden wäre.

der Rechtsradikalismus den Zeitungen oftmals nur als Argument diente, sich stärker um die Belange der Vertriebenen zu kümmern, also einen funktionalen Umgang zu finden.

Eine weitere von Gussone herausgearbeitete Konstante, die sich durch die Diskussion um Rechtsradikalismus ziehe, ist die Debatte um den „Graubereich“, der in den 1950er Jahren vor allem bezüglich der Deutschen Partei (DP) und der FDP geführt wurde, da diese „offiziell Teil des bürgerlichen Lagers“ (S. 75) und auch Koalitionspartnerinnen auf Bundes- und Landesebene waren. Diese Beobachtung trifft sicherlich zu, wobei man diskutieren kann, ob die FDP – zumindest bis zur sogenannten Naumann-Affäre – nicht doch als rechtsradikale Partei zu klassifizieren wäre.¹⁷ Auch hier wird die Frage der Abgrenzung virulent: Die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* monierte grundsätzlich eine fehlende eindeutige Abgrenzung zum Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus, in der sie „das eigentliche Problem der jungen Bundesrepublik“ (S. 76) sah.

Diese Haltung teilten auch die Gewerkschaften: Für sie galt es, nicht nur den offensichtlichen Rechtsradikalismus auszugrenzen, sondern auch den „mehr oder weniger akzeptierten – und dadurch vermeintlich viel gefährlicheren – Rechts-Konservatismus“ (S. 76), in welchem die weitaus größere Gefahr liege. Das erklärt sich Gussone dadurch, dass gerade weil sich die DP mit der SPD in Feindschaft befand, die DP von den Gewerkschaften, die sich selbst als Säule der Demokratie verstanden, von den Konservativen aber nicht als solche gesehen wurden, stark kritisiert worden sei, da man sich sorgte, dass SRPLer nach dem Verbot in die DP strömen würden. Die Gewerkschaftspresse kritisierte die fehlende „Lernbereit-

schaft“ (S. 79) der Deutschen, da der verbindende Antikommunismus einen Brückenkopf ins konservative Spektrum schlage, von dem auch ein „Wiedererstarken des Antisemitismus“ ausgehen könne. Auch die *Frankfurter Rundschau* maß der Niederlage der bürgerlich-konservativen Parteien bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 entsprechend „eine wesentlich zentralere Bedeutung“ zu als „dem klassischen Rechtsradikalismus“ (S. 80); sie befürchtete ein „Abschmelzen der Mitte“ (S. 81), was der politischen Kultur weit mehr schaden würde als weitgehend isolierte rechtsradikale Kleinparteien.

Das anschließende Verbot der SRP sei – so die Haltung der untersuchten Akteure – aufgrund seiner „Symbolwirkung und Grenzmarkierung“ (S. 107) die richtige Entscheidung gewesen. Entsprechend wurde die restriktive Sicherheitspolitik nicht infrage gestellt, obwohl diese theoretisch die Freiheit beschränkte. Der durch die Angst vor dem Kommunismus genährte Antitotalitarismus habe zudem gezeigt, dass der Umgang mit der SRP sich nicht ausschließlich gegen ein rechtsradikales Phänomen gerichtet habe, sondern vor dem Hintergrund der Sorge um die Außenwirkung der Bundesrepublik zu beurteilen sei. Daher rührten auch die Bemühungen, durch Relativierung des rechtsradikalen Potenzials die deutsche Bevölkerung als lernbereit und demokratisch darzustellen.

Die „wehrhafte Demokratie“ und das demokratische Dilemma

In den Passagen, die sich explizit der wehrhaften Demokratie bzw. dem demokratischen Dilemma widmen, wird die Forschungsfrage nun über die Begriffe „Freiheit“ und „Sicherheit“ operationalisiert. Allerdings offenbart sich hier das Problem, dass Gussone diese wesentlichen Begriffe seiner Arbeit zunächst, erstens, kaum systematisch als analytische Kategorien nutzbar macht und, zweitens, im

17 Zur Naumann-Affäre vgl. Trittel, Günter J.: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013.

Fazit anmerkt, dass die Konzeptionen, welche die von ihm untersuchten Akteure von Freiheit und Sicherheit hätten, ihm selbst nicht deutlich geworden seien, da das ausgewählte Material darüber keine umfängliche Auskunft gebe. Denn „was genau die Akteure unter Freiheit und Sicherheit verstanden, kann mangels aufgefundener Aussagen in Zusammenhang mit dem Rechtsradikalismus nicht präzise beantwortet werden“ (S. 447). Diese Unsicherheit schmälert den analytischen Gehalt der Begriffe; und auch der Befund, dass das Konzept der wehrhaften Demokratie insbesondere in der SRP-Verbotsdebatte eine zentrale Rolle gespielt habe, ist nicht neu, denn: „War die Frage, wer als rechtsradikal zu gelten habe, durchaus umstritten, galt dies nicht für die grundsätzliche Bewertung der ‚wehrhaften Demokratie‘.“ (S. 82). Allerdings erweitert Gussones Analyse der nicht-staatlichen Akteure die Debatte um eine Facette.

Die Gewerkschaften vertraten den Standpunkt, wer die „Intoleranten toleriere“ (S. 80) verspiele seine eigene Freiheit; die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* begrüßte das SRP-Verbot, weil sich die Demokratie „nie-mals durch das Gewähren zu weiter Freiheiten selbst gefährden dürfe“. Demokratisierung sei in ihren Augen nur möglich, wenn „diese restriktiv und durch klar definierte Tabugrenzen überwacht“ (S. 83) werde. In der insgesamt sicherheitsorientierten Berichterstattung habe die Zeitung betont, „Sicherheitspolitik [sei] automatisch auch Freiheitspolitik in Form von Minderheitenschutz“ (S. 84).

Ähnlich lässt sich die Haltung der Gewerkschaftspresse fassen, für die ein toleranter Umgang mit Rechtsradikalismus vor dem Hintergrund ihrer eigenen (unsicheren) Position in der jungen Republik keine Option gewesen sei, weswegen ihre Berichte über das SRP-Verbot fast euphorisch ausgefallen seien. Auch hier arbeitet Gussone einen deutlichen Fokus auf den Aspekt Sicherheit heraus: „Sicherheitspolitik hatte für die Gewerkschaften insofern die Aufgabe, die demokratische Freiheit der Gesell-

schaft zu sichern“ (S. 87). Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus Weimar sei „Repression nicht nur legitim, sondern auch geboten“ (S. 87).

Differenzierter habe die *Frankfurter Rundschau* die SRP beurteilt und deren Bedeutung relativiert; dennoch sei sie von einer „steigenden Bedrohung“ ausgegangen, „da sich der Rechtsradikalismus immer deutlicher in der Öffentlichkeit zeige“ (S. 87). So forderte sie zwar eine intensivere Sicherheitspolitik, allerdings nicht offensiv ein SRP-Verbot. „Ursächlich dafür dürfte vor allem die berechtigte Hoffnung gewesen sein, dass ein gutes Abschneiden der SRP Stimmenverluste der bürgerlich-rechten Parteien bedeutete und somit die Chance auf eine sozialdemokratische Landesregierung in Niedersachsen erhöhte“ (S. 88). Leider erfahren wir an dieser Stelle wenig über die Motivation der Zeitungen für ihren jeweiligen Umgang: Lediglich in einer Fußnote wird darauf verwiesen, dass die *FR* „in diesen Jahren offiziell unabhängig, aber dennoch sehr stark mit der Sozialdemokratie verbunden“ (S. 89) gewesen sei, was als Erklärung herangezogen wird, weshalb die Zeitung auf eine Skandalisierung und Problematisierung der SRP verzichtet haben könnte.

In Gussones Argumentation, wer das Verbot oder überhaupt ein staatliches Vorgehen gegen die SRP befürworte, befürworte gleichzeitig die wehrhafte Demokratie, reiht sich auch *Die Zeit* ein: Diese habe kritisiert, dass die SRP nicht bereits vor der Wahl in Niedersachsen verboten worden sei, denn die Zeitung sei von der „Stabilität der jungen Demokratie keineswegs überzeugt“ gewesen, auch wenn sie im parteipolitischen Rechtsradikalismus keine „besonders ausgeprägte Bedrohung“ (S. 90) erkannt habe. Wesentlich ausführlicher als andere Akteure habe sich *Die Zeit* allerdings mit demokratietheoretischen Aspekten beschäftigt und den Umstand problematisiert, wenn „Sicherheitspolitik die Freiheit zur politischen Betätigung einschränkt“ (S. 91). Dieses demokratische Dilemma werde nur aufgelöst, wenn

Sicherheitspolitik und vor allem Verbote sowohl rechtsstaatlich gedeckt als auch „von der Legitimation des Rechtsstaates her vollzogen“ würden.

Allerdings leitet Gussone, wie er selbst in einer Fußnote anmerkt, die Haltung *Der Zeit* nicht etwa aus dem Verbotsverfahren gegen die SRP, sondern vielmehr aus der Debatte um das auf dem Fuß folgende Verbot der KPD ab; er geht aber davon aus, dass die grundsätzliche Position auf die SRP übertragbar sei. Die Argumentation, man könne die wehrhafte Demokratie auch missbrauchen, wird also an einem anderem als dem untersuchten Gegenstand festgemacht, was aufgrund der unterschiedlich gelagerten Fälle wenig plausibel erscheint.

Der *FAZ* attestiert Gussone die kritischste Haltung gegenüber der wehrhaften Demokratie. Sie beurteile die Demokratisierungserfolge der Bundesrepublik positiver und habe stärker als die anderen Akteure auf die Spannungen, welche staatliche Verbote mit sich brächten, fokussiert – hielt sie die wehrhafte Demokratie doch aus demokratietheoretischer Sicht für „durchaus problematisch“ (S. 92). Die Zeitung habe vielmehr gehofft, dass die Entscheidung an der Wahlurne ein Verbot überflüssig machen könnte, also die Vorstellung zum Ausdruck gebracht, dass „sich das Volk zum Schutz zur Demokratie zu engagieren habe“ (S. 93). Zwar bejahte sie noch im Frühjahr 1951 grundsätzlich ein SRP-Verbot, änderte ihre Haltung jedoch nach der niedersächsischen Landtagswahl. Nun sei der „Gedanke der freien politischen Betätigung prägender für die Zeitung als unbegründetes Sicherheitsdenken“ (S. 94). Nach dem Verbot schwenkte die Zeitung jedoch wieder „etwas überraschend“ auf eine befürwortende Position um.

Über die Gründe für den Sinneswandel erfahren wir auch hier wenig; vielmehr zeigt sich exemplarisch, dass die von Gussone zitierten Quellen nicht immer das Argument belegen, vor allem nicht seine konsequente Ausführung. Denn es wird dann wieder darauf hingewiesen, dass die *FAZ* nach dem Verbot dafür plädiert habe, dass

eine Gesellschaft unliebsame Meinungen müsse aushalten können und darin die „Selbstwahrnehmung der *FAZ* als Stütze der Gesellschaft“ (S. 95) deutlich werde. Weil die Zeitung die bundesrepublikanischen Bürger nicht als „mündige Bürger“ einschätzte, sondern als solche, die eigentlich von ihrer Freiheit befreit werden wollten, sieht Gussone die Zeitung als „gutes Beispiel“ für die These an, dass „Konservative sich kaum Illusionen über die politischen und mentalen Dispositionen der Westdeutschen machten, auch wenn sie diese ungerne thematisierten“ (S. 96).

Das Fazit, die wehrhafte Demokratie sei auch von nicht-staatlicher Seite grundsätzlich positiv gesehen und ihre Instrumente als sinnvoller „Schutz der Demokratie und der gesellschaftlichen Freiheit im antitotalitären Sinne verstanden“ (S. 96) worden, ist somit eine Bestätigung des Forschungsstandes, der davon ausgeht, dass es zu diesem Zeitpunkt außer Frage gestanden habe, dass Demokratie und Freiheit sicherheitspolitisch geschützt werden müssten, die Instrumente der wehrhaften Demokratie also als „alternativlos“ wahrgenommen worden seien,¹⁸ obwohl – wie Gussone, leider ohne dies weiter auszuführen, anmerkt – die „Aktivierung der ‚wehrhaften Demokratie‘ für keinen nicht-staatlichen Akteur eine beruhigende Wirkung [gehabt habe]. Die Sicherheitspolitik steigerte nicht das Sicherheitsgefühl“ (S. 98).

Bruchlose Kontinuität?

Indem Gussone seinem Buch die These voranstellt, dass sich im Umgang mit dem Rechtsradikalismus eigentlich wenig geändert habe,

18 Zur Ausentwicklung von Parteienverboten Anfang der 1950er Jahre und zur Konzeptualisierung der Verfassungswirklichkeit aus theoretischer Perspektive vgl. Hacke, Jens: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, Frankfurt 2018, insbes. S. 203–280.

verpufft einige Neugier auf seine Analyse, innerhalb derer man dann doch erwartet hätte, dass mehr Feinheiten zwischen den unterschiedlichen Akteuren herausgearbeitet, diese konziser verglichen würden. Dies wäre möglich gewesen, hätte das Quellenmaterial mehr Raum eingenommen. Ein *close reading* ausgewählter Artikel, die Deutung einzelner Begrifflichkeiten, Formulierungen und Untertöne, hätte sicherlich Differenzierungen und Nuancen aufgespürt, nach denen man – zumindest im Fallbeispiel SRP – jedoch vergeblich sucht.

Um zu verstehen, wie die Zeitungen berichteten, habe Gussone mit Plausibilitätsannahmen arbeiten müssen, doch vermögen genau diese zumindest bezüglich der SRP bloß begrenzt zu überzeugen. Das mag auch daran liegen, dass – ähnlich wie in Bezug auf die Begriffe „Freiheit“ und „Sicherheit“ – nicht geklärt wird, was die jeweiligen Zeitungen zu unterschiedlichen Zeiten unter dem Begriff „Rechtsradikalismus“ eigentlich verstehen. Gussone verweist darauf, dass erst seit den 1980er Jahren ausreichend Definitionen des Begriffs vorlägen, und belässt es dabei, dass die Akteure die Frage nicht abschließend beantworten würden (vgl. S. 75). Wäre jedoch berücksichtigt worden, dass sich Definitionen je nach Akteuren, Perspektive, Zeit etc. auch wandeln, hätten sich womöglich weitere Facetten im Umgang mit dem Phänomen entdecken lassen.

Überhaupt misst Gussone der jeweiligen Zeit, in der die Diskussionen stattfanden, der gesellschaftlichen Debattenlage und kontextualisierenden Ereignissen überraschend wenig Relevanz für seine Ausführungen bei. Vielmehr deute „die langjährige Kontinuität [...] darauf hin, dass der Umgang mit dem Rechtsradikalismus vor allem auf einer grundsätzlichen Ebene gestaltet und von tief liegenden Wirklichkeitsinterpretationen geprägt wurde“ (S. 445). Zwar birgt womöglich jede Diskursanalyse die Gefahr, den Blick über den Tellerrand zu vernachlässigen, doch bleibt dieser für eine Weitung der Perspektive oftmals unerlässlich. So sahen sich die Parteien bspw. nach

dem Ende des alliierten Lizenzierungszwangs Anfang der 1950er Jahre einer Situation ausgesetzt, in der man mutmaßte, dass sich die zweite deutsche Demokratie nun ähnlich wie die erste „einem Ansturm der Rechtsextremen“¹⁹ gegenüber sähe.

Wie bereits eingangs verdeutlicht, gehörte ein härteres Vorgehen gegen „die Feinde der Demokratie“ zum „Gründungskonsens der zweiten deutschen Demokratie“²⁰ – wobei die Positionen der Parteien durchaus differierten. Wie stark sie jeweils die Bedrohung von rechts einschätzten, habe, so Sebastian Ullrich, „mit dem jeweils vorherrschenden Geschichtsbild der Weimarer Zeit zu tun“²¹ – eine Differenzierung, die man bei Gussone vermisst. Die Perspektive des bürgerlichen Lagers, Weimar sei „in einer Art Freiheitsexzess geendet“²², weswegen man nun Sorge habe, die staatliche Autorität aufrechterhalten zu können, wird zwar erkennbar, jedoch in ihrer Konsequenz, weniger in ihrer historischen Verankerung. Hier zeigt sich, dass ein Inbeziehungsetzen mit anderen Perspektiven seine Analyse angereichert hätte. Schließlich wurde 1950 im Bundestag intensiv über die Ausgestaltung des politischen Strafrechts und ein von der SPD eingebrachtes „Gesetz gegen die Feinde der Demokratie“²³ diskutiert, im Zuge dessen die zentrale analytische Klammer Gussones – die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit – auf Grundlage der Erfahrungen aus Weimar thematisiert wurde; dies geschah nicht nur in den Parteien, sondern auch in der Öffentlichkeit – und z.T. auch in den von Gussone analysierten Zeitungen, wie Ullrich darlegt.

19 Ullrich, S. 349.

20 Ebd.

21 Ebd.

22 Ebd., S. 350.

23 Vgl. ebd., S. 358 ff.

Trotz der leider im aufgezeigten Sinne verengten Perspektive kommt Gussone bezüglich des Umgang mit Rechtsradikalismus der von ihm untersuchten Akteure – hier beispielhaft an der SRP illustriert – zu dem Fazit, eine Diskursgeschichte vorgelegt zu haben, welche vor allem Kontinuitäten im Umgang mit Rechtsradikalismus aufzeige. Zwar gäbe es vor allem seit den 1980er Jahren Veränderungen in diesem Umgang, „an der grundlegenden Charakteristik änderte sich aber nur wenig“ (S. 434). Insgesamt zeige sein Befund, dass die heutige Debatte mit ganz ähnlichen Argumenten geführt werde wie in den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik.

Als Quintessenz bleibt die Beobachtung, dass sich in Bezug auf Sicherheit und Freiheit die konservativen Organe weniger sicherheitsorientiert präsentiert hätten, sich eine solche Orientierung vielmehr verstärke, je linksliberaler die Zeitungen ausgerichtet seien (vgl. S. 435). Die Legitimität der wehrhaften Demokratie hätten alle Akteure betont, nur diese nicht immer als sinnvollste Handlungsoption bewertet; d.h. konkret, Verbote wurden im Einzelfall abgelehnt, ihre Möglichkeit aber nie grundsätzlich infrage gestellt.



Dr. Katharina Trittel, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteurin des *Demokratie-Dialog*. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie zum Bereich Rechtsradikalismus.

Und so ist die anfänglich aufgestellte These dann auch das Ergebnis der Analyse, die ergab: „Insgesamt war der Umgang mit dem Rechtsradikalismus zwischen 1951 und 1989 von grundlegender Kontinuität geprägt. Obwohl es im Detail stets temporäre Veränderungen gab, bleiben die Akteure ihren favorisierten Reaktionsformen über den gesamten Untersuchungszeitraum von vierzig Jahren

hinweg weitgehend treu“ (S. 437). Wenn sich der Umgang stellenweise doch geändert habe, dann nicht in Bezug auf das demokratische Dilemma, sondern nur, weil rechtsterroristische Gruppen anders bewertet wurden als rechtspopulistische; d.h. also, dass Gussone partielle Veränderungen der Debatte nicht auf eine sich wandelnde Gesellschaft, sondern auf eine Heterogenisierung der Organisationsformen des Rechtsradikalismus zurückführt.

Dieser Aspekt verweist auf den bereits thematisierten „Graubereich“, der vor allem seit den 1980er Jahren in den Fokus gerückt sei, als man rechtspopulistische Parteien für wesentlich gefährlicher gehalten habe, was dazu führte, dass „sich die Debatte insgesamt weniger um repressive Maßnahmen zur Bekämpfung drehte“ (S. 438) als vielmehr um die Möglichkeiten einer argumentativen „Ausschaltung“ (S. 442) des Rechtsradikalismus, um die sich insbesondere die *FAZ* bemüht habe. Damit habe sie, freilich ohne es so zu nennen, früh auf die Rolle der Zivilgesellschaft im Umgang mit Rechtsradikalismus abgezielt. Einen weiteren Beleg für Kontinuität sieht Gussone darin, dass die Instrumentalisierung der Diskussion über Rechtsradikalismus für die eigenen Interessen zeige, dass die Auseinandersetzung „heute oftmals noch genauso wenig zielführend geführt wird wie früher“ (S. 464). Dies habe dazu beigetragen, dass Rechtsradikalismus heute wieder eine „politische Kraft mit Zukunftspotentialen“ (S. 464) sei.

Dieser Befund – dem sicherlich schwer zu widersprechen ist – zeigt einmal mehr, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus nicht nur geschärfter Begrifflichkeiten bedarf, was darunter überhaupt von wem wann verstanden wird, sondern dass eine aussagekräftige Analyse gut daran tut, den zeitlichen Kontext, den Nährboden der politischen Kultur, auf dem Rechtsradikalismus gedeiht, noch stärker ins Zentrum zu rücken und, um Erklärungskraft zu entfalten, den Ist-Zustand mit seinem historischen Gewordensein in Beziehung zu setzen. So gelesen zeigt Gussones Buch mehr Forschungsperspektiven auf, als dass es weiterführende Befunde zu liefern vermöchte.

Bürgerliche Maskerade?

Zum Zusammenhang von Ritualisierungs- und Radikalisierungsprozessen bei PEGIDA zwischen Oktober 2014 und November 2015

Michael Thiele

Ein Blick auf das Auftreten der ersten PEGIDA-Straßenproteste, die am 20. Oktober 2014 in Dresden ihren Anfang nahmen, d.h. auf die recht spartanisch anmutende technische Ausstattung oder einen zur Bühne umgestalteten Imbisswagen,¹ verfestigt recht schnell einen Eindruck: Etablierte, abgebrühte, auf vielerlei Ressourcen zurückgreifende Bewegungsunternehmer waren hier nicht am Werk. Und dem war auch so. Die Personen, die an der Organisation der ersten und nachfolgenden

„Abendspaziergänge“ beteiligt waren, u.a. Lutz Bachmann als PEGIDA-Gründer, Kathrin Oertel und weitere zehn Köpfe des sogenannten Organisationsteams, wiesen lediglich geringe Erfahrung in der Vorbereitung und Durchführung von Protesten auf.² Auch waren sie keine rhetorischen Talente. Doch was noch nicht war, sollte noch werden.

Zwar mauserte sich Lutz Bachmann nicht gerade zu einem filigranen Wortjongleur, doch

1 Vgl. Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäler, Steven: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbe-
wegung, Wiesbaden 2016, S. 12 u. S. 47.

2 Siehe Göttinger Institut für Demokratieforschung: Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen, Göttingen 2016, S. 23, URL: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2016/10/Pegida2016_G%C3%B6ttinger_Demokratieforschung.pdf [eingesehen am 23.02.2020].

waren immerhin Entwicklungen hin zu mehr Bürokratisierung und Professionalisierung zu beobachten, angestoßen insbesondere durch die Gründung des Vereins Pegida e.V. am 19. Dezember 2014. Die Vereinsgründung überführte bis dahin aufgebaute Strukturen in eine institutionelle, rechtlich geregelte Basis – als Stützpfiler für die Fortsetzung des Straßenprotests. So folgten u.a. solidere Finanzen, die eine Professionalisierung der technischen Ausstattung sowie die Planung von „Begegnung[en] der Bürger zum Gedankenaustausch, Kultur- und Weiterbildungsveranstaltungen, Initiativen und Aufklärungsaktionen“³ ermöglichten. Dies alles war Ausdruck eines Lernprozesses, der sich im weiteren Entwicklungsverlauf von PEGIDA auch im Ablauf ihrer Proteste widerspiegelte.

Nach anfänglich unterschiedlichen Mobilisierungserfolgen und Verschiebungen innerhalb des personellen und organisatorischen Rahmens bei PEGIDA⁴ bildete sich recht zügig ein durchorganisierter und ritualisierter Ablauf heraus,⁵ der die Protesthandlungen strukturierte und seitdem weitestgehend unverändert geblieben ist. Dieser besteht aus dem Verlesen der Demonstrationsregeln, aus Redebeiträgen unterschiedlicher Redner*innen und darauf bezogenen Sprechchören des Publikums während der Kundgebungen und einem anschließenden „Abendspaziergang“ als Demonstrationmarsch durch Dresden, bevor die Veranstaltung durch das gemeinsame Singen der Nationalhymne

während der Abschlusskundgebung ihren Ausklang findet.

Darüber hinaus beobachtete die Forschung parallel zur Ritualisierung des Protestablaufs Radikalisierungsprozesse. Zwar herrscht Uneinigkeit über die Radikalisierung von politischen Einstellungen und Meinungen der PEGIDA-Demonstrierenden,⁶ doch konstatierten Philipp Currie et al.⁷ für den Zeitraum vom 10. November 2014 bis zum 21. Dezember 2015 eine Radikalisierung der Redehalte – wobei dies Julian Schenke et al. zufolge größtenteils auf den „Import der radikaleren Positionen durch Gastredner*innen, die in ihrem Vokabular krasser und schärfer ausfielen als die des Pegida-Organisationsteams“⁸, zurückzuführen sei.

Die Reden sprengten Sagbarkeitsgrenzen und verhalfen rassistisch motivierten Gewalttaten zu größerer öffentlicher Akzeptanz und Legitimität.⁹ Inwiefern dies PEGIDA-Demonstrierende

3 Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft, Bielefeld 2015, S. 20; vgl. Vorländer et al.: PEGIDA, S. 12.

4 Zur Spaltung des Organisationsteams im Januar 2015 vgl. Vorländer et al.: PEGIDA, S. 12 u. S. 47.

5 Vgl. die diesem Text zugrunde liegende Definition von „Ritualisierung“ von Stollberg-Rilinger, Barbara: Rituale, Frankfurt a.M. 2013, S. 9: „[W]enn sich ein bestimmtes Verhalten in seiner äußeren Form regelmäßig wiederholt.“ Vgl. Vorländer et al.: PEGIDA, S. 47.

6 Siehe exemplarisch Finkbeiner, Florian et al., Aktuelle Forschungsergebnisse, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 31.01.2016, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie> [eingesehen am 23.02.2020] sowie Reuband, Karl-Heinz: Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstvertrauen und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer, in: MIP, H. 1/2016, S. 52–69; auch Patzelt, Werner J.: „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“ Hat sich PEGIDA radikalisiert?, Dresden 2016, URL: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/forschung/projekte/pegida/studie3-januar2016#section-3> [eingesehen am 23.02.2020].

7 Vgl. Currie, Philipp et al.: Pegidas Kundgebungen und Reden, in: Patzelt, Werner J. / Klose, Joachim (Hg.): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 101–148.

8 Schenke, Julian et al.: Pegida-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit, Bielefeld 2018, S. 83.

9 Vgl. Geiges, Lars: Nach dem Hype. Drei Entwicklungen von PEGIDA seit dem Winter 2014/2015, in: Rehberg, Karl-Siegbert / Frick-Kunz, Franzis-

und andere Bürger*innen sogar darin bestärkt haben könnte, jenseits des Straßenprotests Gewalttaten zu verüben, war Diskussionsgegenstand medialer Diskurse – sei es anhand der These, dass PEGIDA-Organisatoren bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte im Dezember 2014 als „geistige Brandstifter“¹⁰ fungiert hätten, oder durch die weiterführende Frage, ob bei dem Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker PEGIDA „mitgestochen“ habe.¹¹

PEGIDA wird also eine gesellschaftliche Wirkung attestiert, die eine prozesshafte Entwicklung der bei PEGIDA beobachteten Radikalisierungsprozesse im Kontext des Straßenprotests hin zu derlei Entwicklungen auf Handlungs- bzw. Aktionsebene außerhalb des Protestgeschehens andeutet. Dabei verliefen die ritualisierten Proteste parallel zu diesen Vorkommnissen jedoch zumeist friedlich und gewaltfrei¹² bzw. zumindest im Schnitt weniger gewalttätig als andere Proteste rechter Gruppierungen.¹³

Mögliche Zusammenhänge zwischen den parallel verlaufenden Radikalisierungs- und Ritualisierungsprozessen in dem hier zugrunde liegenden Untersuchungszeitraum zwischen Oktober 2014 und November 2015 sind indes bislang unterbelichtet geblieben und sollen daher im vorliegenden Artikel in den Blick genommen werden.

Beförderung der Radikalisierung von Slogans und Symboliken durch die Ritualisierung des Straßenprotests

Die Reden bei PEGIDA in Dresden wurden im Untersuchungszeitraum von Mitgliedern des Organisationsteams und von Gastredner*innen gehalten. Sie versuchten, Problemverständnisse, Zielsetzungen und Forderungen zu einem kohärenten Deutungsrahmen zu verbinden. Wie bereits erwähnt, radikalisierten sich die Inhalte der Reden¹⁴ zwischen Oktober 2014 und November 2015 und damit die thematischen Kernkategorien PEGIDAS „wie Elitenkritik, verbale Angriffe auf den Islam und auf Muslime sowie eine Abwertung von allem was von Pegida als ‚links‘ klassifiziert wird“¹⁵. Während bspw. noch vor der Spaltung des Organisationsteams im Januar 2015 teilweise zwischen verschiedenen Politiker*innen bzw. unterschiedlichen „Politik- oder Problemfeldern“¹⁶ differenziert worden sei, nahm danach „die Pauschalisierung zu, und es entwickelte sich [eine] allgemeine Politiker- und Parteienverdrossenheit“¹⁷ – dies vor allem gegenüber Regierungsmitgliedern auf Landes- bzw. Bundesebene.¹⁸ Negativ konnotierte Generalisierungen über den Islam nahmen zu.

ka/Schlinzig, Tino (Hg.): Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld 2016, S. 134–145, hier S. 139; Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Basel 2016, S. 51 f.

10 Gaugele, Jochen/Kade, Claudia/Sturm, Daniel Friedrich: „Pegida-Organisatoren sind geistige Brandstifter“, in: welt.de, 21.12.2014, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article135606989/Pegida-Organisatoren-sind-geistige-Brandstifter.html> [eingesehen am 23.02.2020].

11 Etzold, Marc: Pegida hat mitgestochen? Blödsinn!, in: wiwo.de, 19.10.2015, URL: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/attentat-auf-henriette-reker-pegida-hat-mitgestochen-bloedsinn/12469502.html> [eingesehen am 23.02.2020].

12 Vgl. Currlé et al., S. 118.

13 Vgl. Pfahl-Traugber, Armin: Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 222.

14 Vgl. Currlé et al.

15 Schenke et al., S. 95.

16 Currlé et al., S. 114.

17 Ebd., S. 114.

18 Vgl. ebd., S. 113.

Insbesondere mit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise im Sommer 2015 als neuem thematischen Fixpunkt wurde der Islam als generell gefährlich und dessen religiöse Anhänger*innen pauschal als kulturell nicht anpassungsfähig und –willig diffamiert.¹⁹ Auch nahmen verschwörungstheoretische Tendenzen zu. Exemplarisch: Die aus muslimischen „Flüchtlingsen“ bestehende „islamistische Geheimarmee“ würde die vor Wien gescheiterten osmanischen Eroberungspläne Europas aus dem 17. Jahrhundert kriegerisch fortführen wollen.²⁰ Die radikalisierte Symbolik bei PEGIDA zeigte sich für eine breitere Öffentlichkeit wohl am augenfälligsten im PEGIDA-Galgen, welcher der Bewegung noch einmal kurzfristig ein Comeback in medialen Berichterstattungen und politischen Diskussionen bescherte²¹ und zu den größten Mobilisierungserfolgen zwischen Dezember 2014 und Januar 2015 führte,²² die danach jedoch – trotz der sogenannten Flüchtlingskrise als potenziellem Gelegenheitsfenster – ausblieben. Gründe könnten darin liegen, dass statt PEGIDA die AfD besonders von zu jener Zeit herrschenden gesellschaftlichen Stimmungslagen profitierte²³ und auch

die Öffentlichkeit²⁴ zunehmend ihr Interesse verlor.

Dreierlei Aspekte – die Radikalisierung der Reden und der Symbolik, die ausbleibenden Mobilisierungserfolge und das gesunkene öffentliche Interesse an PEGIDA nach Januar 2015 – lassen sich auch auf die Ritualisierung des Protestablaufs zurückführen. Denn das öffentliche Interesse an PEGIDA bzw. der Anreiz für die erneute Teilnahme bei Anhänger*innen, die sich nicht so stark mit dem Straßenprotest an sich identifizierten, speiste sich insbesondere aus dem „Event-Charakter“²⁵ PEGIDAS, der anfänglich vom Neuen, Aufregenden und Provokanten ausging. Durch ständige Wiederholung erschien der Straßenprotest jedoch nach einer gewissen Zeit innovationslos und normal²⁶ – und somit in der Konsequenz weniger reizvoll für eine dauerhafte Berichterstattung bzw. für eine Protestteilnahme, deren Motivation vor allem in der Erlebnisorientierung gründete. Reden, Symbole und Banner müssen sich zwecks Prävention schwindenden öffentlichen Interesses und sinkender Teilnehmerszahlen infolgedessen beständig übertreffen und für neue Überraschungs- und Empörungsmomente sorgen, um den „Event-Charakter“ aufrechtzuhalten.²⁷ Dies ist möglich, indem Problem-

19 Vgl. Currie et al., S. 122.

20 Däbritz, Siegfried: PEGIDA live vom Theaterplatz in Dresden, 16.11.2015, in: YouTube, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=7OWegquMNQw&t=1434s>, Minute 9 [eingesehen am 23.02.2020].

21 Vgl. Schenke et al., S. 84 f.

22 Vgl. u.a. Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schaller, Steven: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus. Was PEGIDA über den sich formierenden Rechtspopulismus verrät, in: Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver (Hg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Baden-Baden 2017, S. 138–159, hier S. 144.

23 Siehe Geiges: Nach dem Hype, S. 142; ferner Marg, Stine / Trittel, Katharina: PEGIDA. Vom „Schmuddelkind“ zum professionalisierten Protestformat, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 11.10.2016, URL: http://www.demokratie-goettingen.de/blog/zwei_jahre_pegida [eingesehen am 01.02.2020].

24 Siehe Scharf, Stefan / Pleul, Clemens: Im Netz ist jeden Tag Montag, in: Rehberg, Karl-Siebert / Frick-Kunz, Franziska / Schlinzig, Tino (Hg.): Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld 2016, S. 83–98, hier S. 85 f.

25 Reuband, S. 66.

26 Vgl. Balistier, Thomas: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996, S. 213; ähnlich dazu Hagen, Lutz M.: Die Medien und PEGIDA – eine dreifach prägende Beziehung, in: Rehberg, Karl-Siebert / Frick-Kunz, Franziska / Schlinzig, Tino (Hg.): Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld 2016, S. 207–222, hier S. 216.

27 Vgl. Reuband, S. 66.

verständnisse, Forderungen und Zielvorstellungen durch Tabubrüche verschärft präsentiert, verbale Angriffe auf politische Gegner*innen gehäuft und „neue Aufgeregtheiten“ inszeniert und skandalisiert werden.²⁸ Doch konnten auch die radikaleren Reden und Symboliken im weiteren Zeitverlauf nicht den mit einer Ritualisierung einhergehenden Tendenzen in Richtung schwindender Teilnehmendenzahlen und eines Absinkens des öffentlichen Interesses vollends entgegenwirken. Allerdings kann eine solche Ritualisierung nicht nur die genannten Kehrseiten aufweisen, sondern auch äußert nützlich für eine Protestbewegung sein.

PEGIDAS Rituale sowie ihre Relevanz für die Außen- und Binnenwirkung des Straßenprotests im Wandel

In erster Linie ist es möglich, dass Rituale eine starke Identifikation mit dem Protest und überdies die Bildung kollektiver Zugehörigkeitsgefühle bzw. die Weiterentwicklung und Stabilisierung der kollektiven Identität fördern.²⁹ Diese kann sich prozesshaft aus der wöchentlichen Teilnahme an einem ritualisierten Straßenprotest bei den Teilnehmenden entwickeln und letztlich die Herausbildung einer „Stammklientel“ begünstigen, die aufgrund ihrer starken Identifikation mit dem Protest nicht vorrangig wegen dessen „Event-Charakter[s]“³⁰ teilnimmt.

Darüber hinaus boten die Rituale bei PEGIDA zum Zeitpunkt größerer Mobilisierungserfolge zwischen Dezember 2014 und Anfang Januar 2015 den Protestierenden eine gewisse Si-

cherheit³¹ und Orientierungshilfe. Denn: Das zu jener Zeit sich wöchentlich stark verändernde Teilnehmendenfeld wies zwar Gemeinsamkeiten auf – sozioökonomisch tendenziell vorwiegend der Mittelschicht Sachsens angehörend und sich, laut Hans Vorländer et al., trotz teils rechtskonservativer bis rechtsextremer Einstellungen selbst politisch in der gesellschaftlichen Mitte verortend.³² Jedoch fehlten eine gemeinsame Protestidentität sowie protesttypisches Handlungswissen, da der Großteil der Protestierenden, wie eben auch die Organisator*innen, über wenig Protesterfahrung verfügte.³³

Die Ritualisierung unterstützte den notwendigen Lernprozess über gewisse Konventionen des Protestierens und bot die Grundlage für die Vermittlung kollektiver Erzählungen, Leitwerte, Protestideale und Verhaltensanweisungen. Ein Medium dafür stellte das direkt zu Beginn einer jeden PEGIDA-Kundgebung wöchentlich wiederholte Vorlesen der Demonstrationsregeln dar, das zugleich den Rahmen für ein gewaltfreies Protestverhalten vorgeben sollte. So wurde bspw. am 16. November 2015 von Siegfried Däbritz dazu aufgerufen, „den Spaziergang ruhig und mahnend abzuhalten, die Fahnenstangen noch ein Stück runterzunehmen. Denn das ist die stärkste Waffe, die wir haben. Diese Ruhe.“³⁴ Zur Absicherung des friedlichen Protestablaufs rekrutierte PEGIDA für die montäglichen Demonstrationen zusätzlich Ordner, die sich rund um die Demonstrierenden verteilten, um den Protest sowohl nach innen als auch nach außen abzusichern bzw. abzugrenzen und die Befolgung der Demonstrationsregeln sicherzustellen.³⁵

28 Vgl. Geiges: Nach dem Hype, S. 135.

29 Exemplarisch mit Bezug auf PEGIDA vgl. Geiges et al., 16 f.; Marg/Trittel; Vorländer et al.: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus, S. 145.

30 Reuband, S. 66.

31 Vgl. Marg/Trittel.

32 Vgl. Vorländer et al.: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus, S. 142 f.

33 Vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung, S. 23.

34 Däbritz, Minute 39.

35 Vgl. Vorländer et al.: PEGIDA, S. 49.

Relevant waren all diese Vorkehrungen vor allem zur Anfangszeit von PEGIDA. Als Teil der Protestrituale stellten sie aus der Perspektive PEGIDAS, neben der nach innen gerichteten Einheit,³⁶ im Kontext der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit auch Handlungsorientierungen hin zu einer gewaltfreien Reaktion gegenüber den vermeintlichen Provokationen der von PEGIDA als gewaltbereit dargestellten Gegendemonstrant*innen³⁷ dar. Damalige Kategorisierungen von Politiker*innen und Medienvertreter*innen, die Organisator*innen und Anhänger*innen von PEGIDA als gewaltbereit und rechtsextrem einordneten und sie als „Rassisten“, „Pack“, „brauner Mob“, „Nazis in Nadelstreifen“³⁸ bezeichneten, sollten damit Lügen gestraft werden. Den Redner*innen ging es um die Verbreitung und wöchentliche Inszenierung der Vorstellung, dass PEGIDA zwar rechts sei, „aber deswegen noch lange nicht rechtsextrem“³⁹.

Damit das glaubhaft erscheinen konnte, musste man von Gruppierungen wie etwa HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten), die zu einer ähnlichen Zeit gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ martialisch aufmarschierten, für die Öffentlichkeit unterscheidbar sein und an den Demonstrationen teilnehmende, gewaltbereite neonazistische Kader und Gruppierungen⁴⁰ zur friedlichen Teilnahme disziplinieren. Diese Selbstinszenierung sollte durch die Protestrituale bewerkstelligt werden, mit dem Ziel, in der medialen Rezeption die Selbstdarstellung PEGIDAS als Protestbewegung zu befördern, die für Beobachter*innen eine klare Abgrenzung nach rechts außen überzeugend suggerieren sollte. PEGIDA sollte nicht mit

gesellschaftlichen Denkmustern in Verbindung gebracht werden, die Proteste von rechts mit Gewalt gleichsetzen,⁴¹ sondern einen grundsätzlich demokratisch-bürgerlichen Eindruck vermitteln und somit als „Protest der Mitte“ gelten, der nicht gewaltvoll, sondern friedlich verläuft.

Effekte der Ritualisierung und Radikalisierung auf die Stabilisierung des Straßenprotests im Kontext ausbleibender Mobilisierungserfolge

Mit dem bereits erwähnten Absinken des öffentlichen Interesses und im Hinblick auf gesunkene Teilnehmerszahlen ging die Relevanz der Protestrituale für die Außenwirkung im Folgenden zurück, während diese für die Binnenwirkung weiterhin wichtig waren. Zu einer Zeit, in der sich PEGIDA durch die Pflege und Verfestigung kollektiver Zugehörigkeiten konsolidierte,⁴² untermalten das gemeinsame Singen der Nationalhymne und die seit dem ersten PEGIDA-Jubiläum als Opener wöchentlich eingespielte „Pegida-Hymne“⁴³ die Bemühungen um Stabilisierung der Protestierendengruppe.

So hielt das Zusammenwirken der Radikalisierung der Reden, Banner etc. und der Ritualisierungsprozesse den Protest am Leben, obwohl Medien, Wissenschaft und Politik schon mehr-

36 Vgl. Vorländer et. al.: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus, S. 145.

37 Vgl. Currie et al., S. 112 u. S. 125.

38 Vorländer et al.: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus, S. 144.

39 Currie et al., S. 125.

40 Vgl. Vorländer et al.: PEGIDA, S. 104.

41 Vgl. Schedler, Jan: Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 285–324, hier S. 307.

42 Vgl. Marg/Trittel 2016.

43 Schmitz, Christopher/Trittel, Katharina: Ein Jahr Pegida: Eine Bewegung gefällt sich selbst, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 20.10.2015, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/ein-jahr-pegida> [eingesehen am 23.02.2020].

mals angesichts ausbleibender Mobilisierungserfolge das jähe Ende PEGIDAS prophezeit hatten.⁴⁴ Denn PEGIDA hatte sich mittlerweile zu einem „bewegungsspezifischen Ritual und ‚sozialen Akt‘“⁴⁵ entwickelt. Die Demonstrationen dienten demnach als Begegnungsstätte zwischen einander kennenden Personen bzw. Personenkreisen, als Orte der Einübung gemeinschaftsbildender Sprechchöre, als Möglichkeit der wöchentlichen Bestätigung, Teil von etwas Größerem, Bedeutendem zu sein.⁴⁶ Mit der inhaltlichen Radikalisierung der Reden nach der „Flüchtlingskrise“ 2015, der ab dem ersten PEGIDA-Geburtstag wöchentlich abgespielten PEGIDA-Hymne sowie dem gemeinsamen Singen der Nationalhymne reicherten die mittlerweile erfahrenen Organisator*innen den Straßenprotest mit neuen Identifikationsmöglichkeiten für das treue Publikum an und befriedigten gleichzeitig das auch bei der „Stammklientel“ bestehende Bedürfnis nach Erlebnis und Abwechslung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Protestrituale für die Außenwirkung ein Problem darstellen, weil man sich – der Mediendynamik zufolge – immer übertrumpfen muss, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. So beförderten die Protestrituale radikalere Motive, Sprüche und Symbole, die erst ausprobiert werden konnten, nachdem die Protestrituale genug Sicherheit und Orientierung gestiftet hatten und das Protestieren erlernt worden war.

Zudem schufen die Rituale nach innen Identifikationsmöglichkeiten und einen Handlungsrahmen, der auf Grundlage des straff organisierten Protestablaufs zur Anfangszeit eine Radikalisierung auf Handlungsebene verhindern sollte. Als die öffentliche Aufmerksamkeit nachließ und das Teilnehmendenfeld auf eine „Stamm-

klientel“ zusammenschrumpfte⁴⁷, dienten die Protestrituale vordergründig der Pflege kollektiver Zugehörigkeitsgefühle und der ständig wiederholten Vergewisserung der eigenen Selbstwirksamkeit. Die Radikalisierung der Reden und die Ritualisierung des Protestablaufs sorgten zudem dafür, dass PEGIDA bestehen blieb. Sie stabilisierten den Protest zu einer Zeit, als PEGIDA schon längst auf dem Weg in die „Peripherie“⁴⁸ des sich abzeichnenden „rechten Hegemonieprojektes“⁴⁹ war.

Bürgerliche Maskerade radikalierter Protestteilnehmer*innen

Was hat nun all dies mit einer bürgerlichen Maskerade sich radikalisierender Protestteilnehmer*innen zu tun? Letztlich diene, so kann argumentiert werden, die Ritualisierung als Ablenkungsmanöver für sich vollziehende Radikalisierungsprozesse, die über die eigene Protestbewegung hinausreichten. Neben der beschriebenen Radikalisierung der Redeinhalte, der Symbole und Sprüche und den bereits erwähnten verübten Gewalttaten von PEGIDA-Demonstrierenden nutzten bspw. einige Mitglieder der Freien Kameradschaft Dresden sowie andere Gruppierungen der extremen Rechten die Gelegenheit, das Rekrutierungs-

44 Vgl. Scharf/Pleul, S. 85 f.

45 Marg/Trittel.

46 Vgl. Reuband, 65 f.

47 Vgl. Marg/Trittel.

48 Marg, Stine / Schmitz, Christopher / Trittel, Katharina: Pegidas vierter Geburtstag – Bühnenbauer statt Hauptdarsteller, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 23.10.2018, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegidas-vierter-geburtstag-buehnenbauer-statt-hauptdarsteller> [eingesehen am 23.02.2020].

49 Friedrich, Sebastian: Der Aufstieg der AfD. Neo-konservative Mobilisierung in Deutschland, Berlin 2015, S. 104; zit. nach Geiges, Lars: Wie die AfD im Kontext der „Flüchtlingskrise“ mobilisierte. Eine empirisch qualitative Untersuchung der „Herbstoffensive 2015“, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 28 (2018), H. 1, S. 49–69, hier S. 53.

tenzial bei jungen PEGIDA-Demonstrierenden auszutesten.⁵⁰

Nicht zuletzt bildete sich bei PEGIDA als Treffpunkt und Aktionsformat im Zuge der wechselseitig bedingten Ritualisierung und Radikalisierung eine neu konstruierte Gemeinschaft zwischen neurechten Akteuren wie der Identitären Bewegung, Hooligans und anderen neonazistischen Gruppierungen sowie „mehrheitlich gut ausgebildete[n], im Beruf stehende[n], von ‚der Politik‘ enttäuschte[n] Bürgerinnen und Bürgern“⁵¹ heraus, die möglicherweise jederzeit reaktiviert und mobilisiert werden kann. So versammelten sich 2018 bei Demonstrationen in Chemnitz Teile dieser neuen Gemeinschaft⁵², nachdem ein Mann mit Migrationshintergrund mutmaßlich einen anderen Mann durch Messerstiche getötet hatte. Die

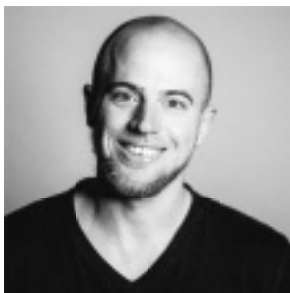
bürgerliche Maskerade legten Teile der benannten Gruppierungen hier ab. Die sich dort bahnbrechende Gewalt gegenüber Polizist*innen und Personen mit Migrationshintergrund, politischen Feind*innen und Journalist*innen hatte jedenfalls nicht mehr allzu viel mit der gewaltfreien Fassade der PEGIDA-Straßenproteste zu tun.⁵³

53 Vgl. Moßburger, Thomas: Gab es „Hetzjagden“ in Chemnitz? LKA-Bericht nenne neue Details, in: br.de, 26.08.2019, URL: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gab-es-hetzjagden-in-chemnitz-lka-bericht-nennt-neue-details,RaGIUaH> [eingesehen am 23.02.2020].

50 Vgl. Geiges: Nach dem Hype, S. 140.

51 Vorländer et al.: PEGIDA, S. 104.

52 Vgl. Schedler, 293 f.



Michael Thiele, geb. 1991, studiert seit 2019 im Master Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Seit 2017 arbeitet er als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Dr. Katharina Trittel
Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Gestaltung, Satz:

Dr. Robert Lorenz

Die „Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit und politisch motivierter Gewalt in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Bildquelle Inhalt:

Rasande Tyskar / rave for *koze* -smoke /
URL: https://farm9.staticflickr.com/8763/18127438171_52f0c820eb_o_d.jpg / CC BY-NC 2.0
Zuschnitt u. Farbe modifiziert

Bild-Lizenzen:

CC BY-NC 2.0, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/legalcode>

CC BY-SA 2.0, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode>

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>],
2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

ISSN 2568-0641

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

www.demokratie-goettingen.de